



Monitoring der Legislaturplanung

Legislaturindikatoren 2011-2015

Diese 44 Legislaturindikatoren dienen der Beobachtung der Ziele 2011-2015 des Bundesrates und des Parlaments. Sie stammen aus einem Monitoring-System, das sämtliche Aufgabenbereiche des Bundes umfasst und das ungefähr 150 Indikatoren enthält.

Inhaltsverzeichnis

Leitlinie 1: Standort.....	4
Schuldenquote des Bundes	5
Arbeitsproduktivität.....	7
Produktmarktregulierung	9
Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft	11
Nahrungsmittelproduktion	13
Fiskalquote der öffentlichen Haushalte	15
Abonent/innen von Breitband-Internetanschlüssen	17
Online Service Index	19
Leitlinie 2: Positionierung	21
Multilaterale Abkommen.....	22
Schweizer/innen in internationalen Organisationen	24
Bilaterale Abkommen mit der Europäischen Union.....	26
Reduktion der Zollbelastung durch Freihandelsabkommen.....	28
Öffentliche Entwicklungshilfe.....	30
Leitlinie 3: Sicherheit	32
Vertrauen in die Armee	33
Einsatztage für Frontex-Operationen	35
Leitlinie 4: Gesellschaft	37
Erwerbsquote nach Nationalität	38
Frühzeitige Schulabgänger/innen nach Nationalität.....	40
Kosten des Gesundheitswesens in Prozenten des BIP	42
Gesundheitsausgaben pro Kopf.....	44
Rechnungsergebnis der AHV	46
Leitlinie 5: Ressourcen / Verkehr.....	48
Verbrauch nicht erneuerbarer Energie.....	49
Elektrizitätsproduktion aus neuer erneuerbarer Energie.....	51
Staubbelastung auf dem Nationalstrassennetz.....	53
Netznutzungseffizienz der Bahnen.....	55
Treibhausgasemissionen	57
Schäden durch Naturgefahren	59
Siedlungsfläche pro Kopf	61
Artenvielfalt ausgewählter Gruppen	63
Modalsplit im Agglomerationsverkehr	65
Leitlinie 6: Bildung / Forschung	67
Förderbeiträge aus den Forschungsrahmenprogrammen (FRP) der EU	68
Impact der wissenschaftlichen Publikationen der Schweiz	70
Angenommene Projekte beim Europäischen Forschungsrat (ERC).....	72
Erwerbslosenquote von Hochschulabsolventen/innen	74
Abschlussquote der beruflichen Grundbildung	76
Abgeschlossene Ausbildung der höheren Berufsbildung	78
Erwerbslosenquote der Jugendlichen	80
Teilnahme an Weiterbildung.....	82
Leitlinie 7: Gleichstellung.....	84
Lohnunterschied nach Geschlecht	85
Anteil Frauen in MINT-Fächern	87
AHV-Durchschnittsrente nach Geschlecht	89

Häusliche Gewalt.....	91
Belastung durch Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit.....	93
Anteil Frauen in den Kaderklassen	94
Anteile der Sprachen in der Bundesverwaltung	96

Leitlinie 1: Standort

Der Standort Schweiz ist attraktiv, wettbewerbsfähig und zeichnet sich durch einen gesunden Bundeshaushalt sowie effiziente staatliche Institutionen aus

Schuldenquote des Bundes

Auszug aus dem Legislaturziel 1: *Um nachkommenden Generationen keine zusätzlichen finanziellen Lasten in Form übermässiger Schulden aufzubürden und einen wachstumshemmenden Anstieg der Staats- und Fiskalquote zu vermeiden, sind strukturelle Reformen im gesamten Aufgabenspektrum des Bundes nötig. Gleichzeitig soll damit finanzpolitischer Handlungsspielraum geschaffen werden mit dem Ziel, die Ausgaben möglichst in wohlfördernde Bereiche zu lenken.*

Bedeutung des Indikators: Die Schuldenquote zeigt, wie nachhaltig die aktuelle Finanzpolitik ist und welche finanzielle Last heutiger Vorhaben auf zukünftige Generationen abgewälzt wird. Über das vertretbare Ausmass von Schulden gibt es keine einheitlichen Auffassungen, daher gibt die Politik Toleranzgrenzen vor. In der Schweiz wurde dazu 2003 die Schuldenbremse eingeführt: Ziel der Schuldenbremse ist es, dass sich die nominellen Bruttoschulden (Bruttoschulden in Franken) stabilisieren und das Ausgabenwachstum auf die Einnahmenentwicklung begrenzt wird.

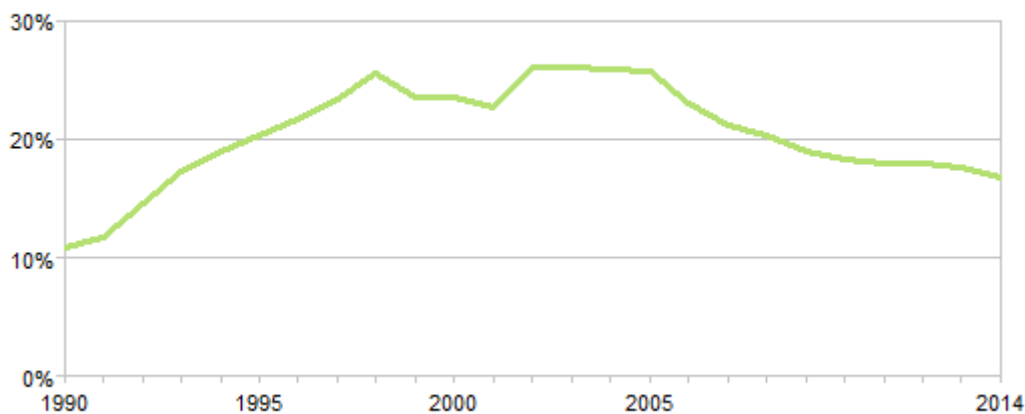
Der Indikator zeigt die Höhe der Schulden des Bundes im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt, das heisst im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Quantifizierbares Ziel: *Basierend auf der Zielsetzung der Schuldenbremse – über einen Konjunkturzyklus hinweg dürfen die Ausgaben nicht grösser sein als die Einnahmen – sollen die nominellen Bruttoschulden des Bundes zumindest auf dem Stand von 2010 stabilisiert werden. Die Bruttoschuldenquote des Bundes (Bruttoschulden in % des BIP) soll also gegenüber 2010 (18,2%*) weiter zurückgehen.*

* Angepasstes Ziel aufgrund einer Revision des BIP

Schuldenquote des Bundes

Bruttoschulden des Bundes im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Die Bruttoschuldenquote des Bundes stieg in den 1990er Jahren an, erreichte 2003 mit 26,1% ihren Höchststand und konnte danach wieder gesenkt werden. 2014 betrug sie 16,8%. Im Vergleich zu 2013 hat die Bruttoschuldenquote 2014 um 0,8 Prozentpunkte abgenommen. Absolut gemessen haben die Bruttoschulden im Vergleich zum Vorjahr um 2,8 Milliarden abgenommen und betrugen 2014 rund 109 Milliarden Franken.

Die Reduktion der Verschuldung in den letzten Jahren wird auf die Einführung der Schuldenbremse 2003 zurückgeführt. Auch die Schuldenquote der öffentlichen Haushalte (Bund, Kantone, Gemeinden, Sozialversicherungen) ist insgesamt gesunken. In der Mehrzahl der Kantone bestehen analog zur Schuldenbremse ebenfalls Budgetbeschränkungen durch verschiedenartige Regelbindungen. Diese

tragen dazu bei, dass die Schuldenquote seit 2003 auch in den Kantonen und Gemeinden kontinuierlich gesenkt werden konnte.

Die Ausgabenquote (ordentliche Ausgaben des Bundes in Prozent des BIP) stieg zwischen 1990 und 2002 von 8,8 auf 10,7% des BIP. Seit 2005 schwankt sie um 10%. Im Jahr 2014 betrug sie 9,9%, was im Vergleich zum Vorjahr einem Rückgang von 0,1 Prozentpunkten entspricht. Der Grund für die Abnahme der Quote liegt darin, dass die Ausgaben 2014 zwar gewachsen sind, allerdings weniger stark als das BIP. Zu den ordentlichen Ausgaben zählen auch die Passivzinsen, die aus der Verschuldung des Bundes resultieren. Die Zinsbelastung (Zinsausgaben in Prozent der ordentlichen Ausgaben des Bundes) ist infolge des Schuldenrückgangs und der tiefen Zinssätze von 7,6% im Jahre 2006 auf 2,9% im Jahr 2014 gesunken.

In den Jahren 2006 bis 2013 fiel das ordentliche Finanzierungsergebnis des Bundes jeweils positiv aus, was zu einer Überschussquote führte. 2014 war das ordentliche Finanzierungsergebnis mit -124 Millionen Franken erstmals seit 2005 negativ und es resultierte eine Defizitquote von -0,02%.

Methodologie

Die Bruttoschulden des Bundes umfassen laufende Verbindlichkeiten, kurzfristige Finanzverbindlichkeiten (insb. Geldmarktschulden) und langfristige Finanzverbindlichkeiten (insb. Bundesobligationen). Die Schuldenquote wird definiert als Bruttoschulden des Bundes in Prozent des Bruttoinlandprodukts. Die Schuldenquote Bund wird jährlich erhoben. Sie ist Teil der Finanzberichterstattung der Eidgenössischen Finanzverwaltung und wird mit der Rechnung des Bundes publiziert. Die Zahlen weichen von den Zahlen der Finanzstatistik leicht ab, da in der Finanzstatistik für den Bund auch diverse Sonderrechnungen berücksichtigt werden (z.B. ETH-Bereich und Fonds für Eisenbahngrossprojekte). Die Finanzstatistik erfasst die Rechnungen aller öffentlichen Haushalte und liefert Zahlen für den internationalen Vergleich.

Das Kernstück der Schuldenbremse besteht aus einer einfachen Regel: Über einen Konjunkturzyklus hinweg dürfen die Ausgaben nicht grösser sein als die Einnahmen. Der Plafond für die Ausgaben wird an die Höhe der Einnahmen gebunden, korrigiert um einen Faktor, der die konjunkturelle Lage berücksichtigt (k-Faktor). In Phasen der Hochkonjunktur muss der Bund einen Überschuss erwirtschaften, umgekehrt sind in Phasen mit geringem oder rückläufigem Wachstum Defizite zulässig. Über einen ganzen Konjunkturzyklus hinweg ist die Rechnung ausgeglichen. Die Regel wirkt unabhängig von der Höhe der Steuerbelastung. Sie lässt Steuererhöhungen und Steuersenkungen zu. Eine Steuersenkung muss gemäss Regel mit Ausgaben senkungen einhergehen.

Arbeitsproduktivität

Auszug aus dem Legislaturziel 2: *Die schweizerische Wirtschaft ist durch bestmögliche Rahmenbedingungen gefestigt und wächst weiterhin. [...] Die Schweizer Wirtschaft ist auf solide Rahmenbedingungen angewiesen, damit sie im internationalen Wettbewerb bestehen kann.*

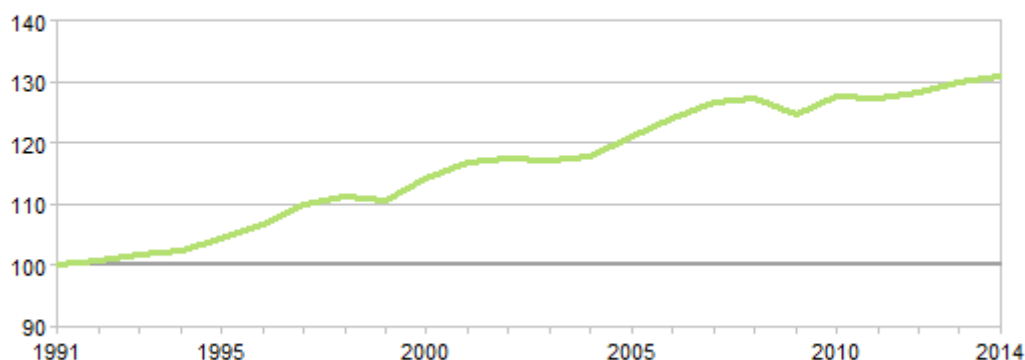
Bedeutung des Indikators: Im Hinblick auf die langfristige Wettbewerbsfähigkeit kommt der Arbeitsproduktivität eine wichtige Rolle zu. Wenn ein Land seine Arbeitsproduktivität überdurchschnittlich zu steigern vermag, erhöht sich dessen Wettbewerbsfähigkeit. Die Arbeitsproduktivität misst die Effizienz, mit der die Arbeitskräfte im Produktionsprozess eingesetzt werden. Hohe Löhne wie in der Schweiz gefährden die Wettbewerbsfähigkeit nicht, wenn sie durch eine hohe Produktivität gerechtfertigt sind. Eine Produktivitätssteigerung über einen längeren Zeitraum kann zu einer Zunahme der Einkommen und des Lebensstandards eines Landes führen.

Die Arbeitsproduktivität wird als Verhältnis zwischen der Bruttowertschöpfung und den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden gemessen. Der Indikator zeigt die Entwicklung der Produktivität nach tatsächlichen Arbeitsstunden in Bezug auf das Referenzjahr 2010 (Index 1991 = 100).

Quantifizierbares Ziel: *Durch eine optimale – d.h. in der Regel an Marktprinzipien ausgerichtete und administrative Belastungen vermeidende – Ausgestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen soll die Wirtschaftsleistung in der Schweiz erhöht werden, wobei ein höherer Teil des BIP-Wachstums aus Produktivitätsgewinnen resultieren soll.*

Arbeitsproduktivität

Entwicklung der Produktivität nach tatsächlichen Arbeitsstunden,
1991=100; Zu Preisen des Vorjahres, Referenzjahr 2010



2013 und 2014: provisorisch

Quelle: BFS - VGR, AVOL

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Von 1991 bis 2014 ist die Produktivität nach tatsächlichen Arbeitsstunden um 31% gestiegen, was einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 1,2% entspricht. Seit 2007 hat sich das Produktivitätswachstum jedoch verlangsamt. Gründe für einen Anstieg der Arbeitsproduktivität sind die Qualifikationen der Arbeitnehmenden, die Technologiefortschritte, vermehrte Kapital-, Energie- und Materialeinsätze und effizientere öffentliche sowie privatrechtliche Institutionen.

Methodologie

Die Kennzahlen zur Arbeitsproduktivität der Volkswirtschaft basieren in der Schweiz auf dem BIP zu Preisen des Vorjahres (Referenzjahr 2010) (als Mass der wirtschaftlichen Tätigkeit) und auf der Anzahl tatsächlich geleisteter Arbeitsstunden (als Mass für den Arbeitsinput). Die Entwicklung wird in einem Index dargestellt (1991 = 100).

Die Berechnung der Arbeitsproduktivität in der Schweiz basiert auf der Anzahl tatsächlich geleisteter Arbeitsstunden, für den Indikator „Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft“ wird nach der Methode von Eurostat das Total der Jahresarbeitseinheiten (standardisiert auf 280 Arbeitstage) berücksichtigt. Die beiden Indikatoren sind daher ähnlich, aber nicht direkt vergleichbar. Die Arbeitsproduktivität wird im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung jährlich vom BFS publiziert.

Definitionen

Arbeitsproduktivität

Die Arbeitsproduktivität entspricht der Bruttowertschöpfung (BWS) pro Arbeitsinput. Sie dient dazu, die Effizienz des Arbeitsinputs im Produktionsprozess zu messen. Auf Ebene einer Volkswirtschaft bezeichnet die Arbeitsproduktivität das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro tatsächliche Arbeitsstunde.

Bruttoinlandprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist die Referenzgrösse zur Messung der wirtschaftlichen Leistung. Es ergibt sich aus der Summe der durch die ansässigen Wirtschaftsakteure erbrachten Wertschöpfung, zusätzlich der Steuern und abzüglich der Gütersubventionen. Das BIP wird zu laufenden Preisen sowie zu Preisen des Vorjahres berechnet. Das Wirtschaftswachstum wird durch die Veränderungsrate zu Preisen des Vorjahres ausgedrückt.

Wertschöpfung

Die Wertschöpfung beschreibt die aus dem Produktionsprozess hervorgehende Wertsteigerung der Güter. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergibt sie sich aus dem Saldo Produktionswert minus Vorleistungen.

Produktmarktregulierung

Auszug aus dem Legislaturziel 2: *Die Schweizer Wirtschaft ist auf solide Rahmenbedingungen angewiesen, damit sie im internationalen Wettbewerb bestehen kann. [...] Durch die liberale Ausgestaltung der Rahmenbedingungen soll der Wettbewerb im Binnenmarkt intensiviert werden.*

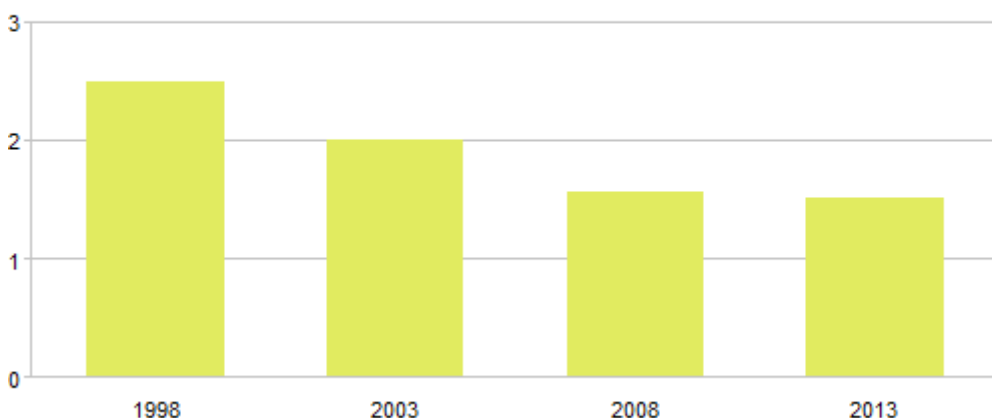
Bedeutung des Indikators: Die Regulierungen des Produktmarkts sind Teil der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Durch eine optimale – das heisst in der Regel an Marktprinzipien ausgerichtete und administrative Belastungen vermeidende – Ausgestaltung der Rahmenbedingungen kann mehr Wettbewerb in den Produktmärkten entstehen. Kompetitive Märkte können die Firmen dazu bringen, effizienter zu sein und die Produktivität zu erhöhen. Mehr Wettbewerb kann einen positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung haben.

Der Index der Produktmarktregulierung besteht aus einem Set von Indikatoren, welche den Grad messen, in dem Regulierungen den Wettbewerb im Produktmarkt fördern oder verhindern. Ein tiefer Index bedeutet, dass es wenig und bessere Regulierungen im Produktmarkt eines Landes gibt.

Quantifizierbares Ziel: *Durch eine optimale – d.h. in der Regel an Marktprinzipien ausgerichtete und administrative Belastungen vermeidende – Ausgestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen soll die Wirtschaftsleistung in der Schweiz erhöht werden, wobei ein höherer Teil des BIP-Wachstums aus Produktivitätsgewinnen resultieren soll.*

Produktmarktregulierung

Index von 0 (keine Regulierung) bis 6 (sehr hohe Regulierung)



Quelle: OECD, integrierter PMR-Indikator

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Der Index der Produktmarktregulierung betrug 2013 für die Schweiz 1,50 Punkte. Nachdem der Indexwert im Vergleich mit den Erhebungen von 1998 und 2003 gesunken ist, ist er seit der letzten Erhebung im 2008 praktisch konstant geblieben.

2013 befand sich die Niederlande bei der Produktmarktregulierung mit einem Wert von 0,92 an der Spitze der OECD-Länder, gefolgt von Grossbritannien mit einem Wert von 1,08.

In den „best practice“-Richtlinien zur Regulierung von Märkten empfiehlt die OECD, Regulierungen so weit wie möglich abzubauen oder so zu formulieren, dass sie den Wettbewerb und die Effizienz nicht behindern. Eine Deregulierung soll jedoch nicht isoliert, sondern mit Blick auf alle Bereiche kohärent vorgenommen werden. Im Vergleich mit der EU und der OECD hat die Schweiz eine hohe Produktmarktregulierung in Bereichen wie zum Beispiel der Briefpost und des Bahnnetzes sowie bei vielen Staatsunternehmen. Obwohl in den letzten Jahren im Elektrizitätsmarkt eine Deregulierung stattgefunden hat, bleibt die Regulierungsdichte in diesem Bereich noch sehr hoch.

Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass die Mitgliedsländer der OECD grösstenteils die Produkt-

märkte seit 1998 liberalisiert haben und aus diesem Grund eine grundsätzliche Konvergenz der Regulierung zu den „best practices“ konstatiert werden kann.

Methodologie

Das System der Produktmarktindikatoren der OECD basiert auf der Idee, dass qualitative Daten über Gesetze und Regulierungen, die den Wettbewerb beeinflussen, in quantitative Daten umgewandelt werden können. Die Indikatoren basieren auf rechtlichen Informationen, die codiert werden. Die codierte Information wird auf einer Skala von Null bis sechs normalisiert. Je höher der Wert, desto höher die Einschränkungen für den Wettbewerb.

Die Produktmarktindikatoren decken allgemeine Bereiche der Regulierung ab, wie staatliche Kontrolle und Preiskontrollen, gesetzliche und administrative Barrieren für den Markteintritt sowie Barrieren für Handel und Investitionen. Es werden ebenfalls spezifische Regulierungen berücksichtigt, vor allem in den Bereichen des Flug- und Schienenverkehrs, der Transporte auf Schiene und Strasse und der Telekommunikation.

Die möglichen Regulierungen im Produktmarkt umfassen (1) die staatliche Kontrolle von wirtschaftlichen Unternehmen (z.B. staatliches Eigentum, Preiskontrollen), (2) gesetzliche und administrative Einschränkungen für die Wirtschaft (z.B. Zugang zu Informationen über bestehende Regulierungen, Auflagen für Neugründungen von Firmen) oder (3) Barrieren für den internationalen Handel und Direktinvestitionen (Zugang für ausländische Investoren, tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse). Der Produktmarkt umfasst Konsum- und Investitionsgüter (ausgeschlossen sind Agrarprodukte, die Lebensmittelbranche wird aber berücksichtigt). Der Indikator wird alle fünf Jahre von der OECD erhoben und publiziert. Die Methode wird regelmässig revidiert.

Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft

Auszug aus der Leitlinie 1 und dem Legislaturziel 4: Die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft muss durch eine nachhaltige und marktorientierte Produktion sichergestellt werden. [...] Die Unterstützung der Landwirtschaft soll sich [...] primär auf wertvolle gemeinwirtschaftliche Leistungen und Produkte als Voraussetzung für den Erfolg am Markt ausrichten. Gleichzeitig soll die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Land- und Ernährungswirtschaft im Hinblick auf zukünftige Marktöffnungen weiter verbessert werden.

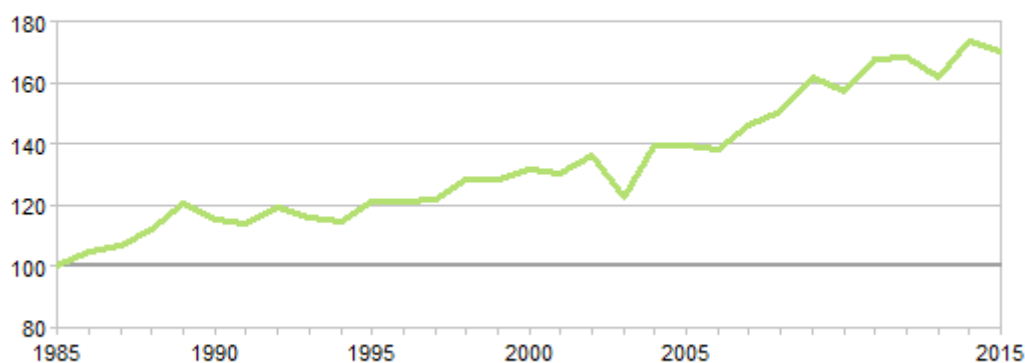
Bedeutung des Indikators: Im Hinblick auf die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft kommt der Arbeitsproduktivität eine wichtige Rolle zu. Wenn die Landwirtschaft ihre Arbeitsproduktivität überdurchschnittlich zu steigern vermag, erhöht sich ihre Wettbewerbsfähigkeit. Eine gesteigerte Arbeitsproduktivität ist aber nicht die einzige Voraussetzung für eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit. Ebenso entscheidend ist in der Landwirtschaft die Preisentwicklung im Absatzmarkt und auf der Kostenseite.

Der Indikator Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft zeigt, wie viel Wertschöpfung zu konstanten Preisen eine Arbeitskraft erzielt, d.h. der Indikator misst, wie effizient die Landwirtschaft eine Arbeitskraft einsetzt. Die beobachtete Zunahme der Arbeitsproduktivität in der Schweizer Landwirtschaft ist das Ergebnis von technischem und/oder organisatorischem Fortschritt (mehr Wissen, effizientere Ausrüstungen und spezialisiertere Vorleistungen).

Quantifizierbares Ziel: Die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft steigt in den kommenden Jahren.

Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft

Bruttowertschöpfung zu konstanten Preisen 2000 pro
Jahresarbeitsinheit (JAE), 1985 = 100



2013 und 2014: provisorisch, 2015: Schätzung

Quelle: BFS - LGR

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft hat abgesehen von einigen Schwankungen (z.B. in Folge der Trockenheit 2003) in den letzten 30 Jahren insgesamt zugenommen. Der Index ist 2015 gegenüber 1985 um 70% gestiegen.

Die Landwirtschaft unterlag in dieser Zeit vielen Umbrüchen, die zu einem Rückgang der Betriebe und der Beschäftigten führten. Die Zunahme der Arbeitsproduktivität ist auf unterschiedliche Ursachen zurückzuführen. Bis 1992 stieg die reale Bruttowertschöpfung, während das Arbeitsvolumen abnahm. Ab 1992 sank oder stagnierte die reale Bruttowertschöpfung, während das Arbeitsvolumen stetig zurückging. Seit 2003 stieg die reale Bruttowertschöpfung wieder leicht an, während das Arbeitsvolumen weiter abnahm.

Methodologie

Die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft wird gemessen, indem die Bruttowertschöpfung zu konstanten Preisen (Jahr 2000) durch das Arbeitsvolumen (in Jahresarbeitseinheiten, was in der Schweiz einem Standard von 280 Arbeitstagen entspricht) dividiert wird. Die Entwicklung wird mit einem Index dargestellt (z.B. 1985 = 100). Die Berechnung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft erfolgt gemäss der Methode von Eurostat und wird im Rahmen der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR) jährlich durch das BFS ermittelt und publiziert.

Für den Indikator „Arbeitsproduktivität“ der Gesamtwirtschaft wird als „Input“ die Anzahl tatsächlich geleisteter Arbeitsstunden verwendet. Die beiden Indikatoren sind daher ähnlich, aber nicht direkt vergleichbar.

Definitionen

Arbeitsproduktivität

Die Arbeitsproduktivität entspricht der Bruttowertschöpfung (BWS) pro Arbeitsinput. Sie dient dazu, die Effizienz des Arbeitsinputs im Produktionsprozess zu messen. Auf Ebene einer Volkswirtschaft bezeichnet die Arbeitsproduktivität das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro tatsächliche Arbeitsstunde.

Wertschöpfung

Die Wertschöpfung beschreibt die aus dem Produktionsprozess hervorgehende Wertsteigerung der Güter. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergibt sie sich aus dem Saldo Produktionswert minus Vorleistungen.

Nahrungsmittelproduktion

Auszug aus dem Legislaturziel 4: Die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft soll mit einer ökonomisch erfolgreichen, umwelt- und tierfreundlichen sowie sozial verantwortungsbewussten Nahrungsmittelproduktion die Bedürfnisse der Konsumentinnen und Konsumenten nach sicheren und qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln erfüllen. [...] Sie trägt dabei substantiell zur strategischen Ernährungssicherheit der Schweiz bei.

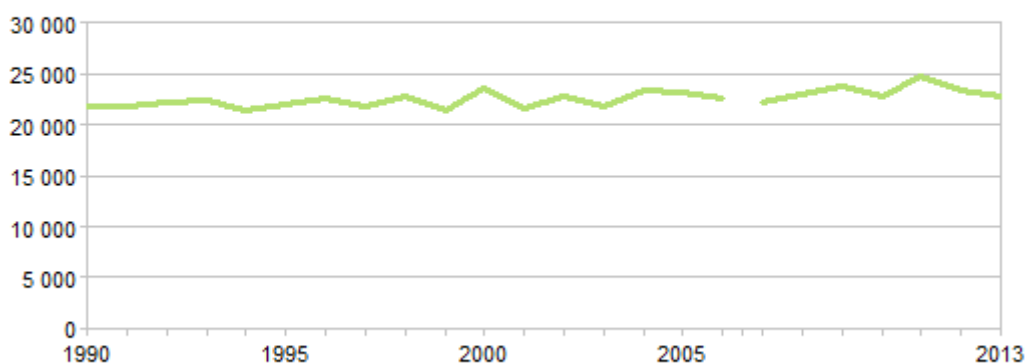
Bedeutung des Indikators: Die Landwirtschaft hat laut Verfassung durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion einen wesentlichen Beitrag zur sicheren Versorgung der Bevölkerung zu leisten. Als Massstab für die Nahrungsmittelproduktion wird die verwertbare Energie der Agrarprodukte verwendet, die im Inland hergestellt wurden (brutto, gemessen in Terajoule, TJ).

Quantifizierbares Ziel: Die einheimische Nahrungsmittelproduktion (in Terajoules, TJ) steigt gegenüber den Durchschnittswerten der Periode 2008-2010* leicht an.

* Angepasste Referenzperiode aufgrund einer Revision der Nahrungsmittelbilanz

Nahrungsmittelproduktion

Einheimische Nahrungsmittelproduktion brutto der Landwirtschaft, in Terajoules



Ab 2007 neue Berechnungsmethode (Nahrungsmittelbilanz)

Quelle: Schweizer Bauernverband

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Die Bruttoproduktion von Nahrungsmitteln hat seit 1990 insgesamt zugenommen und lag im Jahr 2013 bei 22'765 Terajoules. Die klimatischen und topografischen Bedingungen in der Schweiz ermöglichen es, einen grossen Anteil des Verbrauchs von Milch, Milchprodukten, Butter, Fleisch, Kartoffeln und Zucker im Inland zu produzieren. Der Anteil ist hingegen wesentlich tiefer bei Getreide, Gemüse und Obst. Sehr gering ist der Anteil beispielsweise bei Hülsenfrüchten und Fisch, diese Nahrungsmittel müssen zum grössten Teil importiert werden. Die erzielte Bruttoproduktion von tierischen Erzeugnissen könnte ohne importierte Futtermittel nicht erreicht werden. Für die Inlandproduktion netto wird bei der tierischen Produktion daher nur jener Anteil berücksichtigt, der mit inländischen Futtermitteln produziert wurde. Die gesamte Inlandproduktion betrug 2013 netto 19'801 Terajoules.

Wird die gesamte Inlandproduktion (brutto oder netto) im Verhältnis zum inländischen Gesamtverbrauch an Nahrungsmitteln betrachtet, ergibt das den Selbstversorgungsgrad der Schweiz. 2013 betrug der Selbstversorgungsgrad brutto 57,7% und der Selbstversorgungsgrad netto 50,2%.

Methodologie

Die einheimische Nahrungsmittelproduktion der Landwirtschaft wird als Bruttoproduktion in Terajoules ausgewiesen. Brutto bedeutet, dass in den Zahlen auch die Nahrungsmittelproduktion enthalten ist, welche aufgrund importierter Futtermittel hergestellt wurde.

Der Selbstversorgungsgrad wird definiert als Anteil der Inlandproduktion am inländischen Gesamtverbrauch. Beim Selbstversorgungsgrad netto wird nur jener Anteil der Inlandproduktion berücksichtigt, der mit inländischen Futtermitteln produziert wurde.

Der Indikator Nahrungsmittelproduktion wird jährlich vom Schweizer Bauernverband (SBV) erhoben und in „Statistische Erhebungen und Schätzungen über Landwirtschaft und Ernährung“ sowie auf der Internetseite des SBV publiziert. Die Methode zur Bilanzierung der Nahrungsmittel wurde im Jahr 2008 grundlegend revidiert, was zu einem Bruch in der Zeitreihe führt. Werte nach der alten Berechnungsmethode sind bis 2010 vorhanden, Werte nach der revidierten Methode sind ab 2007 erhältlich.

Fiskalquote der öffentlichen Haushalte

Auszug aus dem Legislaturziel 6: Die Erhebung von Steuern dient der Finanzierung der Staatsausgaben. Um dieses Ziel bestmöglich zu erreichen, ist es die Aufgabe der Steuerpolitik, das Steuersystem möglichst attraktiv auszugestalten.

Bedeutung des Indikators: Eine niedrige Steuerbelastung trägt zur Standortattraktivität bei und ist daher aus wirtschaftlicher Sicht erwünscht. Die Standortqualität hängt allerdings von vielen Faktoren ab, so auch von den rechtlichen Rahmenbedingungen, vom sozialen Frieden und von der Qualifikation potentieller Arbeitskräfte. Aus der Fiskalquote lassen sich keine direkten Rückschlüsse auf die finanzielle Situation der privaten Haushalte ziehen. Dafür müsste die Steuerbelastung zu den Leistungen, die die Bürgerinnen und Bürger vom Staat erhalten, in Bezug gesetzt werden.

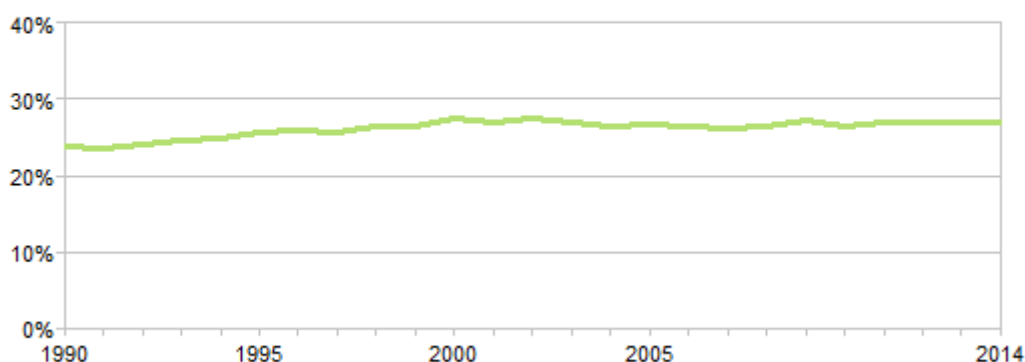
Die Fiskalquote ist die Summe aller Steuern und öffentlichen Abgaben von Bund, Kantonen, Gemeinden und öffentlichen Sozialversicherungen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP). Die Quote ist somit ein Mass für die aggregierte Belastung durch Fiskalabgaben.

Quantifizierbares Ziel: Die Fiskalquote unseres Landes ist um die Werte von 2010 zu stabilisieren (Fiskalquote [Staat]: 26,5%^{*}). Zur Erhaltung bzw. Steigerung der Standortattraktivität ist längerfristig eine Senkung anzustreben.

^{*} Angepasstes Ziel aufgrund einer Revision des BIP

Fiskalquote der öffentlichen Haushalte

Einnahmen aus Steuern und obligatorischen Sozialversicherungsbeiträgen
im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt



2014: Teilweise geschätzt

Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Die Fiskalquote ist insgesamt relativ stabil und oszilliert seit 2001 um die 27%. 2014 ist die Fiskalquote mit 27,1% des BIP gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Prozentpunkte angestiegen. Im internationalen Vergleich fällt die Fiskalquote der Schweiz tief aus. Im Vergleich mit anderen OECD-Ländern, welche einen ähnlichen Entwicklungsstand aufweisen wie die Schweiz, liegt die Steuerbelastung nur in den USA tiefer. Bei internationalen Vergleichen ist darauf zu achten, dass die Beiträge im Bereich der beruflichen Vorsorge (Pensionskassenbeiträge) und die Prämien der in der Schweiz obligatorischen Krankenversicherung nicht berücksichtigt werden. Diese Abgaben werden in vielen Staaten über das Steuersystem finanziert.

Methodologie

Die Fiskalquote in der Schweiz umfasst sämtliche Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie die Sozialversicherungsabgaben. Diese setzen sich aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und -geber an die öffentlichen Sozialversicherungen zusammen (AHV, IV, EO, ALV, die Familienzulagen in der Landwirtschaft sowie die Mutterschaftsversicherung des Kantons Genf). Nicht enthalten sind somit Gebühren- und Zinseinnahmen sowie sonstige weitere Einnahmen des Staates wie z.B. Bussen. Auch die Beiträge an Krankenkassen, Unfallversicherungen und Pensionskassen werden trotz Obligatorium nicht berücksichtigt, da diese Unternehmen nicht zum Sektor Staat gehören.

Bei der Berechnung der Fiskalquote stützt sich die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) auf die Zahlen der Finanzstatistik, welche gemäss dem internationalen Finanzstatistikstandard des IWF ermittelt werden. Diese entsprechen ebenfalls den Richtlinien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die jedoch eine leicht abweichende Nomenklatur verwendet. Die Vergleichbarkeit der einzelnen Komponenten der Fiskalquote ist mit denjenigen anderer Länder sichergestellt. Die Fiskalquote wird jährlich publiziert.

Definitionen

Bruttoinlandprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist die Referenzgrösse zur Messung der wirtschaftlichen Leistung. Es ergibt sich aus der Summe der durch die ansässigen Wirtschaftsakteure erbrachten Wertschöpfung, zusätzlich der Steuern und abzüglich der Gütersubventionen. Das BIP wird zu laufenden Preisen sowie zu Preisen des Vorjahres berechnet. Das Wirtschaftswachstum wird durch die Veränderungsrate zu Preisen des Vorjahres ausgedrückt.

Fiskalquote gemäss IWF und OECD

Fiskaleinnahmen in % des BIP. Die Fiskalquote umfasst die Steuern und die Sozialversicherungsabgaben gemäss den Definitionen des finanzstatistischen Standards des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die gleichen fachlichen Abgrenzungen verwendet auch die OECD, benutzt jedoch eine geringfügig andere Unterteilung der Steuerkategorien.

Abonent/innen von Breitband-Internetanschlüssen

Auszug aus dem Legislaturziel 7: Den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) kommt eine grundlegende Bedeutung für das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben in der Schweiz zu. [...] Qualitativ hochwertige, verlässliche Kommunikationsinfrastrukturen und kostengünstige Dienstleistungen müssen allen zugänglich sein. Ihre flächendeckende Verfügbarkeit ist ein wesentlicher Faktor für die Standortattraktivität der Schweiz und für eine innovative, wettbewerbsfähige Wirtschaft.

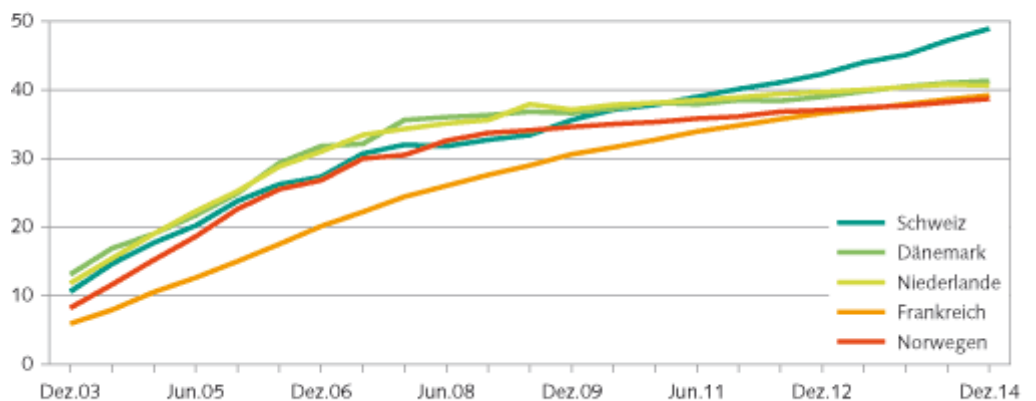
Bedeutung des Indikators: Grundvoraussetzung für die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ist die Verbreitung von technischen Möglichkeiten in den privaten Haushalten, in Unternehmen, in der Verwaltung oder an Schulen und Universitäten. Die zunehmende Verbreitung der Breitbandtechnologien ist entscheidend für die Entwicklung des E-Commerce, der E-Administration und anderer Anwendungen, wie zum Beispiel Internettelefonie oder Audio- und Videoübertragungen.

Der Indikator zeigt die Anzahl der Abonentinnen und Abonnenten von leitungsgebundenen Breitband-Internetanschlüssen pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner im internationalen Vergleich. Die Anzahl der Abonentinnen und Abonnenten steht für den Verbreitungsgrad dieser Technologie.

Quantifizierbares Ziel: Während der Legislaturperiode 2011–2015 bewegt sich die Schweiz bei der Anzahl der leitergebundenen Breitbandanschlüsse an das Internet innerhalb der fünf besten Länder der OECD.

Abonent/innen von Breitband-Internetanschlüssen

Anzahl der Abonent/innen von leitungsgebundenen Breitband-Internetanschlüssen pro 100 Einwohner/innen



2014: Schätzungen für die Schweiz

Quelle: OECD Key ICT Indicators

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Die Zahl der Abonentinnen und Abonnenten von leitungsgebundenen Breitband-Internetanschlüssen stieg in den letzten Jahren an. Ende 2014 waren es 48,9 Breitbandanschlüsse pro 100 Einwohner (Total Abonnenten: 3'990'200), während es Ende 2003 10,6 waren. Damit zählt die Schweiz gegenwärtig im OECD-Vergleich zu den führenden Ländern. Sie rangiert im Dezember 2014 bei der leitungsgebundenen Breitbandversorgung vor Dänemark an erster Stelle der OECD-Mitgliedsstaaten. Allerdings befindet sich die Schweiz bei den sehr leistungsfähigen Glasfaseranschlüssen unterhalb vom OECD-Durchschnitt. Dies kann mit der hohen Breitbandabdeckung in der Schweiz erklärt werden. Die Spitzenplätze bei den Glasfaseranschlüssen werden gegenwärtig von Japan und der Republik Korea belegt.

Methodologie

Die Zahl der Abonentinnen und Abonnenten von leitungsgebundenen Breitband-Internetanschlüssen wird pro 100 Einwohnerinnen und Einwohnern gemessen. Die Daten werden im internationalen Vergleich dargestellt. Zu den leitungsgebundenen Breitband-Internetanschlüssen zählen DSL, Kabelmodem-Zugänge sowie Glasfaser (beide seit 2007). Generell gilt eine Verbindung als Breitband, wenn sie eine Übertragungsrate von mehr als 256 Kbit/s aufweist.

Die OECD publiziert die Daten halbjährlich. Die Daten für die Schweiz basieren auf Schätzungen, die auf Basis der offiziellen Fernmeldestatistik (jährliche Erhebung bei den Fernmeldediensteanbietern) durch das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) erstellt werden.

Online Service Index

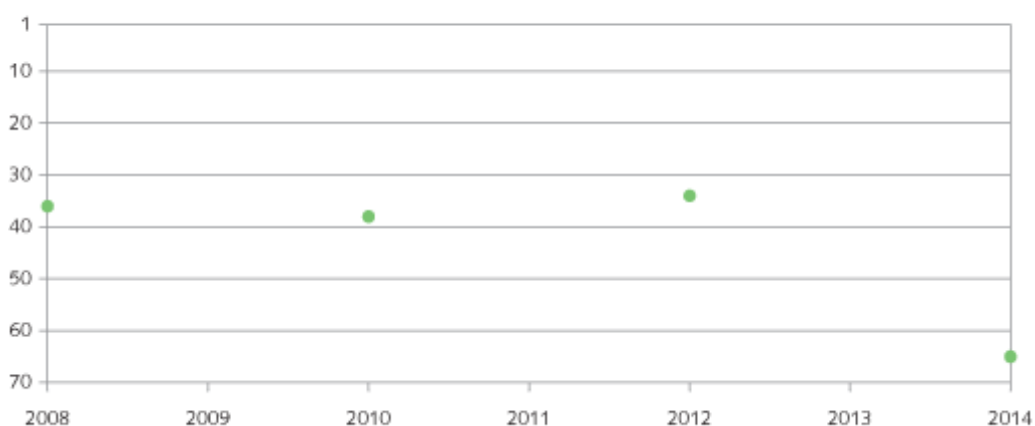
Auszug aus dem Legislaturziel 7: *Den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) kommt eine grundlegende Bedeutung für das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben in der Schweiz zu. [...] Die Ziele der Strategie E-Government Schweiz von Bund und Kantonen, die Verwaltungstätigkeit so bürgernah, effizient und wirtschaftlich wie möglich zu gestalten, werden in enger Zusammenarbeit zwischen den drei föderalen Ebenen weiterverfolgt.*

Bedeutung des Indikators: E-Government bezweckt, die Prozesse zwischen der Bevölkerung, der Wirtschaft und den staatlichen Stellen sowie innerhalb der Verwaltung mittels Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zu optimieren. E-Government soll den Kontakt mit der Verwaltung erleichtern und durch effizientere Abläufe für die Wirtschaft und andere private Organisationen zu einem Standortvorteil beitragen. Der Online Service Index zeigt für die Schweiz in einem weltweiten Vergleich, inwiefern Leistungen und Services auf Bundesebene online abgewickelt werden können. Im Fokus stehen die Zugänglichkeit zu Informationen und die Benutzerfreundlichkeit von Internetseiten der Regierung und ausgewählten Bereichen (Bildung, Gesundheit, Finanzen, Arbeit, Sozialleistungen). Der Index erfasst zudem die Möglichkeiten zur Interaktion zwischen der Regierung und der Bevölkerung, zum Beispiel in Form von regelmässigen Inputs, routinemässigen Konsultationen oder von Social Media und Web 2.0.

Quantifizierbares Ziel: *Im Bereich E-Government verbessert die Schweiz im internationalen Vergleich ihre Position.*

Online Service Index

Rang im weltweiten Vergleich der UN-Länder



Quelle: UNPAN, E-Government Survey

© BFS, Neuchâtel 2014

Kommentar

Die Schweiz belegt 2014 im Vergleich der insgesamt 193 untersuchten Länder mit einem Indexwert von 0,504 (auf einer Skala von 0 bis 1) den 65. Platz. Sie platzierte sich somit über dem weltweiten Durchschnitt von 0,392. Im Jahr 2012 erreichte die Schweiz im weltweiten Vergleich mit einem Indexwert von 0,673 den 34. Rang. In der Regel belegen viele hoch entwickelte Länder die vorderen Ränge des Vergleichs, oftmals werden dort die finanziellen Ressourcen zentral verwaltet und mit entsprechendem politischen Wille gezielt eingesetzt, um E-Government-Initiativen zu entwickeln und umzusetzen. 2014 befanden sich Frankreich, Singapur, die Republik Korea, Japan und Spanien auf den ersten fünf Plätzen.

Der E-Participation Index misst die Nutzung von Online-Angeboten, bei welchen die Interaktion zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Wirtschaft mit den Behörden im Vordergrund steht. Hier befand sich die Schweiz 2014 mit einem Indexwert von 0,373 auf dem 91. Platz und lag unter dem weltweiten

Durchschnitt von 0,395.

Der Online Service Index sowie der E-Participation Index sind relative Indizes. Das heisst, der jeweilige Indexwert eines Landes hängt unter anderem vom E-Government-Angebot der best- bzw. schlechtestplatzierten Länder ab. Für die Erhebung der Indizes werden jeweils die neusten Trends und Entwicklungen im E-Government Bereich berücksichtigt.

Mit dem Online-Angebot der Verwaltungen aller föderalen Ebenen waren 84% der Wirtschaftsvertreter im Jahr 2015 eher und sehr zufrieden. In der Bevölkerung lag dieser Anteil bei 79%.

Methodologie

Für die Erhebung des Online Service Index werden die Internetseiten der nationalen Regierungen und ausgewählten Ministerien auf bestimmte Kriterien hin untersucht. Bei der Messung wird davon ausgegangen, dass sich die Entwicklung der Online-Service-Angebote in vier Phasen gliedert: In einer ersten Phase unterhält die Regierung eine einfache Website mit Basisinformationen („emerging presence“). In einer zweiten Phase kommen multimediale Elemente und die Möglichkeit zur Interaktion beim Internetauftritt hinzu („enhanced presence“). Die dritte Phase wird durch einen breiten Informationsaustausch, regelmässige Benutzung und Inputmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger charakterisiert („transactional presence“). Die vierte Phase zeichnet sich durch einen intensiven Datenaustausch und routinemässige Konsultationen der Bürgerinnen und Bürger z.B. über soziale Netzwerke aus („connected presence“). Wenn ein Land alle vier Phasen durchlaufen hat und alle Elemente berücksichtigt werden, erhält es einen hohen Online Service Index.

Der Online Service Index ist Teil des „E-Government Development Index“ der UNO. Der "E-Government Development Index umfasst noch zwei weitere Dimensionen: den „Telecommunication Infrastructure Index“ und den „Human Capital Index“. Alle drei Dimensionen werden je zu einem Drittel gewichtet und zum E-Government Development Index zusammengezählt.

Der Online Service Index ist ein relativer Index. Das bedeutet, dass der Index eines Landes von den Werten der best- bzw. schlechtestplatzierten Länder abhängt. Ein relativer Index verändert sich zudem je nach Anzahl der Länder, die an der Untersuchung teilnehmen. Der Index kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Es gibt frühere Surveys mit Online Service Indices, die Zahlen sind aber wegen Revisionen der Methode und wegen der Eigenschaften des relativen Index nur beschränkt vergleichbar.

Der Indikator wird alle 2 Jahre vom United Nations Public Administrations Network (UNPAN) erhoben.

Definitionen

E-Government («eGovernment»)

Unterstützung der Beziehungen, Prozesse und politischen Partizipation innerhalb der staatlichen Stellen aller Ebenen (Bund/Kantone/Gemeinden) sowie zwischen den staatlichen Stellen (Bund - Kantone - Gemeinden) und all ihren Anspruchsgruppen (Bürgerinnen und Bürger / Unternehmen / Institutionen) durch die Bereitstellung entsprechender Interaktionsmöglichkeiten mittels elektronischer Medien.

Leitlinie 2: Positionierung

Die Schweiz ist regional und global gut positioniert und hat ihren Einfluss im internationalen Kontext gestärkt.

Multilaterale Abkommen

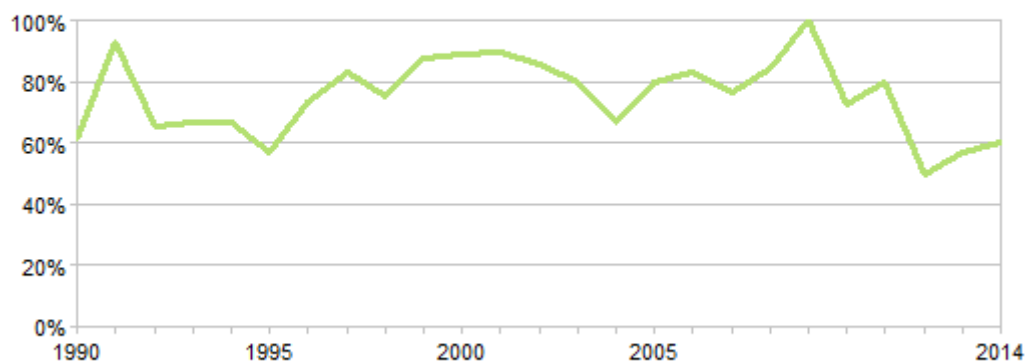
Auszug aus dem Legislaturziel 8: Die Schweiz verstärkt ihre Präsenz in multilateralen Gremien und bringt sich aktiv in die relevanten Prozesse der multilateralen Diplomatie ein. Sie trägt mit qualitativ hochstehenden substanziellen Beiträgen in den multilateralen Foren zur konstruktiven Lösung von Problemen bei. Sie betätigt sich als ehrliche Maklerin und Brückenbauerin und festigt ihren Ruf als glaubwürdiges und engagiertes Mitglied der Staatengemeinschaft mit dem Ziel der Bewältigung nationaler und internationaler Herausforderungen insbesondere in den Bereichen Frieden, Sicherheit, Finanzstabilität, Wirtschaftswachstum, Armutsbekämpfung und Klimawandel.

Bedeutung des Indikators: Zur Lösung globaler Probleme sind Abkommen auf globaler Ebene ein zentrales Instrument. Wichtige Themen solcher Abkommen sind die Transparenz in politischen Prozessen, die Partizipation der Bevölkerung, die Übernahme von Verantwortlichkeiten, die Einhaltung der Menschenrechte sowie die Kohärenz der verschiedenen Politiken. Von besonderer Relevanz erweist sich die Förderung der Kohärenz zwischen Handels-, Umwelt- und Sozialregelwerken. Multilaterale Abkommen werden auf internationaler Ebene beschlossen und danach durch die einzelnen Staaten ratifiziert und in Kraft gesetzt. Der Indikator zeigt, wie viel Prozent der von der Schweiz unterzeichneten multilateralen Rechtstexte in der Schweiz in Kraft getreten sind. Der Anteil ist Ausdruck für den Willen der Schweiz, die auf internationaler Ebene unterzeichneten multilateralen Abkommen in einem angemessenen Zeitraum umzusetzen. Der Indikator macht keine Aussage über die Ziele der Abkommen und wem diese Abkommen dienen. Der Indikator weist zudem nur den quantitativen Aspekt der multilateralen Zusammenarbeit aus und sagt nichts über den Umfang und die Wichtigkeit der Abkommen aus.

Quantifizierbares Ziel: Um ihre Stellung in der Welt stärken zu können, ist die Schweiz daran interessiert, die Kontakte und den Dialog zu Partnerländern, die ihre Einstellungen und Wertehaltungen teilen, über bestehende oder neue Allianzen aktiv zu pflegen. Zu diesem Zweck setzt sie die Mittel der Zusammenarbeit und der Vernetzung ein und beteiligt sich in konstruktivem Geist an den entsprechenden Prozessen. Ferner hat die Schweiz grösstes Interesse daran, im multilateralen System angemessen vertreten zu sein und sich aktiv an dessen Führung zu beteiligen.

Multilaterale Abkommen

Anteil in der Schweiz in Kraft getretene multilaterale Rechtstexte* am Total der in einem Jahr abgeschlossenen Rechtstexte



* Im Abschlussjahr oder in einem Folgejahr, Stand: 05.08.2015

Quelle: Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Der Anteil der multilateralen Abkommen, die in der Schweiz in Kraft getreten sind, schwankt seit 1990. Im Jahr 2014 betrug er 60%. Zu beachten ist, dass Abkommen oft über ein Jahr nach der Unterzeichnung ratifiziert werden. Der Anteil der multilateralen Abkommen kann sich somit rückwirkend ändern,

was insbesondere auf die letzten Jahre einen grösseren Einfluss hat.

Auf der internationalen Ebene sind wirtschaftliche Ordnungen (insbesondere die Welthandelsorganisation WTO) stärker vertreten als Umwelt- und Sozialregelwerke. Insgesamt hat die Schweiz die wichtigsten Abkommen zum Schutz der Menschenrechte ratifiziert. Im Bereich der UNO-Kernübereinkommen sowie auch betreffend einigen Ratifikationen im Bereich des Europarates bestehen in den letzten Jahren noch verschiedene Lücken.

Methodologie

Der Indikator zeigt, wie viele multilaterale Rechtstexte in der Schweiz in Kraft treten, und setzt diese Zahl ins Verhältnis zum Total der durch die Schweiz unterzeichneten multilateralen Rechtstexte. Für jedes Jahr wird analysiert, wie viele der in diesem Jahr abgeschlossenen Abkommen in Kraft getreten sind (im gleichen Jahr oder in einem Folgejahr). Der Anteil wird jährlich für jedes Jahr rückwirkend überprüft und aktualisiert.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) erfasst in einer Datenbank Angaben über sämtliche völkerrechtliche Abkommen, die von der Schweiz unterzeichnet wurden oder die für die Schweiz in Kraft getreten sind, sowie Informationen über weitere wichtige Abkommen und rechtlich nicht bindende Vereinbarungen. Die Informationen werden regelmässig nachgeführt und überprüft. Rechtlich verbindlich sind jedoch nur die in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts (AS) veröffentlichten Angaben.

Schweizer/innen in internationalen Organisationen

Auszug aus dem Legislaturziel 8: *Die Stellung der Schweiz in einer zunehmend global vernetzten und sich verändernden Welt ist zu stärken. Dazu muss eine Balance gefunden werden zwischen der Wahrung der Souveränität, der Interessenwahrnehmung über internationale Organisationen und stabilen Aussenbeziehungen. [...] Zudem fördert sie [die Schweiz] die Präsenz von Schweizerinnen und Schweizern in den multilateralen Organisationen und trägt zur Stärkung des internationalen Genfs bei. Sie ist bestrebt, ihr Profil auf internationaler Ebene weiter zu schärfen, indem sie Initiativen und Aktionen anregt, die dazu beitragen, die grossen globalen Herausforderungen zu meistern.*

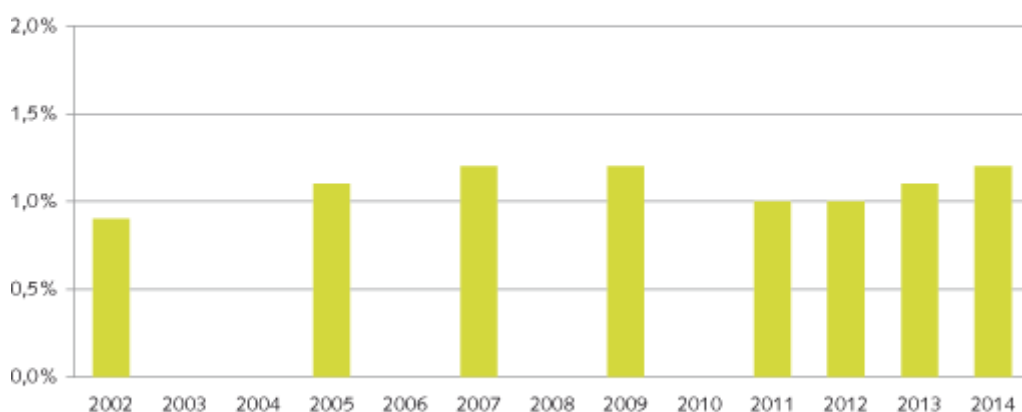
Bedeutung des Indikators: Die Schweiz trägt durch ihre Präsenz in internationalen Organisationen zur Wahrung ihrer aussenpolitischen Interessen bei. Zu den Prioritäten der multilateralen Interessenwahrung gehört unter anderem die Vertretung der Schweiz in Leitungsorganen sicherzustellen und die Zahl von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern in Vollzugsorganen (Verwaltung) internationaler Organisationen zu erhöhen. Durch gezielte Massnahmen wie der Beratung über Karrieremöglichkeiten oder der Finanzierung von Nachwuchsstellen soll die Präsenz von Schweizerinnen und Schweizern in der Verwaltung internationaler Organisationen gefördert werden.

Der Indikator zeigt den prozentualen Anteil der Schweizerinnen und Schweizer, welche als Fachpersonal oder in höheren Positionen in internationalen Organisationen arbeiten, am Total der Stellen in dieser Kategorie.

Quantifizierbares Ziel: *Um ihre Stellung in der Welt stärken zu können, ist die Schweiz daran interessiert, die Kontakte und den Dialog zu Partnerländern, die ihre Einstellungen und Werthaltungen teilen, über bestehende oder neue Allianzen aktiv zu pflegen. Zu diesem Zweck setzt sie die Mittel der Zusammenarbeit und der Vernetzung ein und beteiligt sich in konstruktivem Geist an den entsprechenden Prozessen. Ferner hat die Schweiz grösstes Interesse daran, im multilateralen System angemessen vertreten zu sein und sich aktiv an dessen Führung zu beteiligen.*

Schweizer/innen in internationalen Organisationen

Anteil der Schweizer/innen am internationalen Personal
(Fachpersonal und höhere Kategorien)



Quelle: Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Der Anteil der Schweizerinnen und Schweizer, die als Fachpersonal oder in höheren Positionen in internationalen Organisationen arbeiten, ist seit 2002 relativ stabil und bewegt sich zwischen 0,9 und 1,2 Prozent. 2014 betrug der prozentuale Anteil der Schweizerinnen und Schweizer, die in internationalen Organisationen als Fachpersonal oder in höheren Positionen tätig sind, 1,2%. Absolut gesehen betrug 2014 die Anzahl Schweizerinnen und Schweizer in der Kategorie Fachpersonal und höhere

Positionen 839 Personen; sie hat sich seit 2002 verdoppelt. Die gesamte Anzahl Stellen von Fachpersonal und in höheren Positionen in internationalen Organisationen hat in diesem Zeitraum um rund 54% zugenommen.

Die Schweiz nimmt mit Genf eine wichtige Rolle als Gastland internationaler Organisationen ein. Im Jahr 2014 waren in Genf 29 internationale Organisationen mit 17'235 permanenten Funktionären vertreten (2013: 17'062). Jährlich werden von diesen Organisationen rund 2'700 Sitzungen in Genf organisiert.

Methodologie

Der Indikator zeigt den prozentualen Anteil der Schweizerinnen und Schweizer, welche als Fachpersonal oder in höheren Positionen („professional staff and higher categories“) in internationalen Regierungsorganisationen arbeiten, am Total der Stellen in dieser Kategorie. Die Stellen dieser Kategorie werden international ausgeschrieben.

Die UNO unterscheidet zwischen folgenden Kategorien von Angestellten: Fachpersonal und höhere Kategorien („professional staff and higher categories“), allgemeine Dienstleistungen und verwandte Kategorien („general service and related categories“), lokales Fachpersonal („national professional officers“), Aussendienst („field service“) und Ernennungen auf Führungspositionen („senior appointments“).

Der Indikator wird vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten erhoben und im Rahmen der Legislaturindikatoren publiziert. Seit 2011 werden die Daten jährlich erhoben.

Bilaterale Abkommen mit der Europäischen Union

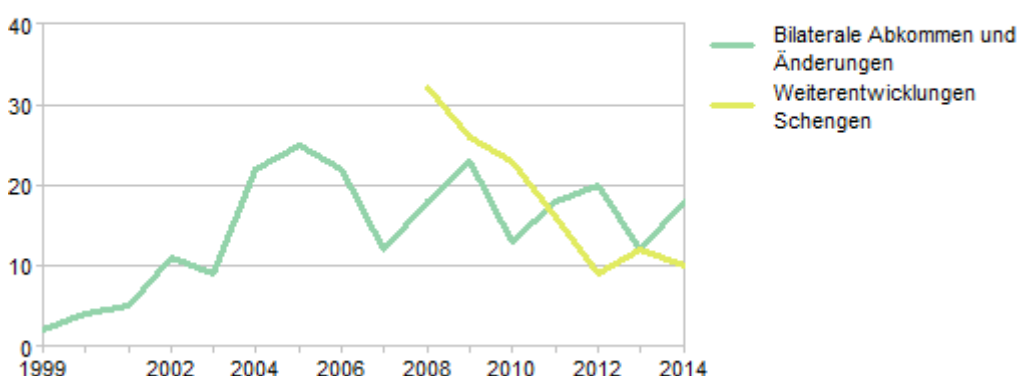
Auszug aus dem Legislaturziel 9: Zur Regelung der Beziehungen mit der EU will der Bundesrat den bilateralen Weg konsolidieren, sichern und weiterentwickeln. Zu diesem Zweck verfolgt er einen gesamtheitlichen und koordinierten Ansatz, der grundsätzlich sämtliche offenen Dossiers mit der EU umfassen soll. In Absprache mit Parlament, Kantonen und Sozialpartnern einerseits sowie mit der EU andererseits gilt es, diesen Weg zu konkretisieren und neue Abkommen in Bereichen abzuschliessen, die im Interesse beider Seiten sind.

Bedeutung des Indikators: Die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten sind wichtige Partner der Schweiz – sowohl aufgrund ihres wirtschaftlichen und politischen Gewichts als auch wegen ihrer geografischen und kulturellen Nähe. Die Schweiz verfolgt gegenüber der EU eine Interessenspolitik auf bilateralem Weg. Die vertraglichen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU werden durch bilaterale Abkommen in klar umgrenzten Bereichen geregelt. Als Hauptetappen der bilateralen Abkommen mit der EU können das Freihandelsabkommen (1972), das Versicherungsabkommen (1989), die Bilateralen I (1999) und die Bilateralen II (2004) genannt werden. Mit den Bilateralen I hat die Schweiz die Personenfreizügigkeit übernommen, und im Rahmen der Bilateralen II ist sie dem Schengen-Raum beigetreten. Der Indikator zeigt die in Kraft getretenen Abkommen sowie die Änderungen zu den Abkommen zwischen der Schweiz und der EU seit 1999. Die Weiterentwicklungen des Schengen-Abkommens (Schengen-Besitzstand) werden getrennt dargestellt. Bei den Weiterentwicklungen hat die Schweiz ein Mitspracherecht, jedoch kein formelles Mitentscheidungsrecht. Sie entscheidet bei jeder einzelnen Weiterentwicklung, ob sie sie übernehmen will oder nicht. Der Indikator weist nur den quantitativen Aspekt der bilateralen Zusammenarbeit aus und sagt nichts über den Umfang und die Wichtigkeit der Abkommen aus.

Quantifizierbares Ziel: Um die Beziehungen der Schweiz zur EU zu vertiefen, möchte der Bundesrat den bilateralen Weg konsolidieren, verstetigen und weiterentwickeln, indem er eine umfassende und koordinierte Herangehensweise verfolgt, die sämtliche offenen Dossiers mit der EU umfasst. Ziel ist der Abschluss neuer Abkommen in Bereichen, die im gegenseitigen Interesse liegen.

Bilaterale Abkommen mit der Europäischen Union

Anzahl der in Kraft getretenen Verträge zwischen der Schweiz und der EU, mit Änderungen



Quelle: Direktion für Völkerrecht, Bundesamt für Justiz

© BFS, Neuchâtel 2016

Kommentar

Die Anzahl der in Kraft getretenen Abkommen mit der EU einschliesslich der Änderungen schwankt seit 1999, hat aber insgesamt zugenommen. 2014 traten 18 Abkommen und Änderungen in Kraft, davon 5 Grundabkommen und 13 Änderungen.

Die Schweiz wird über jede Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands informiert und kann auto-

nom entscheiden, ob sie den neuen Rechtsakt übernehmen will. 2014 wurden 10 Weiterentwicklungen übernommen.

Zwischen der Unterzeichnung eines Abkommens und dem Zeitpunkt des Inkrafttretens liegen in der Regel einige Jahre. Die Bilateralen I wurden am 21. Juni 1999 unterzeichnet und traten 2002 in Kraft. Der grosse Teil der Bilateralen II, welche am 26. Oktober 2004 unterzeichnet wurden, trat 2005 und 2006 in Kraft.

Methodologie

Der Indikator zeigt die in Kraft getretenen Verträge zwischen der Schweiz und der EU seit 1999. Die Daten zeigen die Anzahl Grundabkommen (Abkommen, Protokolle, Notenaustausch), die Änderungen zu den Grundabkommen (Änderungen, Beschlüsse der gemischten Ausschüsse, welche den Stellenwert eines Abkommens haben) sowie die Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes.

Das Abkommen von Schengen hat zum Ziel, den Reiseverkehr innerhalb des Schengen-Raums zu erleichtern. Reisende werden an den Grenzen zwischen den Schengen-Staaten nicht mehr kontrolliert. Gleichzeitig verbessert eine Reihe von Massnahmen die internationale Justiz- und Polizei-Zusammenarbeit im Kampf gegen die Kriminalität. Dazu gehören Sicherheitsmassnahmen wie verschärfte Kontrollen an den Schengen-Aussengrenzen, eine verstärkte grenzüberschreitende Polizei-zusammenarbeit oder die effizientere Zusammenarbeit der Justizbehörden.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) erfasst in einer Datenbank Angaben über sämtliche völkerrechtliche Abkommen, die von der Schweiz unterzeichnet wurden oder die für die Schweiz in Kraft getreten sind, sowie Informationen über weitere wichtige Abkommen und rechtlich nicht bindende Vereinbarungen. Die Informationen werden regelmässig nachgeführt und überprüft. Rechtlich verbindlich sind jedoch nur die in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts (AS) veröffentlichten Angaben. Die Daten zu den Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes stammen vom Bundesamt für Justiz. Sämtliche Rechtstexte im Zusammenhang mit den bilateralen Abkommen mit der EU sind auf einer Datenbank der Bundeskanzlei ersichtlich (s. unten stehenden Link).

Die Datenbank des EDA ist nicht öffentlich zugänglich. Der Indikator wird jährlich durch das BFS erhoben und im Rahmen der Legislaturindikatoren publiziert.

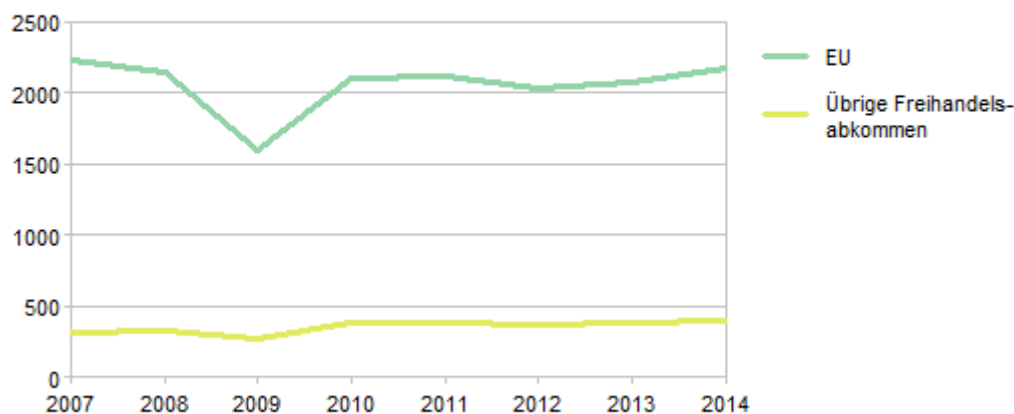
Reduktion der Zollbelastung durch Freihandelsabkommen

Auszug aus dem Legislaturziel 10: *Durch den Ausbau des Netzes von Freihandelsabkommen sollen bestehende Absatzmärkte erhalten und neue gewonnen werden. Dieser Ausbau hat den ökologischen und sozialen Auswirkungen Rechnung zu tragen. Verstärkte Anstrengungen der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit sollen das wirtschaftliche Gefälle vermindern und mehr Staaten am internationalen Handel teilhaben lassen.*

Bedeutung des Indikators: Der Wohlstand der Schweiz ist eng verknüpft mit dem internationalen Handel von Gütern und Dienstleistungen sowie mit der grenzüberschreitenden Investitionstätigkeit. Mit dem Abschluss von Freihandelsabkommen zielt die Schweiz darauf ab, ihren Unternehmen verbesserten Zugang zu internationalen Märkten zu verschaffen und mögliche Diskriminierungen zu verhindern. Durch die Freihandelsabkommen kann die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Firmen erhöht werden, was zu einer Zunahme der Handelsströme führen kann. Zudem sollen preiswerte Importe ermöglicht werden, die sowohl Konsumenten als auch Produzenten von Nutzen sind. Freihandelsabkommen ermöglichen der Schweizer Exportwirtschaft auch Einsparungen von Zollkosten, da ein Freihandelsabkommen die Zolltarife für Industriegüter normalerweise auf null reduziert. Der Indikator zeigt für schweizerische Exporte von Industriegütern die theoretischen Zolleinsparungen, welche aufgrund von Freihandelsabkommen maximal möglich sind.

Quantifizierbares Ziel: *Der Grad der Integration der Schweizer Wirtschaft in die Weltmärkte, gemessen namentlich an der vertraglich vereinbarten Reduktion der durchschnittlichen Zollbelastung der Schweizer Exporte, verbessert sich gegenüber dem Niveau von 2010.*

Potenzielle Reduktion der Zollbelastung durch Freihandelsabkommen In Millionen Franken



Quelle: SECO, basierend auf Daten des ITC und der EZV

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Die Zollkosten, welche durch Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union (EU) und anderen Freihandelspartnern maximal eingespart werden können, variieren von Jahr zu Jahr. Im Jahr 2014 belief sich das Potenzial für Zolleinsparungen dank Freihandelsabkommen auf rund 2'576 Millionen Franken, davon 2'176 Millionen Franken für Exporte in die EU und 400 Millionen Franken für Exporte in Staaten ausserhalb der EU mit denen die Schweiz Freihandelsabkommen abgeschlossen hat. 2014 gingen insgesamt 55% der Schweizer Exporte in die EU (ohne Wertsachen).

Bei den berechneten Zolleinsparungen handelt es sich um Maximalgrössen, die nur erzielt werden können, wenn alle Exporte im Gebiet des jeweiligen Freihandelspartners tatsächlich zum Präferenzzollsatz importiert werden. Dies setzt voraus, dass die Bedingungen für die Präferenzverzollung erfüllt sind und der Importeur im Partnerland die Präferenzverzollung verlangt.

Methodologie

Ein Freihandelsabkommen hat zum Ziel, die Zölle für Ursprungserzeugnisse der Freihandels-partner zu beseitigen. Freihandelsabkommen decken zunehmend nicht nur den Warenverkehr ab, sondern auch Dienstleistungen und Investitionen. Landwirtschaftsgüter unterliegen in vielen Ländern den höchsten Zollsätzen. In weniger entwickelten Ländern besteht indes für gewisse Industrieprodukte oft ein hoher Zollschutz, der eine wichtige Marktzugangsbeschränkung darstellt.

Für die Berechnung der Zolleinsparungen werden alle Exportwerte im Industriegüterbereich mit der zugehörigen Präferenzmarge multipliziert. Die Präferenzmarge ist die Differenz zwischen dem Meistbegünstigungszollsatz (der für alle WTO-Länder gilt) und dem Präferenzzollsatz, der für die Schweiz im Rahmen des betreffenden Freihandelsabkommens gilt. In der Summe resultiert ein Maximalwert von möglichen Zolleinsparungen, der erzielt werden könnte, wenn alle Exporte in das Partnerland tatsächlich zum Präferenzzollsatz importiert würden. Die berechneten Zoll-einsparungen sind aus zwei Gründen potenziell: Erstens weil Einsparungen nur bei Exporten realisierbar sind, welche die Ursprungsregeln des jeweiligen Freihandelsabkommens erfüllen. Zweitens weil die Einsparungen selbst bei Ursprungswaren nur realisiert werden können, wenn der Exporteur den dafür notwendigen Nachweis erbringt und der Importeur im Partnerland bei der Einfuhr die Präferenzverzollung verlangt.

Freihandelsabkommen, deren Ergebnisse in die Berechnung eingeflossen sind: EU, EFTA, Albanien, Chile, Hong Kong, Israel, Japan, Kanada, Marokko, Mazedonien, Mexiko, Montenegro, Republik Korea, Südafrikanische Zollunion (SACU), Singapur, Türkei. Aus berechnungs-technischen Gründen wird Kroatien bereits für die Jahre 2007-2012 der EU zugeordnet, obwohl dessen Beitritt zur EU erst 2013 erfolgte.

Für die folgenden Freihandelsabkommen wurden die potenziellen Zolleinsparungen in der Berechnung nicht berücksichtigt, da keine zuverlässigen Präferenzzolldaten vorliegen: Ägypten, Jordanien, Kolumbien, Libanon, Peru, Serbien, Tunesien und Ukraine. Eine grobe Schätzung für diese Länder ergibt maximal mögliche Zolleinsparungen im Jahr 2013 von rund 180 Millionen Franken.

Der Indikator zu den Zolleinsparungen auf schweizerischen Exporten basiert auf Berechnungen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) auf der Basis von Exportdaten der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV, Swiss-Impex) und von Zolllarifdaten des International Trade Centre (ITC, Market Access Map). Das ITC ist eine gemeinsame Agentur der Welthandelsorganisation (WTO) und der Vereinten Nationen (UN), die laufend Handelsdaten aufbereitet. Der Indikator wird grundsätzlich jährlich erhoben. Für einige Länder liegen allerdings nur alle drei Jahre aktualisierte Daten vor.

Öffentliche Entwicklungshilfe

Auszug aus dem Legislaturziel 11: *Trotz beachtlicher Fortschritte vieler Länder in den letzten zehn Jahren leben mehr als eine Milliarde Menschen noch immer in Armut. Die Situation der Bevölkerung in Konfliktkontexten und in fragilen Staaten bleibt zudem eine der grössten Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft. Durch den Einsatz bilateraler und multilateraler Massnahmen zur Armutsreduktion und zur wirtschaftlichen Entwicklung sowie durch eine starke Präsenz vor Ort agiert die Schweiz flexibel und wirksam angesichts der sich ändernden Umstände.*

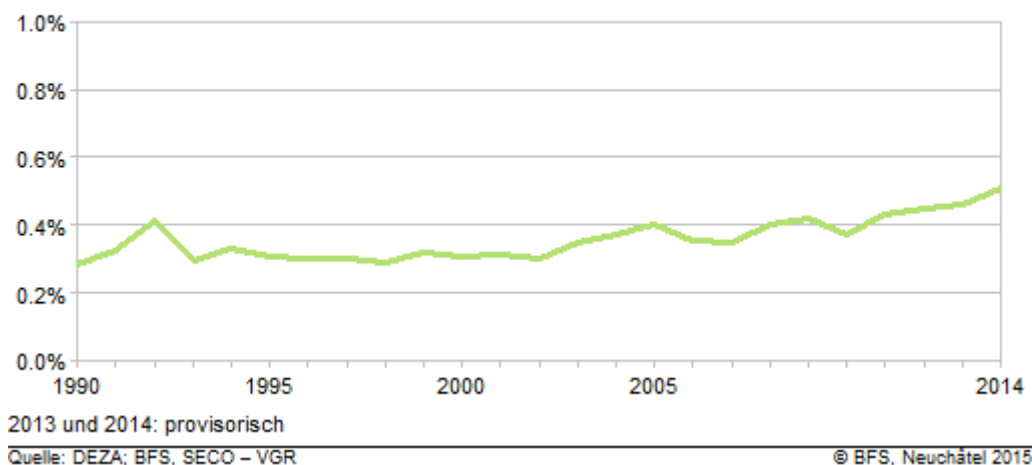
Bedeutung des Indikators: Die Armutsreduktion ist für die Entwicklungszusammenarbeit weltweit eine der wichtigsten Aufgaben. Als stark globalisiertes Land ist für die Schweiz eine stabile und prosperierende Welt wichtig. Zudem liegt es im Interesse der Schweiz, zur Lösung von globalen Problemen wie Klimawandel, Wasserknappheit und unkontrollierter Migration sowie zur Wirtschaftsstabilität beizutragen.

Der Indikator zeigt, wie viel Geld die Schweiz für die internationale Entwicklungszusammenarbeit ausgibt. Die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) umfasst alle Geldflüsse, die Entwicklungsländern und internationalen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe zugesprochen werden. Die Hilfeleistungen werden dabei ins Verhältnis zum Reichtum der Schweiz gesetzt, wobei als Bezugsgrösse das Bruttonationaleinkommen verwendet wird. Der Indikator erlaubt keine Aussage zur Wirksamkeit der getätigten Ausgaben und bezieht das Engagement der Nichtregierungsorganisationen (Eigenmittel der privaten Hilfswerke) und der Privatwirtschaft (zum Beispiel in Form von Direktinvestitionen) nicht mit ein.

Quantifizierbares Ziel: *Um ihre Wohlfahrt zu sichern, liegt es im Interesse der Schweiz, auf globale Risiken damit zu reagieren, dass sie sich in Schwerpunktländern für globale Themen (Klimawandel, Nahrungsmittelsicherheit, Wasser, Migration, Gesundheit) einsetzt. Die Schweiz erhöht ihre Entwicklungshilfe mit dem Ziel, damit im Jahr 2015 0,5 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erreichen.*

Öffentliche Entwicklungshilfe

Im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (früher Bruttosozialprodukt)



Kommentar

Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen (BNE) stagnierte während der 1990er-Jahre (Ausnahme 1992: im Rahmen des Jubiläums 700 Jahre Eidgenossenschaft wurden ausserordentliche Entschuldungsmassnahmen getroffen) und ist Anfang der 2000er-Jahre gestiegen. 2014 betrug die Quote der öffentlichen Entwicklungshilfe 0,51%. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Quote weiter angestiegen (2013: 0,46%), da 2014 einerseits das Bruttonationaleinkommen gesunken ist, andererseits das APD-Volumen gestiegen ist.

Im internationalen Vergleich liegt die Schweiz unter den ersten zehn Ländern des Entwicklungshilfeausschusses der OECD (DAC). Norwegen, Schweden und Luxemburg haben 2014 im Verhältnis zum BNE am meisten für Entwicklungshilfe ausgegeben.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen zu Marktpreisen. Dieses wird an Stelle des Bruttoinlandsprodukts als Bezugsgrösse verwendet, um internationale Vergleiche zu ermöglichen.

Die APD der Schweiz umfasst im Wesentlichen die Ausgaben der DEZA und des SECO, der zwei Organe, die mit der Ausführung des Bundesgesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe beauftragt sind. Weitere Bundesämter sowie 24 Kantone und rund 200 Gemeinden beteiligen sich ebenfalls an der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Das Bruttonationaleinkommen (BNE) wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berechnet. Der Indikator wird jährlich von der DEZA publiziert. Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde 2014 gemäss dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) revidiert. Aufgrund dieser Revision wurde die ganze Zeitreihe des Indikators neu berechnet. Die Werte des Indikators bis und mit dem Jahr 2012 sind im Durchschnitt um 0,02% tiefer, da die Revision einen Anstieg des BNE zur Folge hatte. Das DAC/OECD hat entschieden, dass die Zahlen der Vergangenheit nicht angepasst werden. Die DEZA hat deshalb die Zeitreihe nicht vollständig zurückgerechnet. Bis und mit dem Jahr 2012 verwendet die DEZA das BNE gemäss ESGV 1995 und ab 2013 jenes gemäss ESGV 2010. Die hier vom BFS publizierten Daten für die Jahre 1990-2012 weichen daher leicht von jenen der DEZA ab.

Definitionen

Bruttonationaleinkommen

Das Bruttonationaleinkommen (BNE) setzt sich zusammen aus den Primäreinkommen (Einkommen aus Arbeit und Kapital), welches die gebietsansässigen Einheiten erhalten. Das BNE entspricht der Summe des BIP und des Saldos der vom Ausland erhaltenen und ans Ausland bezahlten Primäreinkommen.

Entwicklungshilfe

Die OECD definiert die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) als Leistungen, die 1. von öffentlichen Organen (Bund, Kantone, Gemeinden) stammen; 2. vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Empfängerländer abzielen, 3. zu Vorzugskonditionen gewährt werden (Schenkungen und Darlehen zu günstigen Konditionen); 4. bestimmt sind für Entwicklungsländer und -regionen sowie multilaterale Organisationen, die auf der OECD-Liste aufgeführt sind. Bilaterale Hilfe ist die Hilfe von einem Partner zu einem anderen, unabhängig davon, ob der Geber oder Empfänger ein Staat, eine national oder international koordinierte Gruppe von Hilfswerken ist. Multilaterale Hilfe meint die gemeinsamen Anstrengungen internationaler Institutionen wie der Weltbank oder der UNO zugunsten eines oder mehrerer Staaten. Die private Entwicklungshilfe in der Schweiz besteht aus Spenden schweizerischer Hilfswerke und anderer gemeinnütziger Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen für Projekte und Programme in Entwicklungsländern.

Leitlinie 3: Sicherheit

Die Sicherheit der Schweiz ist gewährleistet.

Vertrauen in die Armee

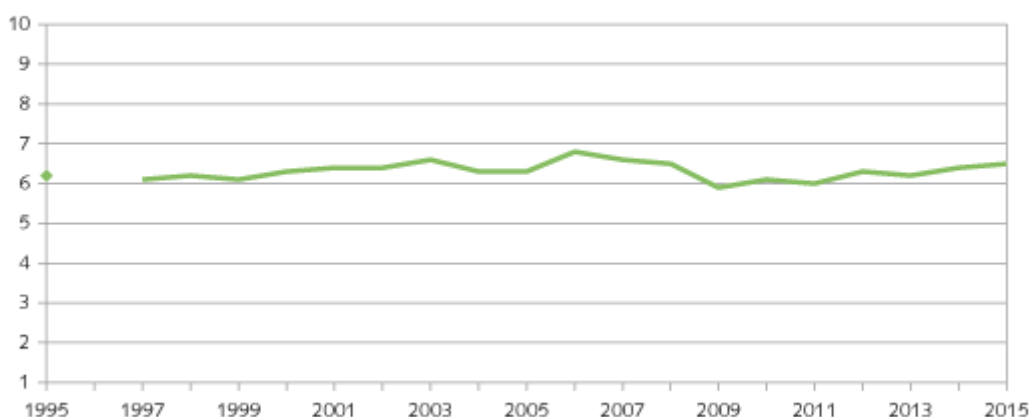
Auszug aus dem Legislaturziel 13: *Die zunehmende Verletzlichkeit der Gesellschaft und technischer Systeme erfordert eine umfassend verstandene Sicherheitspolitik, in der rasch und flexibel auf Bedrohungen und Gefahren reagiert werden kann. [...] Angesichts der diffusen Bedrohungslage gewinnen die Beschaffung und Bearbeitung von Informationen und die Früherkennung von Gefahren an Bedeutung.*

Bedeutung des Indikators: Die Armee ist eine wichtige Institution der Sicherheitspolitik. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Armee ist eine wichtige Voraussetzung für die Legitimation dieser Institution und hängt eng mit dem allgemeinen Sicherheitsgefühl zusammen. In hoch organisierten Gesellschaften wird es für eine einzelne Person immer schwieriger, alle Abläufe und Prozesse zu durchschauen. Vertrauen zeigt sich im Gefühl, dass Institutionen wie die Armee „die Dinge schon richtig machen“, ohne dass der Einzelne alle Prozesse verstehen oder nachvollziehen kann. Vertrauen hilft auf diese Weise, die Komplexität der Gesellschaft zu reduzieren. Der Index zum Vertrauen in die Armee zeigt das subjektive Empfinden der Bevölkerung bezüglich der Institution Armee.

Quantifizierbares Ziel: *Der Index des Vertrauens der Bevölkerung in die Armee sinkt nicht unter das im Jahr 2011 erreichte Niveau.*

Vertrauen in die Armee

Index von 1 (kein Vertrauen) bis 10 (volles Vertrauen)



Quelle: ETH Zürich, Center for Security Studies

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Armee schwankt über die Jahre. Der Index hat 2006 mit 6,8 den höchsten je gemessenen Wert erreicht, 2009 ist er auf den tiefsten je gemessenen Wert von 5,9 gesunken. 2015 hat der Indexwert im Vergleich zum Vorjahr leicht zugenommen und beträgt 6,5.

Es wird vermutet, dass diese Schwankungen auf bestimmte Ereignisse und die Berichterstattung darüber in den Medien zurückgeführt werden können. Kurzfristige Vertrauenseinbussen gehen in der Regel auf negative Erfahrungen bzw. Wahrnehmungen sowie allenfalls auf Unzufriedenheiten mit der Leistung der Armee zurück. Längerfristige Einbussen könnten als Legitimationsverlust gedeutet werden.

Neben der Armee wird auch das Vertrauen in die Polizei, die Gerichte, die Wirtschaft, den Bundesrat, das Parlament, die politischen Parteien und die Medien erhoben. Am meisten Vertrauen wird 2015 der Polizei (7,7) zugeschrieben, am wenigsten Vertrauen geniessen die politischen Parteien (5,3) und die Medien (5,3).

Die Schweizer Armee hat 2014 in Einsätzen und für Unterstützungsleistungen zugunsten Dritter ins-

gesamt 250'028 Dienstage geleistet. Mit 49 Prozent wurden die Hauptleistungen im Bereich der subsidiären Sicherungseinsätzen erbracht (121'667 Tage): Während der Leistungsumfang für regelmässige Dienste wie das WEF in Davos und die Flugsicherheitsmassnahmen im Luftverkehr konstant geblieben ist, haben ausserordentliche Einsätze zugunsten der Ministerkonferenz der OSZE in Basel und der Syrienkonferenz in Montreux im Vergleich zum Vorjahr zu einer Zunahme geführt (2013: 95'127 Tage).

Im Bereich der militärischen Friedensförderung wurden 102'169 Einsatztage im Ausland geleistet. Der Hauptteil entfiel mit 75% auf den Einsatz der Schweizer Armee im Kosovo (SWISSCOY). Dazu kamen der Einsatz in Bosnien-Herzegowina, die Entsendung von Militärbeobachtern in diverse UNO-Missionen sowie von Spezialisten in UNO-Minenräumprogramme.

Methodologie

Der Index zum Vertrauen in die Armee zeigt das subjektive Empfinden der Bevölkerung bezüglich der Institution Armee auf einer Skala von 1 „kein Vertrauen“ bis 10 „volles Vertrauen“. Die Befragten geben auf dieser Skala an, ob die Armee als Einrichtung des öffentlichen Lebens ihr Vertrauen genießt. Das Vertrauen in ausgewählte Institutionen wird seit 1995 erhoben. Es wird das Vertrauen in wichtige Behörden (Bundesrat, eidgenössisches Parlament, Gerichte, Polizei und Armee), in die Schweizer Wirtschaft, in die Medien sowie in die politischen Parteien erfragt.

Die Studie wird vom Center for Security Studies der ETH Zürich und der Militärakademie im Auftrag des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) durchgeführt. Der Indikator wird seit 1997 jährlich erhoben.

Einsatztage für Frontex-Operationen

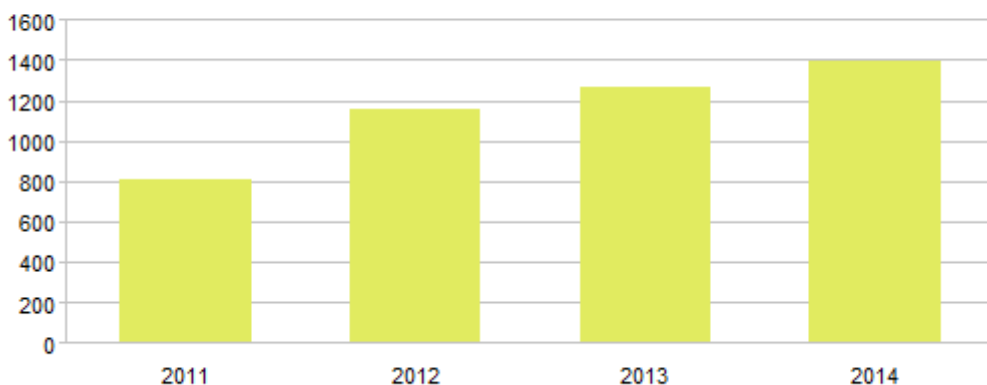
Auszug aus dem Legislaturziel 15: *Personen, die schwere kriminelle Taten begehen, agieren oft international und müssen auch grenzüberschreitend bekämpft werden. [...] Dazu ist die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen sowie internationalen Partnern im Bereich der Polizei und Strafverfolgung weiterzuentwickeln und zu konsolidieren. Besondere Priorität ist der Zusammenarbeit im Bereich von Schengen [...] einzuräumen.*

Bedeutung des Indikators: Mit dem Beitritt zum Schengen-Abkommen 2005 verpflichtete sich die Schweiz, im Rahmen von Frontex-Operationen befristet Schweizer Grenzschutzbeamte einzusetzen. Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen (Frontex) koordiniert die Zusammenarbeit im Bereich Grenzschutz der Schengen-Staaten, unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Ausbildung von Grenzschutzbeamten und hilft Mitgliedstaaten in Situationen, die eine verstärkte technische und operative Unterstützung an den Aussengrenzen erfordern. Die Einsatztage, welche die Schweiz zugunsten von Frontex leistet, zeigen das Engagement der Schweiz in der Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern im Bereich von Schengen.

Quantifizierbares Ziel: *Das GWK beteiligt sich mit mindestens 1'000 Einsatztagen an Operationen der europäischen Grenzschutzagentur Frontex.*

Einsatztage für Frontex-Operationen

Anzahl Einsatztage von Mitarbeitenden des Grenzwachtkorps für Frontex-Operationen



Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

2011 hat das Grenzwachtkorps (GWK) erstmals an Einsätzen von Frontex teilgenommen. Insgesamt haben 24 Entsendungen von Spezialisten mit 803 Einsatztagen stattgefunden. Seither ist sowohl bei den Entsendungen als auch bei den Einsatztagen eine Zunahme zu beobachten.

Im Jahr 2014 hat das GWK 47 Entsendungen von Spezialisten für die Unterstützung von Frontex-Operationen durchgeführt. Insgesamt wurden 1'399 Einsatztage zu Gunsten von Frontex geleistet. Die Haupteinsatzgebiete waren Italien, Griechenland, Bulgarien, Slowenien, Kroatien, Spanien, Portugal und Ungarn. Gleichzeitig waren rund 186 Tage lang Gast-Grenzkontrollbeamte aus anderen Schengen-Ländern im Rahmen von Frontex-Entsendungen (Hostings) in der Schweiz.

Methodologie

Die Beteiligung der Schweiz an Frontex wird anhand der Anzahl Einsatztage von Mitarbeitenden des Grenzwachtkorps für Frontex gemessen. Das Grenzwachtkorps hat Frontex hauptsächlich Dokumenten-, Fahrzeug- und so genannte Debriefingspezialisten zur Verfügung gestellt. Die Entsendung von

Grenzschutzbeamten für konkrete Einsätze kann auch abgelehnt werden.

Aufgaben der Agentur Frontex:

- die Zusammenarbeit im Bereich Grenzschutz der Schengen-Staaten koordinieren,
- die Mitgliedstaaten bei der Ausbildung von Grenzschutzbeamten unterstützen und einheitliche Ausbildungsnormen festlegen,
- Risikoanalysen durchführen,
- die Entwicklung der Forschung auf dem Gebiet der Überwachung der Aussengrenzen verfolgen,
- den Mitgliedstaaten in Situationen, die eine verstärkte technische und operative Unterstützung an den Aussengrenzen erfordern, namentlich mit der Entsendung von Experten helfen sowie
- die Mitgliedstaaten bei Rückführungen von illegal anwesenden Drittstaatsangehörigen unterstützen.

Der Indikator wird jährlich von der Zollverwaltung erhoben und publiziert.

Leitlinie 4: Gesellschaft

Der gesellschaftliche Zusammenhalt der Schweiz ist gefestigt, und den demografischen Herausforderungen wird wirksam begegnet.

Erwerbsquote nach Nationalität

Auszug aus dem Legislaturziel 16: Die Zuwanderung ist aktiv – mit Blick auf die angestrebte wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung – zu steuern. Schutzbedürftige Ausländerinnen und Ausländer finden Schutz. Die Ausländerinnen und Ausländer tragen zur Vielfalt der Schweiz bei. [...] Die Integration von Ausländerinnen und Ausländern ist zu verbessern, der Zusammenhalt der Gesellschaft – bei wachsender Heterogenität – ist zu wahren.

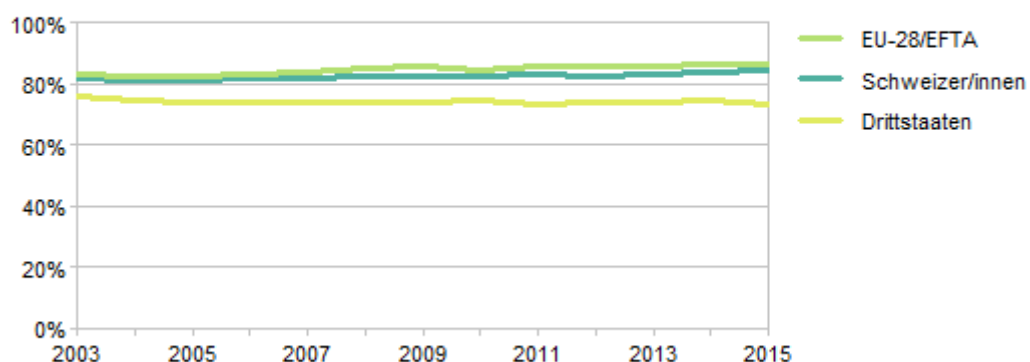
Bedeutung des Indikators: Die Integration soll gemäss Schweizer Gesetzgebung längerfristig und rechtmässig anwesenden Ausländerinnen und Ausländern ermöglichen, am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben teilzuhaben. Ziel der Integration ist, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner in der Schweiz – unabhängig von ihrer Herkunft – die gleichen Chancen haben. Die Erwerbstätigkeit ist Voraussetzung für den selbstständigen Erwerb des Lebensunterhaltes und ein wichtiger Faktor für die aktive Teilnahme an der Gesellschaft.

Die Erwerbsquote nach ausgewählten Nationalitätengruppen drückt die Erwerbsbeteiligung der 15- bis 64-Jährigen in der ständigen Wohnbevölkerung aus. Die Quote unterscheidet nicht zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten.

Quantifizierbares Ziel: Die Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte in die Schweiz orientiert sich an den makro-ökonomischen Interessen, den Aussichten auf langfristige berufliche und soziale Integration sowie den wissenschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen der Schweiz.

Erwerbsquote nach ausgewählten Nationalitäten

Erwerbsquote der 15- bis 64-Jährigen in der ständigen Wohnbevölkerung, in %



Die Grafik weist die Werte des 2. Quartals pro Jahr aus

Quelle: BFS - SAKE

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Die Erwerbsquoten der Schweizerinnen und Schweizer, der Personen aus den 28 EU-Ländern und den EFTA-Staaten sowie aus Drittstaaten blieben in den letzten Jahren relativ stabil. Die Erwerbsquote der Schweizerinnen und Schweizer betrug 2015 im 2. Quartal 84,2%, diejenige der Personen aus der EU-28 und der EFTA lag mit 86,5% etwas höher. Die Erwerbsquote für Personen aus Drittstaaten lag 2015 mit 73,4% tiefer als die beiden anderen Quoten.

Frauen weisen ungeachtet der Herkunft eine tiefere Erwerbsquote auf als Männer. Dies trifft auch bei einer Umrechnung in Vollzeitäquivalente zu. In Vollzeitäquivalenten ist die Erwerbsquote bei Ausländerinnen höher als bei Schweizerinnen.

Bei der Integration von Ausländerinnen und Ausländern ist die Erwerbsarbeit ein zentraler Faktor. Eine Erwerbstätigkeit ist Voraussetzung für die eigenständige Bestreitung des Lebensunterhaltes und ermöglicht dadurch auch die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Für Jugendliche ist hierbei der Übergang von der Schule zum Erwerbsleben von Bedeutung. Die Betrachtung der Erwerbslosen-

quote der 15- bis 24-Jährigen zeigt, dass sich der Eintritt ins Erwerbsleben für Schweizer und ausländische Staatsangehörige unterschiedlich schwierig gestaltet. Mit 11,7% war die Jugenderwerbslosigkeit gemäss ILO im 2. Quartal 2015 für Ausländerinnen und Ausländer mehr als doppelt so hoch wie für Schweizerinnen und Schweizer (5,2%).

Methodologie

Der Indikator zeigt die Erwerbsquote der 15- bis 64-Jährigen in der ständigen Wohnbevölkerung (Anzahl Erwerbstätige und Erwerbslose, die auf Stellensuche sind und für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären, je 100 Personen der ständigen Wohnbevölkerung) nach ausgewählten Nationalitäten. Die Erwerbsquote nach Nationalität wird vom BFS in der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) vierteljährlich (bis 2009 jährlich im 2. Quartal) erhoben und publiziert.

Definitionen

Erwerbslose gemäss ILO (ILO = International Labour Organization)

Als Erwerbslose gemäss ILO gelten Personen im Alter von 15-74 Jahren, die

- in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren und
- die in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben und
- die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

Diese Definition entspricht den Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamtes und der OECD sowie den Definitionen von EUROSTAT.

Erwerbspersonen

Als Erwerbspersonen gelten die erwerbstätigen und die erwerbslosen (gemäss ILO) Personen zusammen. Erwerbstätige sind Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die während der Referenzwoche mindestens eine Stunde gegen Entlohnung gearbeitet haben, oder trotz zeitweiliger Abwesenheit von ihrem Arbeitsplatz (wegen Krankheit, Ferien, Mutterschaftsurlaub, Militärdienst usw.) weiterhin eine Arbeitsstelle als Selbständigerwerbende oder Arbeitnehmende hatten, oder unentgeltlich im Familienbetrieb mitgearbeitet haben. Als Erwerbslose gemäss ILO gelten Personen im Alter von 15–74 Jahren, die in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren und die in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben und die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

Erwerbsquote

$$\text{Erwerbsquote} = \frac{\text{Erwerbspersonen}}{\text{Referenzbevölkerung}} \times 100$$

Frühzeitige Schulabgänger/innen nach Nationalität

Auszug aus dem Legislaturziel 17: *Angesichts der wachsenden Herausforderungen in den Bereichen demografische Entwicklung und kulturelle Diversität ist der soziale Zusammenhalt zu stärken, insbesondere durch Investitionen in die Bildung benachteiligter Bevölkerungsgruppen.*

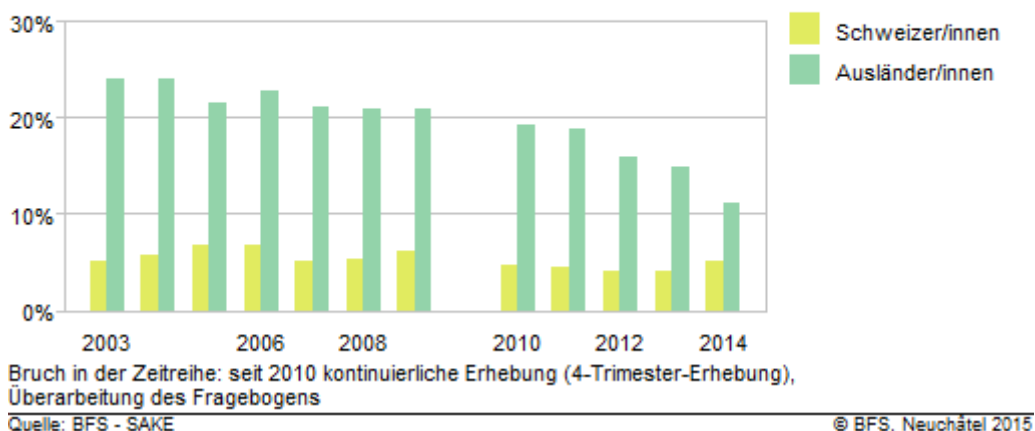
Bedeutung des Indikators: Die Herkunft und der soziale Hintergrund einer Person kann ihre Chancen in der Ausbildung und im Arbeitsmarkt entscheidend prägen. So beeinflussen beispielsweise die Ausbildung, die finanziellen Ressourcen und der Integrationsgrad der Eltern die schulische Leistung von Kindern und Jugendlichen und damit auch ihre Berufs- sowie Entwicklungschancen in der Gesellschaft. Der Erwerb eines Abschlusses auf der Sekundarstufe II ist eine Mindestanforderung, um Risiken auf dem Arbeitsmarkt zu minimieren. Jugendliche, die ihre Ausbildung frühzeitig abbrechen, stellen eine potentielle Risikogruppe dar, da prekäre Erwerbsarbeit oder Arbeitslosigkeit die Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft erschweren.

Der Anteil frühzeitiger Schulabgänger/innen nach Nationalität zeigt, wie viele der 18- bis 24-jährigen Schweizer/innen und Ausländer/innen an der gesamten gleichaltrigen Bevölkerung über keinen nachobligatorischen Abschluss verfügen und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen.

Quantifizierbares Ziel: *Der Ausländeranteil bei den frühzeitigen Schulabgängerinnen und -abgängern ist nicht höher als der in den Jahren 2006-2009 erreichte Mittelwert.*

Frühzeitige Schulabgänger/innen nach Nationalität

Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die nicht mehr eingeschult sind und die höchstens über einen Abschluss der obligatorischen Schule verfügen



Kommentar

Der Anteil der ausländischen Jugendlichen, welche zu den frühzeitigen Schulabgänger/innen zählen, nahm in den letzten Jahren ab, während der Anteil der schweizerischen Jugendlichen tendenziell konstant geblieben ist. 2014 brachen 5% der schweizerischen Jugendlichen und 11% der ausländischen Jugendlichen die Ausbildung frühzeitig ab. Der Unterschied zwischen den beiden Gruppen hat ebenfalls abgenommen.

Wird nicht die Nationalität, sondern der Migrationshintergrund betrachtet, so ergibt sich ein leicht nuanciertes Bild: Bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund beträgt 2014 der Anteil frühzeitiger Schulabgänger/innen 4,1%. Bei den eingebürgerten oder in der Schweiz geborenen Jugendlichen mit im Ausland geborenen Eltern (2. Generation) liegt der Anteil bei 7,2%. Mit 11,9% ist der Anteil frühzeitiger Schulabgänger bei den Jugendlichen am höchsten, die wie ihre Eltern im Ausland geboren sind (1. Generation).

Ein möglicher Grund, weshalb ausländische Jugendliche häufiger ohne postobligatorischen Abschluss das Bildungssystem verlassen, können Schwierigkeiten beim Übergang von der obligatorischen Schu-

le in die Sekundarstufe II sein. Ausländische Lernende beginnen weniger häufig als Schweizer Lernende direkt nach der obligatorischen Schule eine zertifizierte Ausbildung. Zudem müssen verglichen mit Schweizern mehr als doppelt so viele von ihnen eine Übergangsausbildung in Anspruch nehmen. Personen ohne postobligatorischen Abschluss weisen 2014 mit 8,3% eine höhere Erwerbslosenquote auf als Personen mit einem Abschluss der Sekundarstufe II (4,4%) oder einem Tertiärabschluss (3,2%). Die Erwerbslosenquote ist ebenfalls höher als jene der ständigen Wohnbevölkerung (4,5%).

Methodologie

Als frühzeitige Schulabgänger/innen werden diejenigen 18- bis 24-jährigen Schweizer/innen und Ausländer/innen definiert, die über keinen nachobligatorischen Abschluss verfügen und die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen. Der Anteil wird in Bezug auf die gleichaltrige schweizerische bzw. ausländische Bevölkerung dargestellt.

Die Werte für die Schweiz werden nach einer Definition berechnet, die im Rahmen des OECD-Projekts "Young Adults with Low Levels of Education (YALLE)" entwickelt wurde. Nach dieser Definition entsprechen frühzeitige Schulabgänger/innen dem Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die folgende zwei Kriterien erfüllen: Erstens entspricht der höchste erreichte Bildungsabschluss höchstens den ISCED-Stufen 0, 1, 2 oder 3c kurz. Zweitens haben die Befragten angegeben, im Jahr vor der Befragung an keiner formalen Bildung teilgenommen zu haben. Unter formaler Bildung ist das nationale Bildungssystem mit seinem institutionalisierten Schulsystem, dem Berufsbildungssystem und der tertiären Bildung zu verstehen.

Der Anteil der frühzeitigen Schulabgänger/innen nach Nationalität ist Teil der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des BFS und wird jährlich erhoben.

Definitionen

Sekundarstufe II

Die Sekundarstufe II setzt die Ausbildung nach der obligatorischen Basisausbildung fort. Sie beginnt gemäss HarmoS-Konkordat 11 Jahren nach Beginn der Primarschule (etwa 16. Lebensjahr) und umfasst berufsorientierte und allgemeinbildende Ausbildungsgänge. Die Ausbildungen dauern in der Regel 2-4 Jahre und schliessen mit einer Maturität, einem Fachmittelschulabschluss, einem eidgenössischen Fähigkeitsausweis (EKZ) oder einem eidgenössischen Berufsattest (EBA) ab. Abschlüsse der Sekundarstufe II ermöglichen den Zugang zur Tertiärstufe.

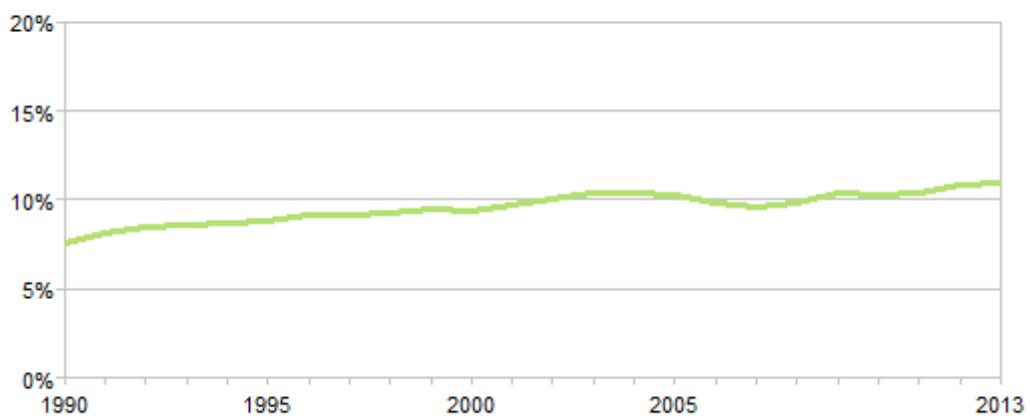
Kosten des Gesundheitswesens in Prozenten des BIP

Auszug aus dem Legislaturziel 18: Die Ansprüche gegenüber dem Gesundheitssystem und seinen Leistungen nehmen zu. Das damit im gesamten Gesundheitsbereich wie auch in der Krankenversicherung verbundene Kostenwachstum muss eingedämmt und nachhaltig stabilisiert werden.

Bedeutung des Indikators: Der Gesundheitszustand beeinflusst die Lebensqualität der Menschen und ist ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes. Die Aufgabe des Gesundheitswesens ist es, kranke oder verunfallte Menschen soweit als möglich zu heilen und zur Erhaltung der Gesundheit der Bevölkerung beizutragen. Der Indikator zeigt, wie viel eine Gesellschaft für das Gesundheitswesen ausgibt. Über die Ungleichheit bei der Verteilung der Mittel im Gesundheitswesen oder über die Effizienz der Mittelverwendung werden keine Aussagen gemacht. Die Kosten des Gesundheitswesens werden im Verhältnis zum BIP in Prozent gezeigt.

Quantifizierbares Ziel: Die Gesamtkosten für Gesundheit wachsen nicht stärker als in der letzten Legislaturperiode.

Kosten des Gesundheitswesens Anteil am Bruttoinlandprodukt zu laufenden Preisen



Quelle: BFS – COU, VGR; SECO

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Das Verhältnis der Gesundheitskosten zum BIP hat bis 2004 auf einen Stand von 10,4% zugenommen. Von 2005 bis 2008 ist der Anteil der Kosten am BIP aufgrund des Wirtschaftswachstums leicht gesunken und danach wieder angestiegen. 2013 betrugen die Kosten 10,9% des BIP. Obwohl die Gesundheitskosten auf über 69 Milliarden Franken zugenommen haben, ist das Verhältnis zum BIP relativ stabil. Dies erklärt sich durch das Wirtschaftswachstum, welches die Kostenerhöhung kompensieren konnte.

2013 entfielen mehr als die Hälfte der Kosten für Güter und Dienstleistungen des Gesundheitswesens auf die stationären Versorger, wie die Krankenhäuser (36,6%), Pflegeheime (13,3%) sowie die Institutionen für Behinderte (4,1%). Die ambulanten Versorger, darunter auch die frei praktizierenden Ärzte, machten insgesamt 31,6%, der Detailhandel 7,8% und die Verwaltungskosten und Ausgaben für Prävention 5,7% der Kosten aus.

Werden die Kosten des Gesundheitswesens nicht nach Leistungserbringern, sondern nach Leistungen betrachtet, so zeigt sich, dass 2013 fast die Hälfte der Kosten auf die stationären Behandlungen, ein Drittel auf die ambulanten Behandlungen und gut ein Zehntel auf den Verkauf von Gesundheitsgütern entfielen. Die grösste Kostenzunahme war 2013 bei den ambulanten Behandlungen zu verzeichnen (+6,7%).

Im internationalen Vergleich hat die Schweiz gemessen am Verhältnis zum BIP ein kostenintensives

Gesundheitssystem. 2013 befand sich die Schweiz unter den zehn ersten Ländern, an der Spitze lagen die USA.

Methodologie

Der Indikator zeigt das prozentuale Verhältnis der Gesundheitskosten am Bruttoinlandprodukt (BIP). Die Statistik der Kosten und der Finanzierung des Gesundheitswesens des BFS stellt eine Synthese dar aus sämtlichem verfügbaren Zahlenmaterial zur Schätzung der Geldströme, welche mit der Produktion und dem Konsum von Gütern und Dienstleistungen des schweizerischen Gesundheitswesens während eines Jahres verbunden sind. Sie kann somit erst erstellt werden, wenn sämtliche statistische Primärdaten verfügbar sind, insbesondere jene der Sozialversicherungen und der öffentlichen Finanzen. Das BFS veröffentlicht die definitiven Zahlen jährlich mit einer rund zweijährigen Verspätung.

Der Aufbau der Statistik basiert auf der internationalen Methodologie der OECD-Gesundheitskonten (System of Health Accounts SHA) und ermöglicht Vergleiche mit den Gesundheitsausgaben verschiedener OECD-Länder.

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde im September 2014 revidiert. Aufgrund dieser Revision wurde die ganze Zeitreihe des Indikators neu berechnet. Die Werte des Indikators sind leicht gesunken, da die Revision einen Anstieg des BIP zur Folge hatte.

Definitionen

Bruttoinlandprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist die Referenzgrösse zur Messung der wirtschaftlichen Leistung. Es ergibt sich aus der Summe der durch die ansässigen Wirtschaftsakteure erbrachten Wertschöpfung, zusätzlich der Steuern und abzüglich der Gütersubventionen. Das BIP wird zu laufenden Preisen sowie zu Preisen des Vorjahres berechnet. Das Wirtschaftswachstum wird durch die Veränderungsrate zu Preisen des Vorjahres ausgedrückt.

Gesundheitsausgaben pro Kopf

Auszug aus dem Legislaturziel 18: *Die Ansprüche gegenüber dem Gesundheitssystem und seinen Leistungen nehmen zu. Das damit im gesamten Gesundheitsbereich wie auch in der Krankenversicherung verbundene Kostenwachstum muss eingedämmt und nachhaltig stabilisiert werden.*

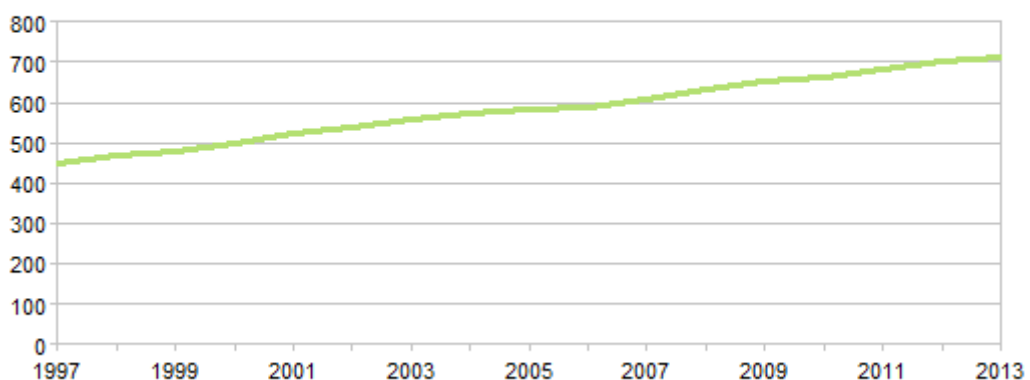
Bedeutung des Indikators: Der Gesundheitszustand beeinflusst die Lebensqualität der Menschen und ist ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes. Die Aufgabe des Gesundheitswesens ist es, kranke oder verunfallte Menschen soweit als möglich zu heilen und zur Erhaltung der Gesundheit der Bevölkerung beizutragen. Der Indikator zeigt, wie viel Geld im Gesundheitswesen pro Einwohnerin und Einwohner pro Monat ausgegeben wird. Die Ausgaben stehen dabei in direkter Konkurrenz zur Deckung anderer Grundbedürfnisse. Die Kosten werden zum grossen Teil von den obligatorischen Krankenversicherungen, den privaten Haushalten (zusätzlich zu den Krankenkassenprämien) und den Kantonen getragen.

Die Gesundheitsausgaben werden in Franken pro Kopf und pro Monat ausgewiesen.

Quantifizierbares Ziel: *Die Gesamtkosten für Gesundheit wachsen nicht stärker als in der letzten Legislaturperiode.*

Gesundheitsausgaben pro Kopf

Monatliche Gesundheitsausgaben pro Einwohner/in in Franken (zu laufenden Preisen)



Quelle: BFS - COU

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Die Gesundheitsausgaben pro Kopf stiegen im beobachteten Zeitraum an (durchschnittliche Jahressteigerung 1996-2013: 11,4%, Indexbasis = Mai 1993). Für jede Einwohnerin und jeden Einwohner wurden 2013 monatlich 713 Franken ausgegeben. 262 Franken der monatlichen Ausgaben wurden von der obligatorischen Krankenversicherung, 170 Franken von den privaten Haushalten und 176 Franken vom Staat (Prävention, Verwaltung, Subventionen, Ergänzungsleistungen der AHV und IV sowie kantonal geregelte Alters- und Pflegehilfe) finanziert. Der Rest wurde von weiteren Versicherungen (Zusatzversicherungen, AHV, IV, Unfallversicherung etc.) und privatrechtlichen Stiftungen getragen. Die privaten Haushalte zahlten zusätzlich zu den Versicherungsprämien vor allem für Pflegeheime, Zahnarztleistungen und für ambulante und stationäre Kostenbeteiligungen im Rahmen der Krankenversicherung.

Die Wachstumsrate der Gesamtkosten des Gesundheitswesens war höher als jene für die ständige Wohnbevölkerung.

2009-2011 gaben die Schweizer Haushalte im Durchschnitt 9,7% ihres Bruttoeinkommens für die Gesundheit aus: 5,5% für Prämien der Grundversicherung, 1,4% für Prämien der Zusatzversicherung und 2,8% für weitere Gesundheitsleistungen (sogenannte out-of-pocket Ausgaben). Diese prozentua-

len Anteile fielen für die verschiedenen Einkommensklassen sehr unterschiedlich aus. Die Ausgaben für die Gesundheit machten bei der untersten Einkommensklasse (unter 4'880 Franken pro Monat) 19,7% des Bruttoeinkommens aus, während sich der entsprechende Anteil in den übrigen Einkommensklassen zwischen 13,4% und 6,4% bewegte. Der Anteil des Bruttoeinkommens für die Gesundheitsausgaben sank somit, je höher die Einkommensklasse war.

Der schweizerische Durchschnitt bei den Krankenversicherungsprämien (ordentliche Franchise für Erwachsene) betrug 2013 monatlich 388 Franken. Der Kanton Basel-Stadt wies mit durchschnittlich 506 Franken pro Monat die höchsten Prämien auf, gefolgt vom Kanton Genf mit 470 Franken. Die beiden Kantone Appenzell Innerrhoden und Nidwalden hatten mit durchschnittlich je 300 Franken im Monat die tiefsten Prämien. Im Vergleich zum Vorjahr sind die durchschnittlichen Prämien 2013 schweizweit um 1,5% angestiegen. Diese Angaben widerspiegeln nicht sämtliche Gesundheitsausgaben und berücksichtigen nicht die Möglichkeit zur Prämienverbilligung.

Methodologie

Der Indikator zeigt die monatlichen Gesundheitsausgaben pro Einwohner/in in Franken. Für die Berechnung der monatlichen Ausgaben werden die jährlichen Ausgaben durch 12 Monate geteilt.

Die Statistik der Kosten und der Finanzierung des Gesundheitswesens des BFS stellt eine Synthese dar aus sämtlichem verfügbaren Zahlenmaterial zur Schätzung der Geldströme, welche mit der Produktion und dem Konsum von Gütern und Dienstleistungen des schweizerischen Gesundheitswesens während eines Jahres verbunden sind. Sie kann somit erst erstellt werden, wenn sämtliche statistische Primärdaten verfügbar sind, insbesondere jene der Sozialversicherungen und der öffentlichen Finanzen. Das BFS veröffentlicht die definitiven Zahlen jährlich mit einer rund zweijährigen Verspätung.

Rechnungsergebnis der AHV

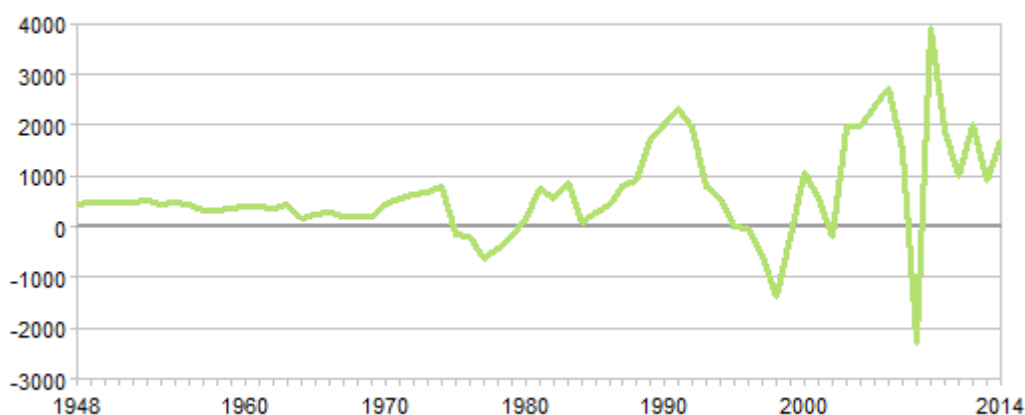
Auszug aus dem Legislaturziel 19: Die demografische Alterung wird langfristig erhebliche Anpassungen in der Finanzierung der Altersvorsorge erfordern. Die Sozialwerke müssen langfristig finanziell gesichert werden. Erforderlich ist bei der Altersvorsorge eine Gesamtbetrachtung, bei der insbesondere das gegenseitige Verhältnis der ersten und zweiten Säule überprüft und die erste Säule bei Bedarf gestärkt wird. Der Generationenvertrag ist zu erneuern. Neue Arbeitsmodelle und rechtliche Voraussetzungen sind zu schaffen, damit ältere und behinderte Menschen länger aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Bedeutung des Indikators: Für die langfristige finanzielle Sicherung der AHV (Alters- und Hinterlassenenversicherung) ist ein positives Rechnungsergebnis eine von mehreren Voraussetzungen. Das Rechnungsergebnis zeigt, ob genügend Einnahmen vorhanden sind, um die Ausgaben der Sozialversicherung zu decken. Es enthält neben den Einnahmen und Ausgaben der Versicherung auch die Kapitalwertänderungen und laufenden Kapitalerträge des AHV-Fonds.

Quantifizierbares Ziel: Nachhaltige Sicherung der Altersvorsorge 2012 bis 2015.

Rechnungsergebnis der AHV

Rechnungsergebnis gemäss Betriebsrechnung, in Millionen Franken



Quelle: Bundesamt für Sozialversicherungen

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Seit 1948 lagen die Einnahmen (inkl. Fondsertrag) der AHV immer über den Ausgaben, abgesehen von einer Fünfjahresperiode Ende der 1970er-Jahre, einer Vierjahresperiode Ende der 1990er-Jahre sowie 2002 und 2008. Das grösste Defizit wurde 2008 (–2,3 Milliarden Franken), der höchste Überschuss 2009 (+3,9 Milliarden Franken) verzeichnet. 2014 schloss die AHV mit einem Überschuss von +1,7 Milliarden Franken ab, was gegenüber 2013 einer Zunahme von 88% entspricht. Die schwankenden Rechnungsergebnisse der AHV sind in erster Linie auf schwankende Kapitalwertänderungen, das heisst Netto-Börsengewinne oder -verluste, zurückzuführen.

Nach einem einmaligen Kapitalübertrag von 5 Milliarden Franken an die Invalidenversicherung per 1. Januar 2011 hat sich das Kapitalkonto der AHV wieder erhöht und kommt per Ende 2014 auf rund 45 Milliarden Franken zu stehen (+4% gegenüber 2013). Dies entspricht 109,6% der Jahresausgaben der AHV. Dieser Betrag berücksichtigt den von der Invalidenversicherung eingefahrenen Verlust von 12,8 Milliarden Franken.

Die Jahresergebnisse sind in einer längerfristigen Perspektive zu betrachten, das heisst im Zusammenhang mit der Alterung der Bevölkerung. Wir leben und arbeiten länger als früher. Im Jahr 2014 entfielen auf 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren 28,7 Personen im Alter von 65 Jahren und mehr, während dieses Verhältnis 1970 noch 100 zu 20 betrug. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der

Anteil der Personen im Alter von 80 Jahren und mehr an der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren von 15% auf rund 28%. Im Jahr 2014 (2. Quartal) waren rund drei Viertel der 55- bis 64-Jährigen erwerbstätig. Dieser Anteil steigt seit 1991 (63,8%) an und platziert die Schweiz im europäischen Vergleich zusammen mit zwei anderen Ländern an der Spitze.

Methodologie

Im Dreisäulenprinzip der Altersvorsorge bilden AHV und IV zusammen die erste bzw. die staatliche Säule. Die Rentenleistungen dieser beiden Versicherungen sollen den Existenzbedarf sichern. Die erste Säule wird durch die Pensionskasse, die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) ergänzt, welche die Fortsetzung der gewohnten Lebensführung ermöglichen soll. Die dritte Säule – die Selbstvorsorge zur Deckung weiterer Bedürfnisse – ist freiwillig, aber im Unterschied zum gewöhnlichen Sparen teilweise steuerlich begünstigt.

Das Rechnungsergebnis der AHV umfasst gemäss Betriebsrechnung bei den Einnahmen die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber, die Beiträge des Bundes (Anteil an den AHV-Ausgaben, Erträge aus Spielbankenabgaben und MWST-Anteil), die Kapitalwertänderungen und den laufenden Kapitalertrag (z.B. Zinsen, Dividenden) des AHV-Fonds sowie die übrigen Einnahmen. Die Ausgaben umfassen die Sozialleistungen und die Verwaltungs- und Durchführungskosten.

Das Rechnungsergebnis und die Kapitalreserven der AHV werden im Jahresbericht des Ausgleichsfonds AHV/IV/EO ausgewiesen und sind unter anderem in der Schweizerischen Sozialversicherungsstatistik des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) zu finden. Der Indikator wird jährlich erhoben.

Definitionen

Alters- und Hinterlassenenversicherung, obligatorische (AHV)

Die AHV wurde 1948 als obligatorische Versicherung zur Altersvorsorge eingeführt und ist seither mehrmals ausgebaut worden. Neben den Altersrenten werden auch Leistungen für Witwen und Witwer sowie Waisen gewährt. Zweck der AHV ist die Sicherung des Grundbedarfs im Alter und bei Tod des Versorgers. Zudem werden auch Hilfenlosenentschädigungen ausgerichtet. Die ordentliche AHV-Rente berechnet sich nach dem für die Beiträge massgebenden Einkommen und der Anzahl Beitragsjahre. Seit der 10. AHV-Revision werden die Renten der Ehepartner nach dem Splitting-Verfahren getrennt berechnet. Die Beitragssätze betragen seit Juli 1975 8,4% des Bruttolohnes (Selbständige: seit 1979 7,8% des Bruttoeinkommens). Die öffentliche Hand finanziert 20% der Ausgaben. Die Schwankungen der Rechnungsbilanz werden durch den Ausgleichsfonds ausgeglichen. Schweizer Bürger mit Wohnsitz im Ausland können sich freiwillig in der AHV versichern.

Leitlinie 5: Ressourcen / Verkehr

Die Schweiz nutzt Energien und Ressourcen nachhaltig und effizienter und ist auf das zunehmende Mobilitätsbedürfnis vorbereitet.

Verbrauch nicht erneuerbarer Energie

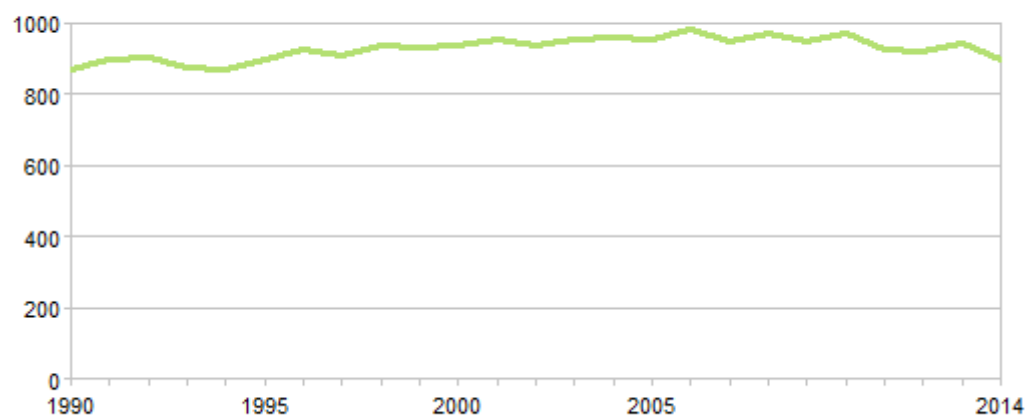
Auszug aus dem Legislaturziel 20: *Den Energiebedürfnissen der Schweiz soll mittel- und langfristig Rechnung getragen werden, indem die Abhängigkeit von nicht erneuerbaren Energieträgern durch die Förderung erneuerbarer Ressourcen sowie von Energieeffizienz gesenkt wird.*

Bedeutung des Indikators: Nicht erneuerbare Energie ist ein Sammelbegriff für Energiequellen, deren Vorkommen begrenzt ist. Darunter fallen fossile Energieträger wie Erdöl, Gas und Kohle, aber auch Kernbrennstoffe und nicht erneuerbare Anteile aus Abfall. Das Ausmass der heutigen Nutzung dieser Energiequellen hat einen Einfluss auf den in Zukunft durch die nächsten Generationen nutzbaren Bestand, da sie per Definition nicht erneuerbar sind. Der Verbrauch von nicht erneuerbarer Energie hat auch Auswirkungen auf die Umwelt (Luftschadstoff- und Treibhausgasemissionen, radioaktive Abfälle usw.).

Der Verbrauch nicht erneuerbarer Energie wird als Bruttoverbrauch in Terajoule dargestellt. Die Entwicklung des Bruttoverbrauchs wird unter anderem von der Bevölkerungsentwicklung, der Wirtschaftslage sowie der Witterung beeinflusst.

Quantifizierbares Ziel: *Die gesamte Nachfrage nach nicht-erneuerbaren Energien ist bis 2050 erheblich reduziert.*

Bruttoverbrauch nicht erneuerbarer Energie In Tausend Terajoules



Quelle: Bundesamt für Energie

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Der Bruttoverbrauch nicht erneuerbarer Energie ist seit den 1990er-Jahren gestiegen. 2014 erreichte der absolute Bruttoverbrauch nicht erneuerbarer Energie 898'003 Terajoules. Dies entspricht 81% des gesamten Bruttoverbrauchs. 42% des gesamten Bruttoverbrauchs stammen aus Rohöl und Erdölprodukten, 26% aus Kernbrennstoffen und 10% aus Gas. Fast alle nicht erneuerbaren Energieträger werden importiert, was zeigt, dass die Schweiz von nicht erneuerbaren Ressourcen aus dem Ausland abhängig ist.

Die ständige Wohnbevölkerung hat seit 1990 stärker zugenommen als der Bruttoverbrauch nicht erneuerbarer Energie: Der Bruttoverbrauch pro Kopf hat folglich seit 1990 leicht abgenommen.

Methodologie

Für die Berechnung des Bruttoverbrauchs der nicht erneuerbaren Energie wird der Verbrauch erneuerbarer Energie vom gesamten Bruttoverbrauch abgezogen. Die Daten zum Bruttoverbrauch stammen aus der Gesamtenergiestatistik, welche das Bundesamt für Energie (BFE) jährlich veröffentlicht. Der

Anteil der erneuerbaren Energie wird ebenfalls jährlich in der Schweizerischen Statistik der erneuerbaren Energien publiziert.
Für die Berechnung des Pro-Kopf-Verbrauches wird auf die Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes des Bundesamts für Statistik zurückgegriffen (ständige Wohnbevölkerung).

Definitionen

Bruttoenergieverbrauch

Bei einer nationalen Energiestatistik interessiert in erster Linie der gesamte Energieverbrauch innerhalb der Landesgrenzen, inklusive der innerhalb des Landes entstehenden Umwandlungsverluste. Dieser sogenannte Bruttoverbrauch setzt sich zusammen aus der inländisch gewonnenen Primärenergie, den Saldi des Aussenhandels der verschiedenen Energieträger und der Lagerveränderungen. Nationale Energiestatistiken befassen sich nicht mit der Leistung, also dem Energieverbrauch pro Zeiteinheit, obwohl dieser Aspekt für die Versorgung von Bedeutung ist. Ebenfalls unbeachtet bleibt der Austausch von sogenannter grauer Energie mit dem Ausland, d. h. die für die Herstellung von eingeführten oder exportierten Gütern benötigte und damit in diesen enthaltene Energiemenge.

Elektrizitätsproduktion aus neuer erneuerbarer Energie

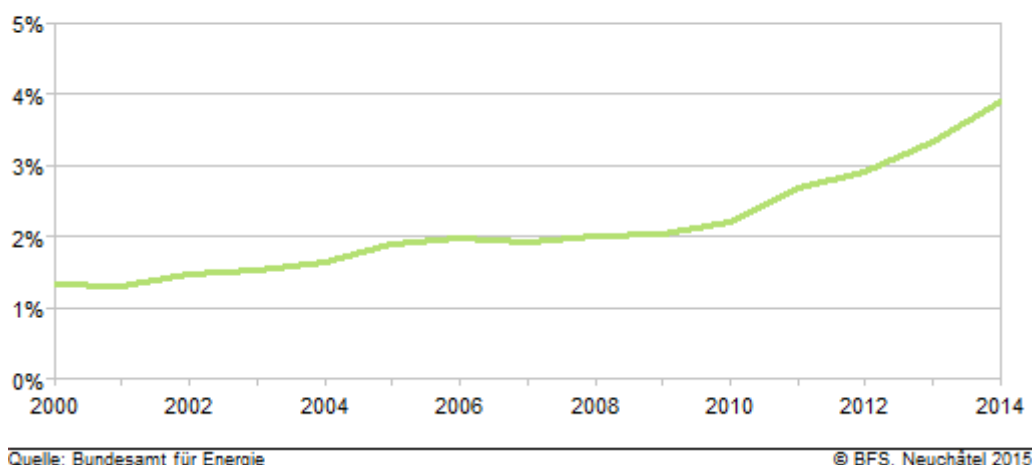
Auszug aus dem Legislaturziel 20: *Den Energiebedürfnissen der Schweiz soll mittel- und langfristig Rechnung getragen werden, indem die Abhängigkeit von nicht erneuerbaren Energieträgern durch die Förderung von erneuerbarer Ressourcen sowie von Energieeffizienz gesenkt wird.*

Bedeutung des Indikators: Neue erneuerbare Elektrizität ist Strom, welcher mittels Sonnenenergie, Biomasse, Windenergie sowie erneuerbarer Anteile aus Abfällen und Abwasser gewonnen wird. Nicht berücksichtigt werden dabei die Wasserkraft, welche als traditionelle erneuerbare Energiequelle zählt. Erneuerbare Energie steht im Rahmen des verfügbaren Potenzials prinzipiell unbegrenzt zur Verfügung. Verglichen mit fossilen Energieträgern oder der Kernenergie entstehen bei der Nutzung von erneuerbaren Energien relativ wenig Emissionen bzw. Abfälle. Die Nutzung erneuerbarer Energie kann auch negative Auswirkungen auf die Umwelt (z.B. Beeinträchtigung der Landschafts- bzw. Ortsbildes) haben.

Der Anteil der Elektrizitätsproduktion aus neuer erneuerbarer Energie wird im Verhältnis zur gesamten Netto-Elektrizitätsproduktion in Prozent dargestellt.

Quantifizierbares Ziel: *Der Anteil der neuen erneuerbaren Energien am Strom-Mix wird deutlich ausgebaut.*

Elektrizitätsproduktion aus neuer erneuerbarer Energie Anteil an der gesamten Netto-Elektrizitätsproduktion, in %



Kommentar

Der Anteil der Elektrizität aus neuen erneuerbaren Energien an der Gesamtproduktion von Elektrizität ist seit 2000 gestiegen. 2014 wurden 3,89% der gesamten Elektrizitätsproduktion aus neuen erneuerbaren Energien gewonnen, was im Vergleich zu anderen Energieträgern ein verhältnismässig kleiner Anteil ist. In den letzten Jahren hat insbesondere die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Anteilen aus Abfall und aus Biomasse sowie aus Sonnenenergie zugenommen. Diese drei Energieträger liefern zusammen 91% der Elektrizität aus neuen erneuerbaren Energien, gefolgt von erneuerbaren Anteilen aus Abwasser sowie von Windenergie.

Der grösste Teil an der gesamten Netto-Stromproduktion, d.h. nach Abzug des Verbrauchs der Speicherpumpen, stammt aus Wasserkraft, die nicht zu den neuen erneuerbaren Energien gezählt wird. Im Jahr 2014 betrug ihr Anteil an der Gesamtproduktion 54,9%. Somit wurden in diesem Jahr rund drei Fünftel der gesamten Elektrizitätsproduktion aus erneuerbaren Quellen gewonnen. Der verbleibende Anteil war nicht erneuerbaren Ursprungs und setzte sich zusammen aus Strom von Kernkraftwerken (39,2%) und von konventionell thermischen Kraft- und Fernheizkraftwerken (2%).

Methodologie

Elektrizität kann aus den neuen erneuerbaren Energieträgern Sonne, Biomasse, Wind sowie erneuerbaren Anteilen aus Abfällen und Abwasser gewonnen werden. Energie aus Wasserkraft, die über die Hälfte der schweizerischen Stromproduktion darstellt, wird nicht zu den neuen erneuerbaren Energien gezählt. Kleinwasserkraftwerke bis 10MWh werden aber im Rahmen von Programmen zur Förderung erneuerbarer Energien (z.B. die Kostendeckende Einspeisevergütung KEV) ähnlich wie neue erneuerbare Energien unterstützt. Es fehlt momentan eine ausreichende Datengrundlage, um diese zusätzliche Produktion separat ausweisen zu können.

Der Anteil der Elektrizität aus neuen erneuerbaren Energie wird im Verhältnis zur gesamten Netto-Elektrizitätsproduktion in Prozent dargestellt. Die Daten stammen aus der Schweizerischen Statistik der erneuerbaren Energien sowie aus der Schweizerischen Elektrizitätsstatistik, die beide jährlich vom Bundesamt für Energie (BFE) publiziert werden.

Definitionen

Erneuerbare Energien

Energien, die kontinuierlich oder in Zyklen auf natürliche Weise anfallen, entweder für die Bereitstellung von nutzbarer Energie oder direkt als Endenergie. Zu den erneuerbaren Energien gehören einerseits die klassischen Energieträger Wasserkraft und Holz, andererseits die neuen erneuerbaren Energieträger Wind, Sonne, Biotreibstoffe, Biogas und Umgebungswärme.

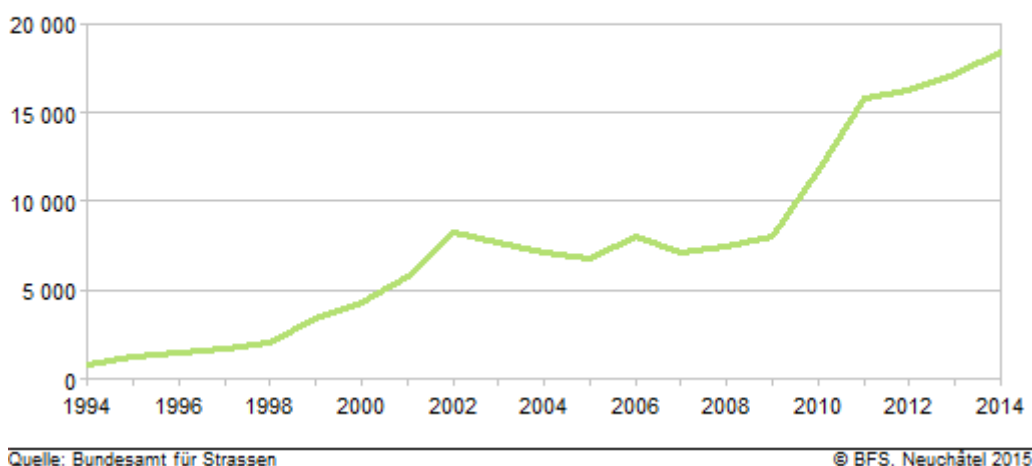
Staubelastung auf dem Nationalstrassennetz

Auszug aus dem Legislaturziel 21: Zuverlässige, sichere, verträgliche und verfügbare Infrastrukturen spielen eine zentrale Rolle im Bereich der Standortattraktivität, aber auch hinsichtlich der Vernetzung einer dezentral besiedelten Schweiz. Die Beanspruchung insbesondere der Verkehrsinfrastrukturen wird aufgrund der steigenden Bevölkerungszahlen und der wachsenden Mobilität zunehmen.

Bedeutung des Indikators: Ein gewisses Mass an Stau auf den Nationalstrassen ist nicht zu vermeiden. Gibt es aber zu oft und zu lange Staus, ist die Funktionsfähigkeit der Nationalstrasse gestört und die Wartezeiten verursachen volkswirtschaftliche Kosten. Die Anzahl der Stautunden zeigt, wie lange Behinderungen auf den Nationalstrassen aufgrund von Verkehrsüberlastungen bestehen. Die Stautunden wegen Unfällen, Baustellen und anderen Ursachen entwickeln sich relativ stabil und werden deshalb nicht betrachtet.

Quantifizierbares Ziel: Mit dem Programm zur Engpassbeseitigung sollen die gravierendsten Engpässe auf dem Nationalstrassennetz beseitigt werden, damit der Verkehrsfluss trotz Zunahme des Verkehrsvolumens auch in Zukunft nach Möglichkeit gewährleistet bleibt.

Staubelastung auf dem Nationalstrassennetz Durch Verkehrsüberlastung verursachte Staus, in Stunden



Kommentar

Die Anzahl Stautunden wegen Verkehrsüberlastung erhöhte sich in den 1990er Jahren und stabilisierte sich zwischen 2002 und 2009. Seit 2010 sind die Stautunden wegen Verkehrsüberlastungen wieder angestiegen. 2014 stiegen sie auf 18'395 Stunden, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme um 7,3% respektive 1251 Stunden entspricht (2012-2013: +5,7%). Die baustellen- und unfallbedingten Staus haben in der gleichen Periode abgenommen.

Mehr als 85% aller registrierten Stautunden sind auf Verkehrsüberlastungen zurückzuführen. Diese Verkehrsüberlastungen bilden sich auf relativ kurzen Abschnitten im Bereich der grossen Agglomerationen. Die Zunahme der Stautunden seit 2008 kann zum Teil auf verbesserte technische Mittel für die Überwachung des Verkehrs auf den Nationalstrassen zurückgeführt werden. Inwieweit die Steigerung auf zusätzliche Verkehrsbehinderungen zurückzuführen ist, kann nicht abschliessend beurteilt werden.

Methodologie

Von Stau spricht man, wenn:

- auf Hochleistungs- oder Hauptstrassen ausserorts die Fahrzeuggeschwindigkeit während mindestens einer Minute unter 10 km/h liegt und es häufig zum Stillstand kommt.
- auf Hauptstrassen innerorts bei Knoten oder Engpässen die Wartezeit mindestens 5 Minuten beträgt.

Stockender Verkehr ergibt sich, wenn:

- ausserorts die stark reduzierte Fahrzeug-Geschwindigkeit während mindestens einer Minute unter 30 km/h liegt und/oder es teilweise zu kurzem Stillstand kommt.

Im Bericht des ASTRA werden beide erfassten Zustände (Stau und stockender Verkehr) als „Stau“ bezeichnet, da die für eine genaue Unterscheidung notwendigen Verkehrs- und Geschwindigkeitsdaten heute noch nicht verfügbar sind. Die Staudaten basieren vollumfänglich auf den Verkehrsmeldungen der Viasuisse. Die Qualität der Aussagen zur Entwicklung der Staustunden steht und fällt mit der Vollständigkeit und Richtigkeit dieser Meldungen. Es besteht keine Gewähr dafür, dass sämtliche Staus tatsächlich erfasst sind.

Der Indikator zur Staubelastung wird jährlich vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) im Bericht „Verkehrsentwicklung und Verfügbarkeit der Nationalstrassen“ publiziert.

Netznutzungseffizienz der Bahnen

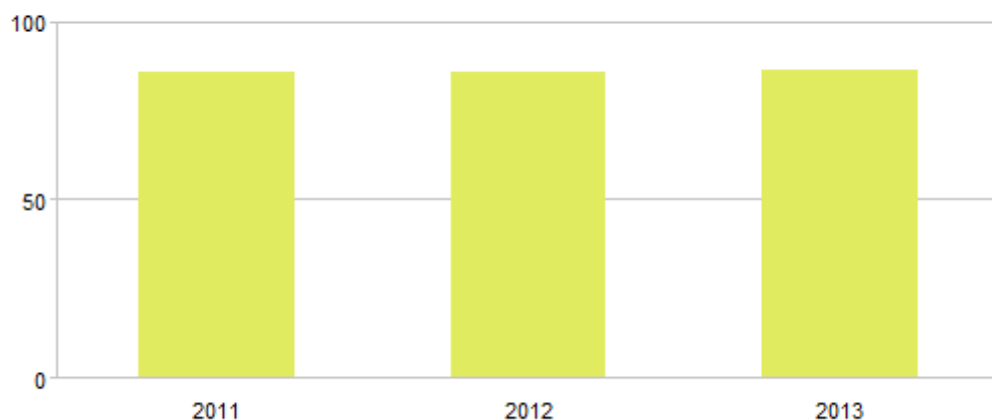
Auszug aus dem Legislaturziel 21: *Zuverlässige, sichere, verträgliche und verfügbare Infrastrukturen spielen eine zentrale Rolle für die Standortattraktivität, aber auch hinsichtlich der Vernetzung einer dezentral besiedelten Schweiz. Die Beanspruchung insbesondere der Verkehrsinfrastrukturen wird auch aufgrund steigender Bevölkerungszahlen und der Ausdifferenzierung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse weiter zunehmen.*

Bedeutung des Indikators: Die Eisenbahninfrastruktur und insbesondere das Schienennetz werden durch die hohe Belastung und die sich abzeichnende Steigerung der Nachfrage stark belastet. Kapazitätsengpässen kann durch den Ausbau der Infrastruktur oder durch eine effizientere Nutzung des Schienennetzes begegnet werden. Voraussetzung für eine gesteigerte Effizienz bei der Nutzung des Bahnnetzes ist die hohe Verfügbarkeit der Anlagen und damit wenig Störungen. Die Netznutzungseffizienz wird in Trassenkilometern auf den Hauptgleisen pro Tag gemessen und zeigt den Belastungsgrad des Schienennetzes. Damit die Netznutzungseffizienz hoch gehalten werden kann, muss auch in den Substanzerhalt investiert werden. Die Netznutzungseffizienz misst somit nicht nur das quantitative Wachstum, sondern stellt indirekt auch einen qualitativen Indikator bezüglich der Substanz des Schienennetzes dar. Der Indikator gibt keine Hinweise auf bestehende Engpässe des Schienennetzes auf besonders stark befahrenen Streckenabschnitten.

Quantifizierbares Ziel: *Die Eisenbahninfrastruktur wird im heutigen guten Zustand erhalten und weiter ausgebaut.*

Netznutzungseffizienz der Bahnen

In Trassenkilometer pro Hauptgleiskilometer pro Tag



Quelle: Bundesamt für Verkehr

© BFS, Neuchâtel 2014

Kommentar

Im Rahmen der Leistungsvereinbarung mit den Eisenbahnunternehmen wird die Netznutzungseffizienz der Bahnen seit 2011 erhoben. Zwischen 2011 und 2013 hat die Netznutzungseffizienz von 85,7 auf 86,2 Trassenkilometer (Trkm) pro Hauptgleiskilometer und pro Tag leicht zugenommen. 2013 wurde somit jeder Hauptgleiskilometer des Schienennetzes mehr als 86 Mal pro Tag befahren.

Methodologie

Trassenkilometer (Definition der SBB): Entspricht den von Eisenbahnverkehrsunternehmen gegen Entgelt (Trassenpreis) in Anspruch genommenen Trassen und zeigt die Leistung von Bahninfrastrukturbetreibern.

Hauptgleiskilometer: Die Bezugsgrösse Hauptgleiskilometer umfasst die durchgehenden Gleise für

Zugfahrten in den Stationen und auf den Strecken, welche im Personen- und Güterverkehr genutzt werden. Doppelspurabschnitte werden entsprechend doppelt gezählt.

Die Netznutzungseffizienz wird für das gesamte Schienennetz der Schweiz (SBB, Privatbahnen) in Trassenkilometern auf den Hauptgleisen pro Tag gemessen. Der Indikator wird jährlich vom BAV im Rahmen der Leistungsvereinbarung mit den Eisenbahnunternehmen erhoben und publiziert.

Treibhausgasemissionen

Auszug aus dem Legislaturziel 22: Wenn die Erwärmung der Atmosphäre, die seit 1970 beobachtet wird, weiter zunimmt, hat dies weitreichende Auswirkungen, z.B. auf den globalen Wasserkreislauf, auf die Pflanzen- und Tierwelt, auf die globalen Stoffkreisläufe und auf viele Bereiche der Gesellschaft und der Wirtschaft. Die Schweiz muss an den Ursachen ansetzen und ihren Beitrag zur Reduktion von CO₂ und anderen klimaverändernden Substanzen leisten.

Bedeutung des Indikators: Verschiedene Gase der Erdatmosphäre haben einen Einfluss auf die Energiebilanz der Erde, indem sie die Abstrahlung von Energie in den Weltraum einschränken. Dieses Phänomen wird als Treibhauseffekt bezeichnet. Der Treibhauseffekt ist ein natürliches Phänomen, das aber durch Treibhausgase aus menschlichen Aktivitäten verstärkt wird. Die Verbrennung von fossilen Brenn- und Treibstoffen ist die Hauptursache für den zusätzlichen Treibhauseffekt. Daneben spielen auch Waldrodungen, Emissionen aus industriellen Prozessen, aus der Landwirtschaft und der Abfallbewirtschaftung eine Rolle.

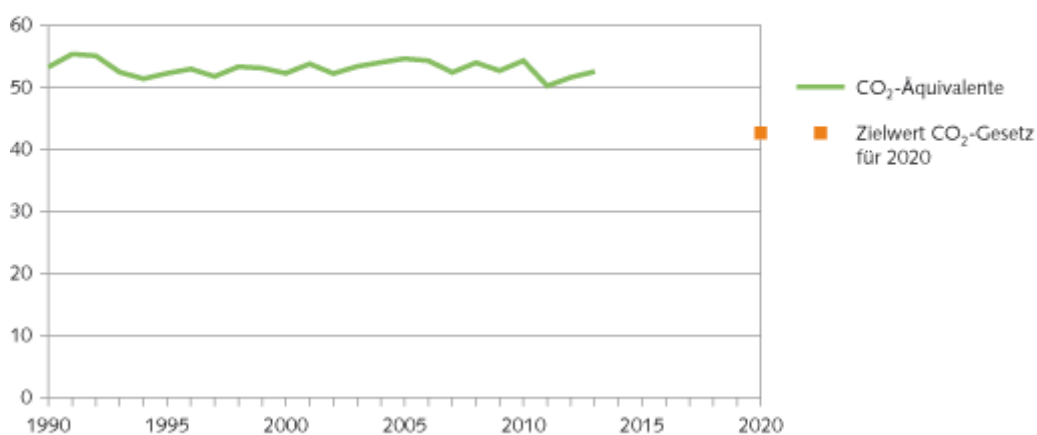
Die Treibhausgasemissionen umfassen die jährlich ausgestossene Gesamtmenge an Treibhausgasen in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Mit einem Anteil von 85% ist CO₂ das weitaus wichtigste Treibhausgas. Die Werte verstehen sich als Bruttoemissionen ohne Abzug von Senkenleistungen des Waldes oder von Emissionszertifikaten. Ebenfalls nicht berücksichtigt werden diejenigen Emissionen, die im Ausland aufgrund der Importe in die Schweiz generiert wurden.

Quantifizierbares Ziel: Die Schweiz hat sich im Kyoto-Protokoll verpflichtet, die Gesamtsumme der Emissionen der sechs Treibhausgase gegenüber 1990 um 8 Prozent zu senken. Dieses Ziel muss im Durchschnitt während der Jahre 2008–2012 erreicht werden (1. Verpflichtungsperiode). Bis 2020 müssen gemäss CO₂-Gesetz die Treibhausgasemissionen der Schweiz gesamthaft um 20 Prozent unter das Niveau von 1990 sinken.*

* Angepasstes Ziel aufgrund der Revision des CO₂-Gesetzes, das am 1.1.2013 in Kraft getreten ist.

Treibhausgasemissionen

CO₂-Äquivalente, in Millionen Tonnen, ohne Senkenleistungen des Waldes und Emissionsminderungszertifikate



Quelle: Bundesamt für Umwelt

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Die Treibhausgasemissionen, gemessen in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente, sind von 53,35 Mio. Tonnen im Jahr 1990 auf 52,59 Mio. Tonnen im Jahr 2013 zurückgegangen. Dies entspricht einem Rückgang um 1,4% gegenüber 1990. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Treibhausgasemissionen 2013 um rund 1 Mio. Tonnen zugenommen. Diese Zunahme ist grösstenteils auf die Wetterverhältnisse-

se während der Heizperiode zurückzuführen.

Im Kyoto-Protokoll hatte sich die Schweiz verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2008-2012 um 8% unter den Stand von 1990 auf 48,6 Mio. Tonnen pro Jahr zu senken. Die Senkenleistung des Waldes (ca. 1,6 Mio. Tonnen pro Jahr) und die Bilanz des Emissionshandels (ca. 2,5 Mio. Tonnen pro Jahr) durften für die Zielerreichung berücksichtigt werden. Das Ziel der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls wurde 2012 nach Abzug der Senkenleistungen des Waldes und der Emissionsverminderungszertifikate erreicht. Im revidierten CO₂-Gesetz, das 2013 in Kraft getreten ist, wird ein Reduktionsziel der inländischen Treibhausgasemissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 20% verankert. Für dieses Reduktionsziel werden die Senkenleistungen des Waldes berücksichtigt, nicht aber der Kauf von ausländischen Emissionsminderungszertifikaten.

Methodologie

Treibhausgase gemäss Kyoto-Protokoll sind Kohlendioxid (CO₂), Lachgas (N₂O), Methan (CH₄) sowie synthetische Gase (HFC, PFC und SF₆). Für die Berechnung wird die Summe aller Treibhausgasemissionen in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten ausgewiesen, d.h. die verschiedenen Treibhausgase werden entsprechend ihrer Klimawirksamkeit skaliert und in CO₂-Äquivalente umgerechnet. Die Daten für die Berechnung der Treibhausgasemissionen stammen aus dem Treibhausgasinventar der Schweiz. Dieses wird vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) gemäss den Richtlinien der UNO-Klimakonvention für Industrieländer und den technischen Handbüchern des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) geführt. Die Treibhausgasemissionen werden jährlich vom BAFU publiziert.

Das Kyoto-Protokoll erlaubt die Anrechnung von bestimmten Senkenleistungen der Forst- und Landwirtschaft. Ist in einem Wald der Holzzuwachs grösser als die Holznutzung, so wird CO₂ gebunden. Der Wald ist dann eine CO₂-Senke. Das Kyoto-Protokoll erlaubt die Anrechnung von Aufforstungen sowie weiterer forst- und landwirtschaftlicher Massnahmen. Im Gegenzug müssen Rodungen, bei denen Wald zerstört wird, als Emissionen erfasst werden.

Das Kyoto-Abkommen sieht ebenfalls vor, dass internationale Klimaschutzprojekte handelbare Zertifikate hervorbringen. Sie erlauben die Verringerung oder Vermeidung von Treibhausgasemissionen im Ausland aufgrund konkreter Projekte. Solche Projekte müssen messbare Leistungen bezüglich der Klimawirkung erzielen und einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Standortländer leisten, beispielsweise durch den Einsatz umweltfreundlicher Technologien.

Das Kyoto-Protokoll nimmt auf witterungsbedingte Schwankungen der Emissionen keine Rücksicht. Die Emissionen des internationalen Flugverkehrs werden im Treibhausgasinventar zwar ausgewiesen, in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Klimakonvention aber nicht im nationalen Emissionstotal aufgeführt.

Definitionen

Treibhauseffekt

Der Treibhauseffekt entsteht durch verschiedene Gase in der Atmosphäre (Wasserdampf, Kohlendioxid, Methan, Lachgas, usw.), die einen Teil der von der Erde ausgehenden Wärmestrahlung wieder reflektieren. Eine Erhöhung der Konzentration solcher Treibhausgase führt zu einer Erwärmung der Atmosphäre.

Schäden durch Naturgefahren

Auszug aus dem Legislaturziel 22: Die Schweiz soll massgeblich zur Eindämmung der Folgen des Klimawandels beitragen [...]. Gleichzeitig muss sich die Schweiz auch auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten. Wo es nicht möglich ist, Naturgefahren auszuweichen, werden unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Überlegungen Massnahmen baulicher, biologischer oder organisatorischer Art getroffen, um die Gefahr abzuwenden oder die Schäden zu reduzieren.

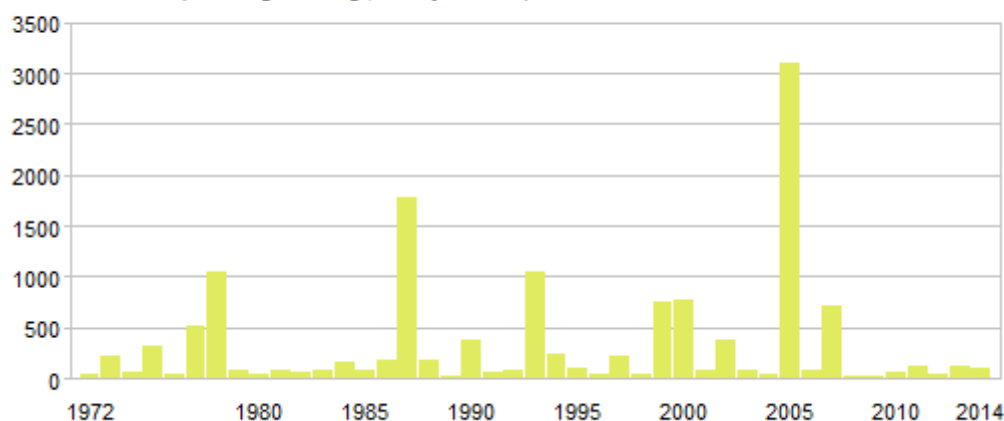
Bedeutung des Indikators: Naturgefahren wie Hochwasser, Rutschungen, Murgänge und Sturzprozesse können bedeutende Sach-, Personen- und Umweltschäden verursachen. Die Minderung der vorhandenen Risiken und die Begrenzung der Schäden, wenn es zu einem Ereignis kommt, sind von volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung. Die Schadenssumme im Ereignisfall ist unter anderem abhängig von der Höhe der Versicherungssumme der beschädigten Häuser und Güter. Sie ist ein Indikator einerseits für den Erfolg der vorbeugenden Massnahmen zum Schutz vor Naturereignissen und andererseits für die Verletzlichkeit von Bauten und Infrastrukturen.

Quantifizierbares Ziel: Wo es nicht möglich ist, Naturgefahren auszuweichen, werden Massnahmen baulicher, biologischer oder organisatorischer Art getroffen, um die Gefahr abzuwenden oder die Schäden zu reduzieren.

Schäden durch Naturgefahren

Hochwasser, Murgänge, Rutschungen, Felssturz und Steinschlag

Millionen Franken (teuerungsbereinigt, Basisjahr 2014)



Quelle: Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Von 1972 bis 2014 verursachten Hochwasser, Murgänge, Rutschungen, Felsstürze und Steinschläge Gesamtschäden in der Höhe von 13,7 Milliarden Franken; dies entspricht einem durchschnittlichen Schaden von 318 Millionen Franken pro Jahr. Hochwasser und Murgänge verursachten im selben Zeitraum Schäden von 12,8 Milliarden Franken, die Schäden durch Rutschungen und Sturzprozesse belaufen sich auf rund 0,9 Milliarden Franken (teuerungsbereinigte Zahlen). 2014 betrugen die Schäden durch Naturgefahren 101 Millionen Franken.

Rund die Hälfte der Schäden zwischen 1972 und 2014 ist auf die fünf grössten Einzelereignisse zurückzuführen. So verursachte das Hochwasser vom August 2005 allein Schäden in Höhe von rund 3 Milliarden Franken. Das ist die höchste Schadenssumme der letzten 40 Jahre. Die Höhe der Schäden durch Naturgefahren wird von der Nutzung des Siedlungsraums und von der Intensität und dem räumlichen Ausmass der Naturereignisse beeinflusst.

Methodologie

Die Schäden durch Hochwasser, Murgänge und Rutschungen werden seit 1972, durch Steinschlag seit 2002 erhoben. Die Daten stammen aus einer Datenbank der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), in welcher seit 1972 alle wichtigen Schadenfälle registriert werden. Die Erhebungen basieren hauptsächlich auf Meldungen von etwa 3000 Schweizer Zeitungen und Zeitschriften sowie – bei grösseren Ereignissen – auf Angaben von Kantonen und Versicherungsgesellschaften. Um die Jahre vergleichen zu können, wurden die Preise mit Hilfe des Landesindex der Konsumentenpreise LIK des Bundesamts für Statistik teuerungsbereinigt.

Der Indikator wird jährlich von der WSL erhoben und vom BFS und vom BAFU publiziert.

Siedlungsfläche pro Kopf

Auszug aus dem Legislaturziel 23: *Der Metropolisierungsprozess, die Zersiedlung und der Bodenverbrauch schreiten weiter voran. [...] Entsprechend muss die Siedlungsfläche durch eine Stärkung der Raumplanung und einen nachhaltigen Umgang mit der Ressource Boden stabilisiert werden. [...] Der Zersiedlung ist wirksam zu begegnen, und der Schutz des Kulturlandes ist markant zu verbessern.*

Bedeutung des Indikators: Der Boden ist für Menschen, Tiere und Pflanzen unverzichtbare Lebensgrundlage und eine begrenzte, nicht erneuerbare Ressource. Besonders in einem flächenmässig kleinen Land wie der Schweiz, wo die nutzbaren Böden aufgrund der topografischen Bedingungen knapp sind, ist ein haushälterischer Umgang mit dem Boden unerlässlich.

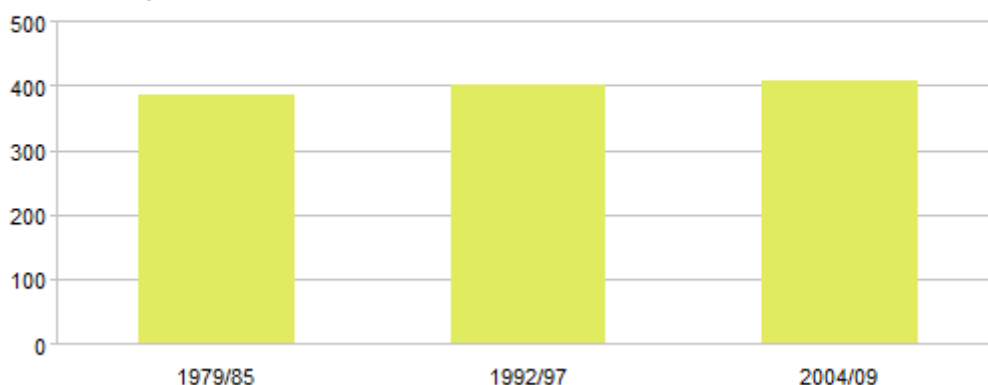
Der Indikator zeigt, wie viel Quadratmeter Boden pro in der Schweiz lebende Person als Siedlungsfläche genutzt wird. Als Siedlungsfläche werden alle Areale und Anlagen definiert, die dem Wohnen, dem Verkehr, der Produktion (ohne Land- und Forstwirtschaft), dem Handel, den Dienstleistungen, der Ver- und Entsorgung sowie der Erholung dienen.

Quantifizierbares Ziel: *Die Siedlungsfläche ist bei 400 m² pro Kopf der Bevölkerung zu stabilisieren.*

Siedlungsfläche pro Kopf

Gebäudeareale, Industrieareale, besondere Siedlungsflächen, Erholungs- und Grünanlagen sowie Verkehrsflächen

Quadratmeter pro Person



Quelle: BFS - AREA, STATPOP

© BFS, Neuchâtel 2014

Kommentar

Die Siedlungsfläche pro Kopf hat innert 24 Jahren (Zeitraum zwischen der Arealstatistik 1979/85 und 2004/09) gesamthaft um 5,3% zugenommen. 1979/85 beanspruchte jede in der Schweiz lebende Person 387 m² Boden zu Siedlungszwecken, 1992/97 401 m² und 2004/09 durchschnittlich 407 m². Die Ergebnisse der Arealstatistik 2004/09 zeigen somit weiterhin eine ansteigende Tendenz der Siedlungsfläche. In Gebieten mit starken Urbanisierungs- und Verdichtungstendenzen oder markantem Bevölkerungswachstum ist aber zwischen der Arealstatistik 1992/97 und 2004/09 auch ein Rückgang feststellbar, so in den Kantonen ZH, SZ, NW, ZG, FR, AG, TI, VD und GE.

Die Siedlungsfläche steigt insbesondere, weil für Wohnzwecke ein immer grösserer Flächenanteil genutzt wird. Diese Entwicklung ist auf Änderungen der Bevölkerungsstruktur, abnehmende Haushaltsgrössen, höhere Wohnraumanprüche und eine Wohlstandssteigerung zurückzuführen. Je nach Kanton unterscheidet sich die Siedlungsfläche pro Kopf. Die Bandbreite reicht von 138 (BS) bis 827 (JU) m² pro Kopf. Je städtischer, dichter und kompakter die Bebauung, desto tiefer, je dezentraler und ländlicher die Besiedelung, desto höher ist der Wert.

Methodologie

Die Siedlungsfläche pro Kopf wird gemäss der Definition der Arealstatistik pro Einwohner/in (mittlere jährliche Wohnbevölkerung) in Quadratmetern berechnet.

Die vom Bundesamt für Statistik erstellte Arealstatistik erhebt die Bodenbedeckung und Bodennutzung in der Schweiz anhand von Luftbildern des Bundesamtes für Landestopografie, denen ein Stichprobennetz mit einer Maschenweite von 100 auf 100 Meter überlagert wird. Die Resultate der Arealstatistik ermöglichen es, das Ausmass der menschlichen Eingriffe und natürlichen Prozesse, welche unseren Lebensraum verändern, zahlenmässig zu dokumentieren.

Als Bezugsgrösse für die Bevölkerung wird die Summe der mittleren jährlichen Wohnbevölkerung der Kantone zum Zeitpunkt der Luftaufnahmen verwendet. Die Arealstatistik wird bis jetzt im 12-Jahres-Turnus erhoben und künftig nach einem Übergang von 9 Jahren dann alle 6 Jahre. Die nächste Erhebung findet 2013/18 statt.

Definitionen

Siedlungsfläche

Die Siedlungsfläche nach Arealstatistik Schweiz umfasst Gebäudeareal, Industrieareal, besondere Siedlungsflächen (Ver- und Entsorgungsanlagen, Abbau- und Deponieflächen, Baustellen), Erholungs- und Grünanlagen sowie Verkehrsflächen.

Artenvielfalt ausgewählter Gruppen

Auszug aus der Leitlinie 5 und dem Legislaturziel 23: *Die Biodiversität bildet die Grundlage für das Funktionieren unserer Ökosysteme und liefert der Schweiz wertvolle Leistungen. Deshalb soll sie national wie international erhalten bleiben, und ihre Bestandteile sollen nachhaltig genutzt werden. [...] Die Integration der Ziele des Umweltschutzes und der Biodiversität in die verschiedenen Politikbereiche muss gewährleistet sein.*

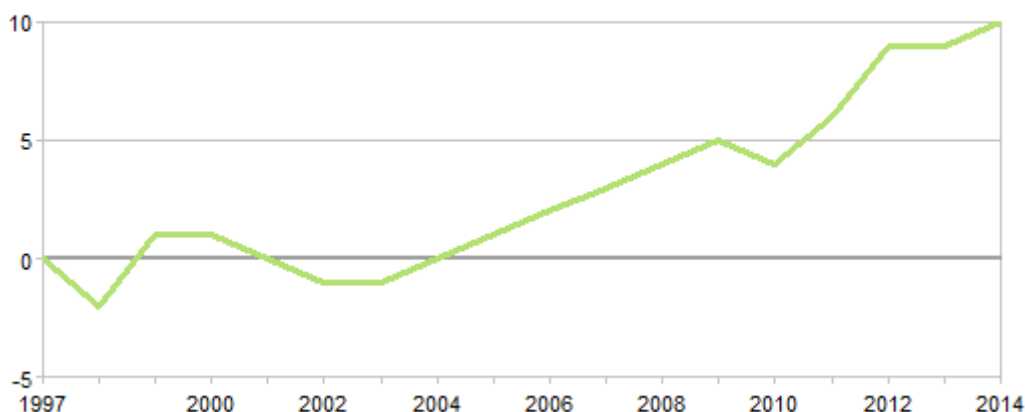
Bedeutung des Indikators: Biodiversität ist die Voraussetzung für eine gesunde und natürliche Entwicklung aller Lebewesen und Ökosysteme. Im Alltag liegt die Bedeutung der Biodiversität für den Menschen in den zahlreichen Leistungen, welche die Ökosysteme erbringen. Sie reinigen das Wasser, filtern die Luft oder erhalten die Bodenfruchtbarkeit. Neben der Vielfalt an Arten bestimmen auch die genetische Vielfalt und die Vielfalt an Ökosystemen das Ausmass der Biodiversität. Der Verlust einer bedrohten Art ist in der Regel nicht rückgängig zu machen.

Die Artenvielfalt ausgewählter Gruppen misst die Veränderung der Artenzahl in der ganzen Schweiz in Bezug auf 1997. Erfasst werden bislang ausschliesslich Tiere, nämlich alle Wirbeltierarten (mit Ausnahme der Fledermäuse) sowie die Tagfalter-, Heuschrecken- und Libellenarten.

Quantifizierbares Ziel: *Die Biodiversität ist zu erhalten und zu fördern. Die Raumplanung leistet einen zentralen Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt in der Schweiz.*

Artenvielfalt ausgewählter Gruppen

Nettoänderung der Artenzahl in Bezug auf 1997 (714 Arten)



Quelle: Bundesamt für Umwelt

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Die Anzahl untersuchter Arten hat zwischen 1997 (714) und 2014 um rund 1,4% zugenommen, wobei die Hälfte dieser Zunahme auf die Ausbreitung von gebietsfremden Arten zurückzuführen ist. Berücksichtigt werden dabei Tagfalter, Heuschrecken und Libellen sowie über 90% aller Wirbeltier-Arten. Dies entspricht ungefähr 2% aller in der Schweiz wild vorkommenden Tierarten.

Die Artenzunahme darf jedoch nicht über den Schwund von Populationen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene hinwegtäuschen. Insgesamt gibt es in der Schweiz schätzungsweise 6'000 Pflanzen-, 41'000 Tier- und 17'000 Flechten- und Pilzarten. Dabei ist davon auszugehen, dass noch nicht alle Arten entdeckt wurden. In den verschiedenen Regionen veränderten sich die Artenzahlen unterschiedlich.

Methodologie

Die Biodiversität oder biologische Vielfalt umfasst drei Ebenen, nämlich die genetische Vielfalt innerhalb der Arten, die Vielfalt der Arten und die Vielfalt der Ökosysteme.

Der Indikator misst die Nettoänderung der Artenzahl ausgewählter taxonomischer Gruppen in der Schweiz. Erfasst werden bislang ausschliesslich Tiere, nämlich alle Wirbeltierarten mit Ausnahme der Fledermäuse, sodann die Tagfalter-, Heuschrecken- und Libellenarten. Für ein Vorkommen wird die Präsenz während neun der zurückliegenden zehn Jahre verlangt. Die Populationsgrössen spielen dabei keine Rolle. Die Artenvielfalt ausgewählter Gruppen wird im Rahmen des Biodiversitäts-Monitorings Schweiz BDM des BAFU jährlich erhoben (Indikator Z3).

Modalsplit im Agglomerationsverkehr

Auszug aus dem Legislaturziel 23: Die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz ist zu einem wesentlichen Teil auf die Dynamik ihrer drei Metropolen Zürich, Basel und Genfersee-Region zurückzuführen. Diese sind geprägt durch eine disperse Siedlungsentwicklung und immer weiter ausgreifende Pendlerströme sowie die damit verbundene Beanspruchung der Verkehrsinfrastrukturen und die sich daraus ergebenden Umweltbelastungen.

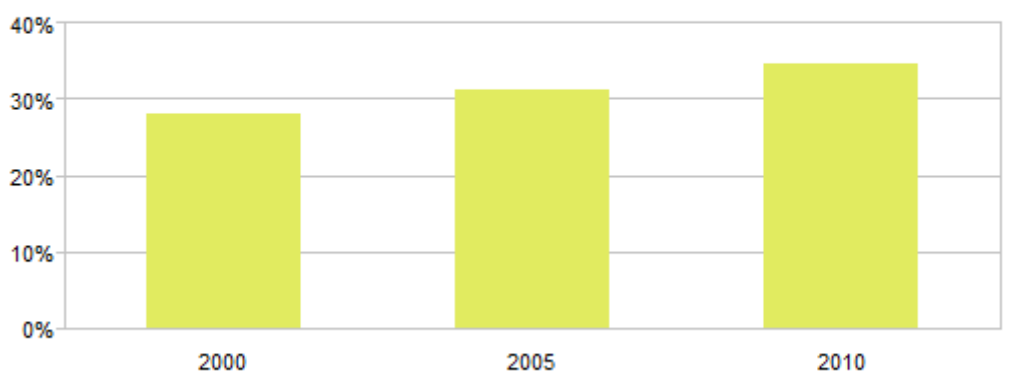
Bedeutung des Indikators: Mobilität entspricht einem Bedürfnis des Menschen und ist für eine funktionierende Wirtschaft eine wichtige Voraussetzung. Die steigende Mobilität bringt insbesondere in den Städten und Agglomerationen Verkehrsprobleme mit sich. In Städten und Agglomerationen leben rund drei Viertel der Schweizer Bevölkerung auf weniger als einem Viertel der Gesamtfläche der Schweiz. Städte und Agglomerationen haben durch die Siedlungs- und Arbeitsplatzdichte ein hohes Potenzial für Innovationen, stehen aber gleichzeitig vor zahlreichen Herausforderungen wie zum Beispiel einer erhöhten Verkehrs- und Umweltbelastung. Für eine effiziente und umweltverträgliche Bewältigung der zunehmenden Mobilität in den Agglomerationen ist eine Verschiebung des Modalsplits zugunsten des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs (Fussgänger und Velo) eine wichtige Voraussetzung.

Der Indikator zeigt die mittlere Tagesdistanz, die eine in der Agglomeration wohnhafte Person mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, zu Fuss oder mit dem Fahrrad zurücklegt, als prozentualer Anteil am Gesamtverkehr. Er gibt Aufschluss über die Gewichtung der einzelnen Verkehrsträger im Gesamtverkehr der Agglomerationsbevölkerung. Der Indikator sagt nichts aus über das Gesamtverkehrsaufkommen.

Quantifizierbares Ziel: Der Anteil des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs (Fussgänger und Velo) am Gesamtverkehr in den verschiedenen Agglomerationen soll mindestens stabilisiert werden.

Modalsplit in den Agglomerationen

Anteil des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs an der mittleren Tagesdistanz pro Person*



* Pro Person der in den Agglomerationen wohnenden Bevölkerung

Quelle: BFS, ARE - MZMV

© BFS, Neuchâtel 2014

Kommentar

Der Anteil des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs am Gesamtverkehr in den Agglomerationen nimmt seit 2000 zu und liegt 2010 bei 34,5%. Eine ähnliche Entwicklung findet auch auf der Ebene der Schweiz statt, der Anteil für den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr liegt für die gesamte Schweiz im Vergleich zu den Agglomerationen leicht tiefer. Mit der Zunahme des Modalsplits zugunsten des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs geht ein Wachstum des Gesamtverkehrs einher. Die geleisteten Personenkilometer auf der Schiene und auf der Strasse haben seit 2000 zugenommen.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil des öffentlichen Verkehrs (Strasse und Schiene) plus des Langsamverkehrs (zu Fuss / Fahrrad) an der mittleren Tagesdistanz pro Person der in den Agglomerationen wohnenden Bevölkerung. Die mittleren Tagesdistanzen werden als prozentualer Anteil am Gesamtverkehr (öffentlicher Verkehr, motorisierter Individualverkehr, Langsamverkehr und Andere) ausgewiesen.

Der Indikator ist Teil des Mikrozensus Mobilität und Verkehr 2010, der erstmals differenzierte Analysen bis auf die Ebene der einzelnen Agglomerationen zulässt. Der Mikrozensus ist eine der wichtigsten Datengrundlagen für Aussagen im Bereich Personenverkehr, für verkehrs- und raumordnungspolitische Diskussionen und Entscheidungen sowie für die Mobilitätsforschung.

Das BFS und das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) führen den Mikrozensus Mobilität und Verkehr alle fünf Jahre gemeinsam durch.

Definitionen

Modalsplit

Aufteilung von Verkehrsleistungen, Tagesdistanzen, Wegzeiten oder Anzahl Wegen auf verschiedene Verkehrsträger bzw. Verkehrsmittel.

Leitlinie 6: Bildung / Forschung

Die Schweiz hält in Bildung, Forschung und Innovation einen Spitzenplatz

Förderbeiträge aus den Forschungsrahmenprogrammen (FRP) der EU

Auszug aus dem Legislaturziel 24: *Die hohe Qualität und der international gute Ruf des schweizerischen Hochschulsystems und der Forschung sind gewährleistet. Dank der hohen Qualität von Lehre und Forschung sowie deren kontinuierlicher Weiterentwicklung ist das Schweizer Hochschulsystem attraktiv für Studierende aus der Schweiz sowie für die besten Talente aus aller Welt. [...] Neben der auf wissenschaftliche Exzellenz und internationale Bedeutung fokussierten Forschung, die weiterhin einen Schwerpunkt bildet, ist auch die angewandte Forschung angemessen zu fördern [...].*

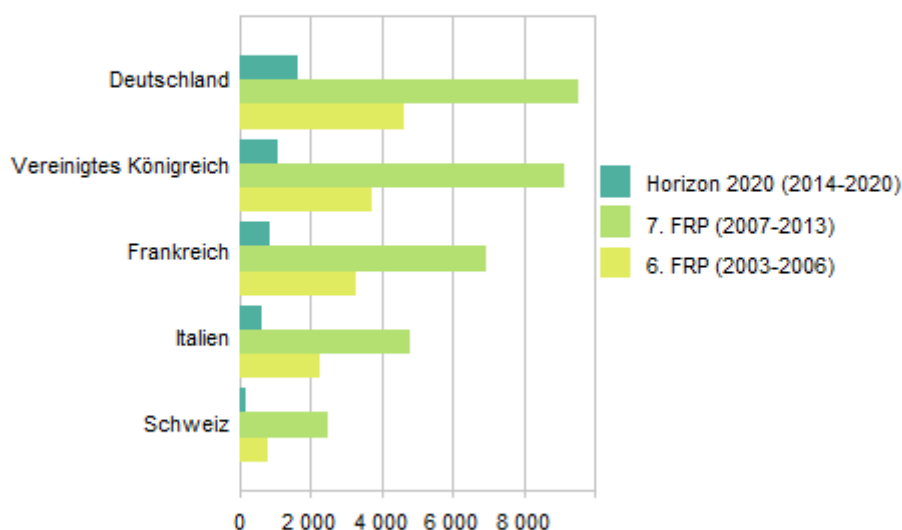
Bedeutung des Indikators: Das wichtigste Instrument der Europäischen Union im Bereich der Forschungsfinanzierung sind die „Rahmenprogramme für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration“ (FRP). Die Ziele der FRP sind die Stärkung der wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der europäischen Industrie und die Förderung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die Beteiligung an den FRP bringt der Schweiz einen grossen wissenschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Nutzen, um ihren internationalen Spitzenplatz in Forschung und Innovation weiter zu entwickeln und zu festigen. Seit 1984 haben sich acht FRP abgelöst. Seit 2004 hat die Schweiz als „assoziiertes Land“ am 6. und 7. FRP teilgenommen und jährlich einen Beitrag an die EU überwiesen, dessen Höhe sich aus dem Verhältnis des Schweizer BIP zum BIP der EU-Länder errechnet. Am 8. Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ ist die Schweiz seit dem 15. September 2014 „teilassoziert“.

Der Indikator zeigt die im 6. und 7. FRP sowie im Rahmen von „Horizon 2020“ an Schweizer Forschende vergebenen Fördermittel im internationalen Vergleich.

Quantifizierbares Ziel: *Die Schweiz ist eine der erfolgreichsten Nationen in Bezug auf ihre Teilnahme am Forschungsrahmenprogramm der EU.*

Verpflichtete Förderbeiträge aus den Forschungsrahmenprogrammen

Verpflichtete Förderbeiträge für die vier erfolgreichsten Länder und die Schweiz, in Millionen Franken



Die Angaben zu Horizon 2020 werden jährlich aktualisiert. Der tatsächliche Rückfluss an Fördermitteln kann erst einige Jahre nach Ablauf von Horizon 2020 aufgezeigt werden.

Quelle: Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Im Verlauf des 6. Forschungsrahmenprogramms (FRP) erhielt die Schweiz 791 Millionen CHF Fördermittel zugesprochen, was einem Anteil von 3,1% der gesamten Fördermittel des Programms ent-

spricht. Der Schweizer Beitrag an das Budget belief sich im selben Zeitraum auf rund 2,7%, was auf einen Erfolg der Schweizer Projekte bei der Vergabe der Fördermittel hinweist.

Im Verlauf des 7. FRP erhielten Schweizer Forschende 2482 Millionen CHF Fördermittel. Die Schweiz klassierte sich damit in der Top-10-Rangliste aller beteiligten Länder.

Im Januar 2014 begann das achte Rahmenabkommen „Horizon 2020“. Im Rahmen dieses Programms erhielten Forschende aus der Schweiz bisher 172 Millionen CHF (Stand Juli 2015). Somit platzierte sich die Schweiz nicht mehr unter den zehn besten Ländern, sondern auf dem 12. Rang. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass die Schweiz nach der Annahme der Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ am 9. Februar 2014 von der EU vorübergehend als Drittland zurückgestuft wurde und sich deshalb nicht mehr an Horizon 2020 beteiligen konnte. Seit dem 15. September 2014 kann die Schweiz als teilassoziierter Staat wieder an Horizon 2020 teilnehmen.

Methodologie

Der Indikator zeigt die im 6. und 7. FRP sowie im Rahmen von „Horizon 2020“ an Schweizer Forschende vergebenen Fördermittel in Millionen CHF, im Vergleich mit den Top-Ländern der EU.

Die Schweiz hat sich aufgrund des bilateralen Forschungsabkommens mit der EU als „assoziertes Land“ am 6. und 7. Forschungsrahmenprogramm der EU beteiligt. Damit besaßen Schweizer Forschende dieselben Rechte und Möglichkeiten wie ihre Partner aus EU-Mitgliedstaaten und erhielten ihre Beiträge wie diese von der Europäischen Kommission. Einige Projekte oder Gesuchsausschreibungen wurden nicht direkt von der Europäischen Kommission, sondern von anderen Organisationen bearbeitet. Da die Datenbank der Europäischen Kommission lediglich den der Organisation überwiesenen Gesamtbetrag ausweist, liegen keine Informationen über die Endbegünstigten und die Höhe der ihnen ausgerichteten Fördermittel vor. Die Fördermittel für Schweizer Beteiligte sind folglich höher als hier dargestellt.

Am 26. Februar 2014 wurde die Schweiz von der EU vorübergehend als Drittstaat zurückgestuft. Seit dem 15. September 2014 und vorerst bis Ende 2016 ist die Schweiz am 8. Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ teilassoziert.

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) erarbeitet jährlich einen Bericht zur Beteiligung der Schweiz an den Europäischen Forschungsrahmenprogrammen. Das SBFI stützt sich dabei auf die Datenbanken der Europäischen Kommission, welche für die spezifischen Schweizer Zahlen aufgearbeitet werden.

Definitionen

Rahmenprogramme für Forschung und technologische Entwicklung (FRP) der EU

Die EU fasst in ihren FRP, die jeweils über vier bis sieben Jahre dauern, jene Tätigkeiten zusammen, in denen die Forschung und die technologische Entwicklung einer besonderen Anstrengung bedürfen. Die Programme werden von der EU-Kommission geleitet. Seit 2014 ist mit „Horizon 2020“ das achte FRP in Kraft (6. FRP: 2003-2006; 7. FRP: 2007-2013).

Impact der wissenschaftlichen Publikationen der Schweiz

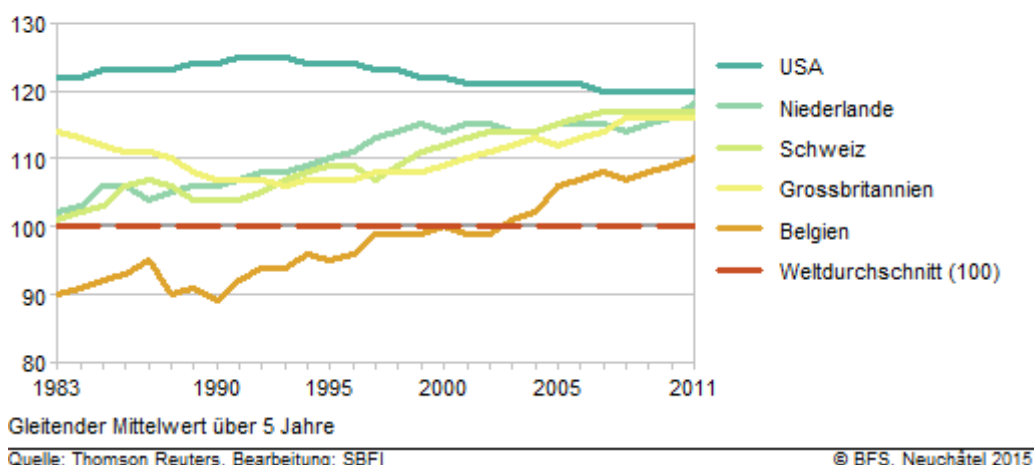
Auszug aus dem Legislaturziel 24: Die hohe Qualität und der international gute Ruf des schweizerischen Hochschulsystems und der Forschung sind gewährleistet. Dank der hohen Qualität von Lehre und Forschung sowie deren kontinuierlicher Weiterentwicklung ist das Schweizer Hochschulsystem attraktiv für Studierende aus der Schweiz sowie für die besten Talente aus aller Welt. [...] Neben der auf wissenschaftliche Exzellenz und internationale Bedeutung fokussierten Forschung, die weiterhin einen Schwerpunkt bildet, ist auch die angewandte Forschung angemessen zu fördern [...].

Bedeutung des Indikators: Forschung, Entwicklung und Technologie gelten als bedeutende Motoren für die Innovationstätigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft. Das wichtigste Mittel zur Verbreitung des durch wissenschaftliche Forschung gewonnenen Wissens ist die Publikation von Artikeln in wissenschaftlichen Zeitschriften. Die Wirkung dieser Publikationen („Impact“) wird anhand der Anzahl Zitierungen durch andere Forschende gemessen. Damit lässt sich die Stellung eines Landes im weltweiten Vergleich oder in einem bestimmten Forschungsbereich ermitteln. Es steht also nicht das Publikationsaufkommen im Vordergrund, sondern die Wirkung dieser Publikationen im internationalen Vergleich.

Quantifizierbares Ziel: Die Spitzenstellung der Schweiz in der internationalen Forschung wird gehalten und gefestigt.

Impact der wissenschaftlichen Publikationen

Relativer Zitationsindex auf einer Skala von 0 (tief) bis 200 (hoch)



Kommentar

Anfang der 1980er Jahre lag der Impact der schweizerischen wissenschaftlichen Publikationen knapp über dem weltweiten Mittelwert. Seither hat sich der Impact der Schweizer Publikationen, im Vergleich mit den übrigen Top-5 Nationen, verhältnismässig stark erhöht. Im Zeitraum zwischen 2009 und 2013 liegt die Schweiz um 17 Prozentpunkte über dem weltweiten Mittelwert und befindet sich auf der Welt-rangliste über sämtliche wissenschaftliche Publikationen hinter den USA und den Niederlanden auf Platz 3.

Die Schweiz brachte im Zeitraum 2009-2013 insgesamt 154'000 Publikationen hervor, was einem weltweiten Publikationsaufkommen von „nur“ 1,2% entspricht. Wird die Anzahl der Publikationen pro Einwohnerin bzw. Einwohner gewichtet, so zählt die Schweiz allerdings zu den produktivsten Ländern: Mit 3'892 Publikationen pro Jahr auf eine Million Einwohnerinnen und Einwohner belegt sie den ersten Platz, gefolgt von Island (3'483), Finnland (3'463), Dänemark (3'423) und den Niederlanden (3'407). Die USA, das Land mit dem höchsten Publikationsaufkommen weltweit (27,1%), platzieren sich mit einem Wert von 2'189 Publikationen pro Jahr auf eine Million Einwohnerinnen und Einwohner auf dem 16. Platz.

Der Impact der Schweizer Publikationen liegt in beinahe allen Forschungsbereichen deutlich über dem weltweiten Mittel. Den tiefsten Impact weist der Bereich „Geisteswissenschaften und Kunst“ aus und liegt als einziger unterhalb des weltweiten Durchschnitts. In den Bereichen "Physik, Chemie, Erdwissenschaften", "Technische und Ingenieurwissenschaften, Informatik" und "Life Sciences" weisen die schweizerischen Publikationen seit Beginn der untersuchten Zeitspanne einen Impact auf, der weit über dem weltweiten Durchschnitt liegt. Die grösste Impact-Zunahme ist bei den Schweizer Publikationen in den "Sozial- und Verhaltenswissenschaften" zu beobachten.

Die Schweizer Forschenden sind international vernetzt. Von den mit anderen Institutionen realisierten Publikationen wurden 78% im Zeitraum 2009-2013 mit internationalen Partnern verfasst. Dieser Anteil ist seit Beginn der 80er-Jahre insgesamt gestiegen. Die Schweiz platzierte sich in den letzten Jahren im internationalen Vergleich jeweils auf den ersten Rängen. Der europäische Raum war im Zeitraum 2009-2013 der wichtigste Forschungspartner der Schweiz, wobei die Publikationen am häufigsten mit den Nachbarländern Italien (9,7%), Deutschland (8,2%) und Frankreich (7,2%) verfasst wurden.

Methodologie

Der Index zum Impact der wissenschaftlichen Publikationen basiert auf den Datensammlungen der Firma Thomson Reuters und setzt sich aus dem Science Citation Index (SCI), dem Social Science Citation Index (SSCI) und dem Arts & Humanities Citation Index (A&HCI) zusammen. Diese Datensammlungen enthalten die bibliografischen Angaben zu den aufgrund einer Peer-Review publizierten Artikeln in rund 10'000 von Thomson Reuters ausgewählten, meist international beachteten wissenschaftlichen Zeitschriften. Die Auswahl der berücksichtigten Zeitschriften wird von Thomson Reuters durch einen Evaluationsprozess getroffen. Artikel, die in diesen Datensammlungen nicht vorkommen (wie auch die in Zeitschriften für eine breite Leserschaft publizierten Artikel, Bücher und Vorträge), bleiben bei der bibliometrischen Analyse unberücksichtigt.

Für die Messung des „Impacts“ der Publikationen wird ein relativer Zitationsindex verwendet. Die absolute Anzahl Zitierungen wird nicht als solche dargestellt, da sie vom Publikationsaufkommen und vom Forschungsbereich abhängt. Für die Berechnung des relativen Zitationsindex wird die Anzahl Zitierungen einer Publikation mit dem weltweiten Mittel der Zitierungen des betreffenden Forschungsbereichs gewichtet. Der so berechnete Indikator wird anschliessend auf einer Skala zwischen 0 und 200 eingeordnet, wobei 100 den weltweiten Mittelwert darstellt.

Basierend auf den jährlichen Datensammlungen von Thomson Reuters führt das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) alle zwei Jahre eine bibliometrische Analyse der schweizerischen Publikationen durch und publiziert diese in einem Bericht.

Angenommene Projekte beim Europäischen Forschungsrat (ERC)

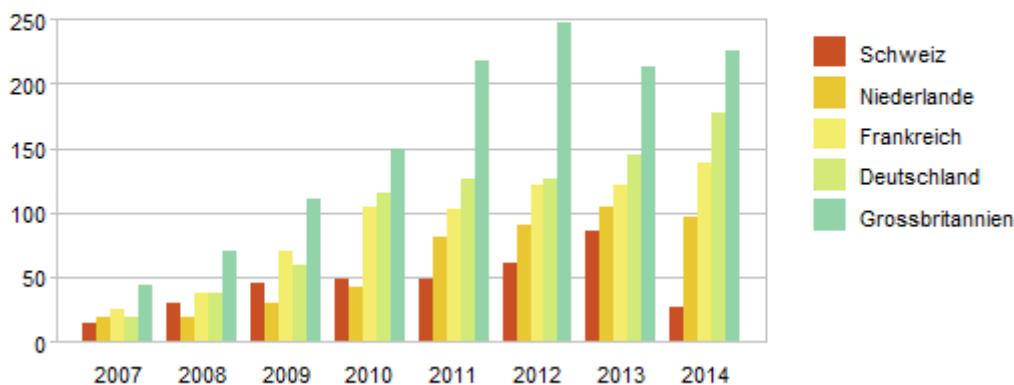
Auszug aus dem Legislaturziel 24: *Die hohe Qualität und der international gute Ruf des schweizerischen Hochschulsystems und der Forschung sind gewährleistet. Dank der hohen Qualität von Lehre und Forschung sowie deren kontinuierlicher Weiterentwicklung ist das Schweizer Hochschulsystem attraktiv für Studierende aus der Schweiz sowie für die besten Talente aus aller Welt. [...] Neben der auf wissenschaftliche Exzellenz und internationale Bedeutung fokussierten Forschung, die weiterhin einen Schwerpunkt bildet, ist auch die angewandte Forschung angemessen zu fördern [...].*

Bedeutung des Indikators: Als erste europaweite Agentur für Forschungsförderung zielt der Europäische Forschungsrat (ERC) auf die Finanzierung europäischer Pionierforschung. Die Forschung an den Grenzen von Wissenschaft und Technologie wird unabhängig von thematischen Prioritäten gefördert; das einzige Auswahlkriterium ist deren Exzellenz. Damit wird der Wert der Grundlagenforschung für den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand der Gesellschaft anerkannt. Der Forschungsrat wurde 2007 als Teil des 7. Forschungsrahmenprogramms (FRP) der Europäischen Union gegründet. Der Indikator zeigt die Anzahl der beim Europäischen Forschungsrat angenommenen Projektvorschläge aus der Schweiz im Vergleich mit den vier erfolgreichsten Ländern.

Quantifizierbares Ziel: *Die Spitzenstellung der Schweiz in der internationalen Forschung wird gehalten und gefestigt.*

Angenommene Projekte beim Europäischen Forschungsrat (ERC)

Anzahl der angenommenen Projektvorschläge aus den vier erfolgreichsten Ländern und der Schweiz



Quelle: Europäischer Forschungsrat; SBF

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Die Anzahl Projekte, die der Europäische Forschungsrat (ERC) in der Schweiz ansässigen Forschenden zugesprochen hat, ist seit 2007 insgesamt gestiegen. 2014 wurden im Rahmen von „Horizon 2020“ 27 Projekte erfolgreich beim ERC eingereicht. Damit klassierte sich die Schweiz im europäischen Vergleich auf Rang 9. An der Spitze befinden sich Grossbritannien, Deutschland, Frankreich und die Niederlande.

Die Erfolgsquote der Schweiz zeigt das Verhältnis der erfolgreichen Projektvorschläge zu allen eingereichten Projektvorschlägen aus der Schweiz. 2014 lag die Erfolgsquote bei rund 20%, das heisst, ein Fünftel der Projektvorschläge aus der Schweiz wurden vom ERC angenommen. Die durchschnittliche Erfolgsquote aller Länder betrug 11,3%.

Im Vergleich zu den Vorjahren ist ein Rückgang bei der Anzahl Projekte mit Schweizer Beteiligung zu verzeichnen, da die Schweiz nach der Annahme der Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ am

9. Februar 2014 von der EU vorübergehend als Drittland zurückgestuft wurde und sich deshalb nicht mehr an Horizon 2020 beteiligen konnte. Seit dem 15. September 2014 kann die Schweiz als teilasoziiierter Staat wieder an Horizon 2020 teilnehmen.

Methodologie

Der Indikator zeigt die Anzahl Projekte, die vom Europäischen Forschungsrat (ERC) in der Schweiz ansässigen Forschenden zugesprochen wurden. Die Anzahl wird im Vergleich mit den vier erfolgreichsten Ländern dargestellt. Die Jahresangaben beziehen sich dabei auf das Datum der Ausschreibung.

Der ERC ist als Teil des Programms „Ideen“ im 7. FRP der EU gegründet worden. Das Programm „Ideen“ nutzte einen einmaligen Ansatz für die EU-Forschung, bei dem Vorschläge zu Forschungsprojekten ausschliesslich auf der Grundlage ihrer Exzellenz im Rahmen eines internationalen Gutachterverfahrens bewertet werden. Durchgeführt wurde das Programm vom ERC und seiner Exekutivagentur. 2014 trat mit „Horizon 2020“ das 8. FRP in Kraft.

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) erarbeitet jährlich einen Bericht zur Beteiligung der Schweiz an den Europäischen Forschungsrahmenprogrammen. Das SBFI stützt sich dabei auf Publikationen des ERC.

Erwerbslosenquote von Hochschulabsolventen/innen

Auszug aus dem Legislaturziel 25: Das Schweizer Bildungssystem soll weiterhin möglichst viele Fach- und Führungskräfte selber aus- und weiterbilden. [...] Mit einem leistungsfähigen Fördersystem soll dem wissenschaftlichen Nachwuchs der Einstieg in eine erfolgreiche Laufbahn ermöglicht und damit ein nachhaltiger Beitrag zur Sicherung des Nachwuchses für Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft erbracht werden.

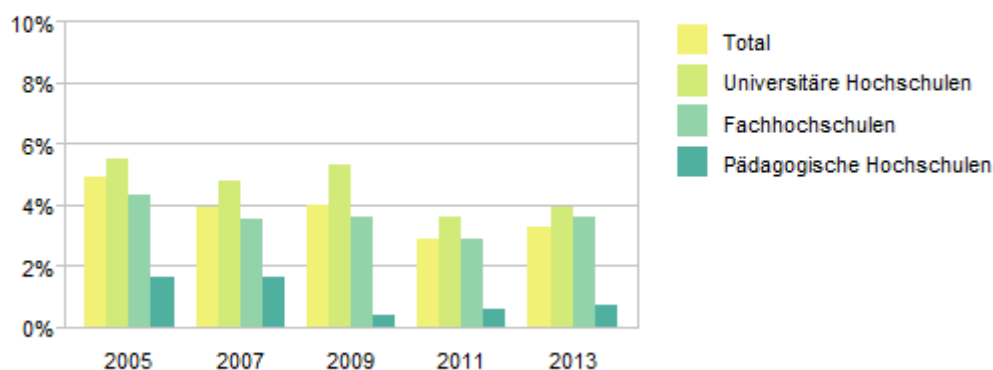
Bedeutung des Indikators: Ein leistungsfähiges Bildungssystem zeichnet sich unter anderem durch die Ausbildung hochqualifizierter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen aus, welche sich ohne grössere Schwierigkeiten in den Arbeitsmarkt integrieren können und eine ihren beruflichen Vorstellungen entsprechende Erwerbstätigkeit finden.

Die Erwerbslosenquote gemäss den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zeigt, wie viele Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen rund ein Jahr nach Studienabschluss nicht erwerbstätig sind. Die Höhe der Erwerbslosenquote ist von verschiedenen Faktoren abhängig, beispielsweise vom Stellenmarkt oder von der Konjunktur der Wirtschaft. Die Erwerbslosenquote gibt keine Auskunft darüber, ob die Erwerbstätigkeit dem Ausbildungsniveau der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen entspricht, und erlaubt keine differenzierte Aussage zur Leistungsfähigkeit der verschiedenen Hochschultypen.

Quantifizierbares Ziel: Das hochstehende und durchlässige Bildungssystem vermittelt erfolgreich zukunftsfähige Inhalte, die die Beschäftigungsfähigkeit seiner Absolventinnen und Absolventen in Wissenschaft und Wirtschaft erhöht.

Erwerbslosenquote gemäss ILO der Hochschulabsolventen/innen

Hochschulabsolventen/innen, die ein Jahr nach dem Studienabschluss erwerbslos sind, nach Hochschultyp, in %



Erstbefragung der Abschlussjahrgänge 2004-2012

Quelle: Bundesamt für Statistik

© BFS, Neuchâtel 2014

Kommentar

Die Erwerbslosenquote gemäss ILO der Absolventinnen und Absolventen ein Jahr nach Studienabschluss ist seit 2005 insgesamt rückläufig und beträgt 2013 durchschnittlich 3,3%, wobei ein leichter Anstieg von 0,4% im Vergleich zu 2011 zu beobachten ist. Zum Vergleich: die Erwerbslosenquote der ständigen Wohnbevölkerung liegt 2013 bei 4,4%. Die Absolventinnen und Absolventen der universitären Hochschulen (3,9%) weisen eine höhere Quote auf als jene der Fachhochschulen (3,6%) und der pädagogischen Hochschulen (0,7%). Dieser Unterschied ergibt sich unter anderem aus der fachlichen Ausrichtung der Hochschultypen und sagt nichts über deren Leistungsfähigkeit aus.

Fünf Jahre nach Studienabschluss zeigt sich, dass die Erwerbslosenquoten gemäss ILO unter den Absolventinnen und Absolventen – im Vergleich zu einem Jahr nach Studienabschluss - insgesamt gefallen sind. Allfällige Schwierigkeiten des Arbeitsmarkteinstiegs konnten überwunden werden.

2013 besetzen fast 80% der erwerbstätigen Hochschulabsolventinnen und -absolventen ein Jahr nach Studienabschluss eine Stelle, die einen Hochschulabschluss erfordert, und sind damit adäquat zu ihrem Ausbildungsniveau beschäftigt. Mit 93% ist dieser Wert für Absolventinnen und Absolventen mit dem Abschluss einer pädagogischen Hochschule am höchsten, gefolgt von Personen mit einem Abschluss an einer universitären Hochschule (84,4%). Den tiefsten Wert weisen die Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen aus (65,7%).

Über 80% der Hochschulabsolventinnen und -absolventen sind fünf Jahre nach Studienabschluss mit ihrem Beschäftigungsgrad zufrieden. Von den Absolventinnen und Absolventen von universitären Hochschulen und Fachhochschulen möchten rund 13% ihr Pensum reduzieren, und 6,3% respektive 3,6% wünschen einen höheren Anstellungsgrad. Von den Absolventinnen und Absolventen einer pädagogischen Hochschule fühlen sich fast 7% unter- und rund 6% überbeschäftigt.

Methodologie

Für die Berechnung der Erwerbslosenquote gemäss ILO wurde die Erstbefragung der Hochschulabsolvent/innen ein Jahr nach dem Abschluss an einer schweizerischen Hochschule verwendet. Es wurden folgende Abschlussstufen berücksichtigt:

- Universitäre Hochschulen (UH): Diplom, Lizenziat, Staatsexamen, Master
- Fachhochschulen (FH): Diplom, Bachelor
- Pädagogische Hochschulen (PH): Diplom, Bachelor, Master

Zu den Erwerbslosen gemäss ILO gehören Personen,

- in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren
- und die in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben
- und die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

Diese Definition entspricht den Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Definition von EUROSTAT. Die Erwerbslosenquote der Absolvent/innen der Hochschulen gemäss ILO wird alle zwei Jahre vom BFS im Rahmen der Befragung der Hochschulabsolvent/innen berechnet.

Definitionen

Erwerbslosenquote gemäss ILO (ILO = International Labour Organization)

$$\text{Erwerbslosenquote gemäss ILO} = \frac{\text{Erwerbslose gemäss ILO}}{\text{Erwerbspersonen}} \times 100$$

Erwerbspersonen

Als Erwerbspersonen gelten die erwerbstätigen und die erwerbslosen (gemäss ILO) Personen zusammen. Erwerbstätige sind Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die während der Referenzwoche mindestens eine Stunde gegen Entlohnung gearbeitet haben, oder trotz zeitweiliger Abwesenheit von ihrem Arbeitsplatz (wegen Krankheit, Ferien, Mutterschaftsurlaub, Militärdienst usw.) weiterhin eine Arbeitsstelle als Selbständigerwerbende oder Arbeitnehmende hatten, oder unentgeltlich im Familienbetrieb mitgearbeitet haben. Als Erwerbslose gemäss ILO gelten Personen im Alter von 15–74 Jahren, die in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren und die in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben und die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

Abschlussquote der beruflichen Grundbildung

Auszug aus dem Legislaturziel 25: Für die Nachwuchssicherung in unseren KMU ist die Sicherung der nationalen und internationalen Vergleichbarkeit der Schweizer Berufsbildungsabschlüsse, insbesondere die der höheren Berufsbildung, von zentraler Bedeutung. Dadurch wird die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsgängen und -systemen weiter verbessert und so die Mobilität und das lebenslange Lernen gefördert. Gleichzeitig wird der hohe Wert der Berufsbildungsabschlüsse verdeutlicht und damit deren Attraktivität für den Nachwuchs erhöht.

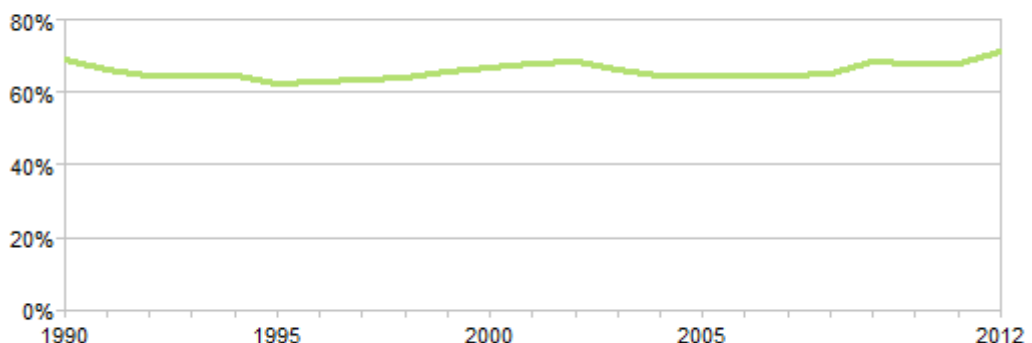
Bedeutung des Indikators: Nach der obligatorischen Schule treten die meisten Jugendlichen in die Sekundarstufe II über. Eine abgeschlossene Ausbildung auf der Sekundarstufe II öffnet nicht nur den Zugang zur nächsten Bildungsstufe, sondern bereitet junge Erwachsene ebenfalls darauf vor, als qualifizierte Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt einzutreten. Die Sekundarstufe II lässt sich in berufsbildende (berufliche Grundbildung) und in allgemeinbildende Ausbildungsgänge (gymnasiale Maturitätsschulen und Fachmittelschulen) unterteilen. Die berufliche Grundbildung umfasst alle Ausbildungen, die mit einem Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) mit oder ohne Berufsmaturität oder dem Eidgenössischen Berufsattest (EBA) abschliessen.

Der Indikator zeigt den Anteil Jugendlicher, die im Referenzjahr eine berufliche Grundbildung mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis oder Eidgenössischem Berufsattest abgeschlossen haben, in Prozent der gleichaltrigen Wohnbevölkerung.

Quantifizierbares Ziel: Die Berufsbildung ist in ihrer Bedeutung als wichtiger Pfeiler für die Förderung des qualifizierten Nachwuchses national und international gestärkt.

Abschlussquote der beruflichen Grundbildung

Anteil Jugendlicher, die im Referenzjahr eine berufliche Grundbildung abgeschlossen haben, zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung, in %



2010: Bruch in der Zeitreihe
Jugendliche: Durchschnitt der 17- und 18-jährigen Wohnbevölkerung

Quelle: BFS - SBA, SDL, STATPOP, ESPOP

© BFS, Neuchâtel 2014

Kommentar

Die Abschlussquote in der beruflichen Grundbildung beträgt seit 1990 rund zwei Drittel der Bevölkerung im entsprechenden Alter (Durchschnitt der 17- und 18-Jährigen). Die Gesamtquote zeigt einen Rückgang in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, der sich nach der Jahrtausendwende wieder zu einem leichten Zuwachs wandelt und 2012 71,6% erreicht.

Von der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren weisen 2015 rund 46% eine berufliche Grundbildung als höchsten Bildungsabschluss aus. Dieser Wert ist in den letzten 10 Jahren deutlich gesunken, da immer mehr Personen eine weiterführende Ausbildung auf der Tertiärstufe absolvieren. Eine berufliche Grundbildung eröffnet mehrere Möglichkeiten sich weiterzubilden: einerseits kann eine höhere Berufsbildung (höhere Fachschule oder Vorbereitung auf die Berufs- oder die höhere Fachprüfung) absolviert werden, andererseits ermöglicht der Erwerb einer Berufsmaturität den Zugang zu einer Fachhochschule.

Methodologie

Die berufliche Grundbildung auf der Sekundarstufe II kann als Lehre in einem Betrieb (duales System) oder in einer Vollzeitschule absolviert werden. Nach Einführung des neuen Berufsbildungsgesetzes gibt es zwei Ausbildungsstufen: Die berufliche Grundbildung mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (Dauer 3 oder 4 Jahre) und die berufliche Grundbildung mit Eidgenössischem Berufsattest (Dauer 2 Jahre). Die Berufsmaturität ergänzt die berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis mit einer erweiterten Allgemeinbildung. Der Abschluss der Berufsmaturität öffnet den Zugang zu den Fachhochschulen und mit einer Ergänzungsprüfung auch zu den Universitäten und Eidgenössischen Technischen Hochschulen.

Der Indikator zeigt den Anteil der Jugendlichen in Prozent der gleichaltrigen Wohnbevölkerung, die im Referenzjahr eine berufliche Grundbildung mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis oder Eidgenössischem Berufsattest abgeschlossen haben. Die Anlehre, die Vorlehre und Übergangsausbildung werden in der Berechnung nicht berücksichtigt. Die Berufsmaturität wird ebenfalls nicht in die Berechnung aufgenommen, da es sich um einen Zweit- oder Doppelabschluss handelt (nach oder parallel zum Erwerb eines Eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses).

Für den Zeitraum vor 2010 entspricht die Referenzpopulation der jährlichen Bevölkerungsstatistik ESPOP. Im Rahmen des neuen Volkszählungssystems wird diese seit 2010 durch die neue Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP) ersetzt.

Die Abschlussquote der beruflichen Grundbildung wird vom BFS jährlich erhoben.

Definitionen

Sekundarstufe II

Die Sekundarstufe II setzt die Ausbildung nach der obligatorischen Basisausbildung fort. Sie beginnt gemäss HarmoS-Konkordat 11 Jahren nach Beginn der Primarschule (etwa 16. Lebensjahr) und umfasst berufsorientierte und allgemeinbildende Ausbildungsgänge. Die Ausbildungen dauern in der Regel 2-4 Jahre und schliessen mit einer Maturität, einem Fachmittelschulabschluss, einem eidgenössischen Fähigkeitsausweis (EKZ) oder einem eidgenössischen Berufsattest (EBA) ab. Abschlüsse der Sekundarstufe II ermöglichen den Zugang zur Tertiärstufe.

Abgeschlossene Ausbildung der höheren Berufsbildung

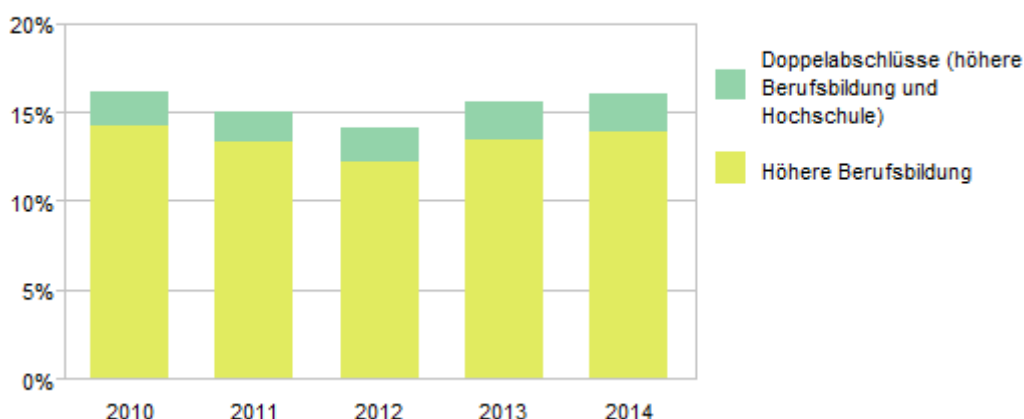
Auszug aus dem Legislaturziel 25: Die Höherqualifizierung der erwerbstätigen Bevölkerung mit Bildungsabschluss auf Sekundarstufe II hat das Ziel, der durch Wirtschaft und Wissenschaft nachgefragten Qualifizierungsstruktur Rechnung zu tragen. Für die Nachwuchssicherung in unseren KMU ist die Sicherung der nationalen und internationalen Vergleichbarkeit der Schweizer Berufsbildungsabschlüsse, insbesondere die der höheren Berufsbildung, von zentraler Bedeutung.

Bedeutung des Indikators: Auf Tertiärstufe wird zwischen Abschlüssen an Hochschulen (universitäre Hochschulen, Fachhochschulen, pädagogische Hochschulen) und Abschlüssen im Rahmen der höheren Berufsbildung (eidgenössische Berufs- und höhere Fachprüfungen sowie Bildungsgänge an höheren Fachschulen) unterschieden. Die höhere Berufsbildung baut auf der beruflichen Erfahrung auf und kombiniert Unterricht und Berufspraxis miteinander. Sie zeichnet sich durch einen starken Arbeitsmarktbezug aus und ermöglicht so eine passgenaue berufliche Höherqualifizierung breiter Kreise.

Der Indikator zeigt den Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit einem höheren Berufsbildungsabschluss oder einem Doppelabschluss (höhere Berufsbildung und Hochschule) am Total der gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz.

Quantifizierbares Ziel: Die Berufsbildung ist in ihrer Bedeutung als wichtiger Pfeiler für die Förderung des qualifizierten Nachwuchses national und international gestärkt.

Abgeschlossene Ausbildungen der höheren Berufsbildung Anteil an der 30- bis 34-jährigen ständigen Wohnbevölkerung, in %



Quelle: BFS - SAKE

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit einem Abschluss der höheren Berufsbildung in der Wohnbevölkerung im selben Alter liegt 2014 bei 16% und damit auf demselben Niveau wie 2010. Im Vergleich dazu verfügen 2014 34% der Personen derselben Altersgruppe über einen Abschluss einer Hochschule.

Wird die Wohnbevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren betrachtet, so verfügen 14,3% der Bevölkerung über einen Abschluss der höheren Berufsbildung als höchsten Bildungsabschluss. 25,9% derselben Altersgruppe haben einen Hochschulabschluss. Der Anteil der Personen mit einem Tertiärabschluss hat im Laufe der vergangenen Jahre insgesamt zugenommen.

2014 wurden rund 27'100 Abschlüsse der höheren Berufsbildung absolviert, davon 14'500 Eidgenössische Fachausweise nach Berufsprüfungen, 8'100 Diplome von höheren Fachschulen und 2'600 Eidgenössische Diplome nach höheren Fachprüfungen. Bei den restlichen 1'800 Abschlüssen handelt es sich um Abschlüsse von nicht auf Bundesebene reglementierten höheren Berufsbildungen. Die

Anzahl der vom Bund reglementierten Abschlüsse der höheren Berufsbildung nimmt seit 2010 leicht zu. Werden die nicht auf Bundesebene geregelten Abschlüsse auch berücksichtigt, so ist jedoch eine leichte Abnahme der Anzahl Abschlüsse der höheren Berufsbildung zu verzeichnen.

Methodologie

Der Indikator misst den Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit mindestens einem höheren Berufsbildungsabschluss am Total der gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz.

Folgende Kategorien wurden in der Analyse unterschieden:

- Personen, die über einen Abschluss der höheren Berufsbildung verfügen;
- Personen, die sowohl über einen Abschluss der höheren Berufsbildung als auch über einen Hochschulabschluss (universitäre Hochschule, Fachhochschule oder pädagogische Hochschule) verfügen.

Die abgeschlossenen Ausbildungen der höheren Berufsbildung werden jährlich in der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) erhoben. 2010 wurde die SAKE einigen Änderungen unterworfen, die zu einem Bruch in der Zeitreihe führen (Einführung der kontinuierlichen Erhebung und Überarbeitung des Fragebogens). Aufgrund fehlender Vergleichbarkeit werden die Daten bis 2009 daher in der Grafik nicht abgebildet.

Definitionen

Höhere Berufsbildung

Die Ausbildung auf der Tertiärstufe setzt eine abgeschlossene, mehrjährige Berufsbildung auf der Sekundarstufe II voraus. Die höhere Berufsbildung umfasst die eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen sowie Bildungsgänge an höheren Fachschulen. Inhaberinnen und Inhaber eines Abschlusses der höheren Berufsbildung sollen befähigt werden, Fach- oder Führungsverantwortung zu übernehmen. Die Ausbildungen weisen einen starken Praxisbezug auf.

Siehe: Bundesgesetz über die Berufsbildung vom 13. Dezember 2002, 412.10, Kap. 3 a

[Bundesgesetz über die Berufsbildung](#)

Tertiärstufe

Auf der Tertiärstufe wird zwischen der höheren Berufsbildung und der Hochschulausbildung unterschieden. Im Bereich der höheren Berufsbildung besteht eine Vielfalt von Ausbildungswegen. Sie bereiten auf rund 460 Abschlüsse vor. Von Bund oder Kantonen anerkannte Abschlüsse sind: Fachausweise der eidgenössischen Berufsprüfungen und Diplome von höheren Fachprüfungen und höheren Fachschulen. Sie setzen eine abgeschlossene Ausbildung auf der Sekundarstufe II und für die Berufs- und höheren Fachprüfungen auch einige Jahre Berufspraxis voraus.

Der Hochschulbereich umfasst die universitären Hochschulen (d.h. die kantonalen Universitäten und die Eidgenössischen Technischen Hochschulen), die Fachhochschulen, die pädagogischen Hochschulen sowie weitere ganz oder teilweise öffentlich finanzierte Institutionen des Hochschulbereichs (z.B. das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung oder das Institut Kurt Bösch). Die Ausbildungen werden mit einem Bachelor, Master oder Doktorat (nur an universitären Hochschulen) abgeschlossen.

Erwerbslosenquote der Jugendlichen

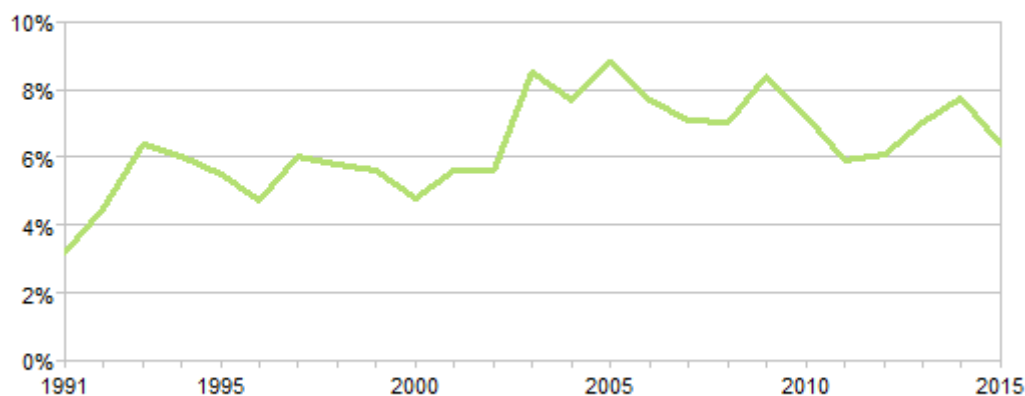
Auszug aus dem Legislaturziel 25: *Der Nachwuchs für qualifizierte Fachkräfte in Wissenschaft und Wirtschaft wird gefördert, und die Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen ist verbessert.*

Bedeutung des Indikators: Das wirtschaftliche System soll den Jugendlichen – wie allen anderen Personen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen möchten – eine Arbeit ermöglichen, mit der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Das Bildungswesen muss daher in möglichst effizienter Weise Wissen und Kompetenzen vermitteln, die auf dem Arbeitsmarkt von Nutzen sind. Bei den Jugendlichen ist die Erwerbslosigkeit mit der Frage der Berufsausbildung und des Lehrstellenangebots für Schulabgänger/innen gekoppelt. Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt haben Massnahmen geschaffen, die ein ausreichendes Lehrstellenangebot fördern. Die Brückenangebote zwischen obligatorischer Schulzeit und Berufswelt dienen zur Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung und tragen dazu bei, die Jugenderwerbslosigkeit zu verringern. Die Erwerbslosenquote der Jugendlichen gemäss Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zeigt den Anteil der Erwerbslosen an der 15- bis 24-jährigen Erwerbsbevölkerung.

Quantifizierbares Ziel: *Das duale Berufsbildungssystem trägt zu einer im internationalen Vergleich tiefen Jugendarbeitslosigkeit bei.*

Erwerbslosenquote der Jugendlichen gemäss ILO

Anteil Erwerbslose an der 15- bis 24-jährigen Erwerbsbevölkerung, in %



Die Grafik weist die Werte des 2. Quartals pro Jahr aus

Quelle: BFS - SAKE

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Trotz Schwankungen ist die Erwerbslosenquote gemäss ILO bei den 15- bis 24-Jährigen über den Zeitraum 1991-2015 hinweg insgesamt angestiegen. 2015 betrug die Erwerbslosenquote der Jugendlichen im 2. Quartal 6,4%. Die Erwerbslosenquote der Jugendlichen ist rund 1,5 Mal so hoch wie diejenige der gesamten Erwerbsbevölkerung (4,2%).

Die Ursachen der Schwankungen der Quote sind vielfältig. Die Jugenderwerbslosigkeit reagiert beispielsweise stark auf konjunkturelle Schwankungen. In konjunkturell schwachen Zeiten bauen die Unternehmen Personal ab, indem sie „natürliche Abgänge“ nicht ersetzen, wodurch es für Jugendliche schwieriger wird, im Arbeitsmarkt Fuss zu fassen.

Im internationalen Vergleich ist die Erwerbslosenquote gemäss ILO bei den Jugendlichen in der Schweiz vergleichsweise tief. 2015 betrug der EU-28 Durchschnitt 20,3% (Wert im 2. Quartal). Die Schweiz weist mit 6,4% im Vergleich mit den EU-Staaten 2015 eine der tiefsten Erwerbslosenquoten bei den Jugendlichen auf, gefolgt von Deutschland (7,2%), Malta (8,4%) und Dänemark (9,7%). Am höchsten ist die Erwerbslosigkeit bei den Jugendlichen in Griechenland (50,3%) und Spanien (49,2%).

In der Schweiz liegt 2014 der Anteil der nichterwerbstätigen Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren, die weder an Bildung noch an Weiterbildung teilnehmen (NEET-Rate: Not in Education, Employment or Training), bei 7,3% und ist gegenüber dem EU-28 Durchschnitt von 12,4% tief. Eine tiefere NEET-Rate als die Schweiz haben die Niederlanden, Norwegen, Dänemark, Island, Luxemburg, Deutschland und Schweden.

Methodologie

Die Erwerbslosenquote der Jugendlichen wird definiert als Anteil der Erwerbslosen an den 15- bis 24-jährigen Erwerbspersonen in der ständigen Wohnbevölkerung. Die Erwerbslosenquote wird vom BFS in der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) vierteljährlich (bis 2009 jährlich im 2. Quartal) erhoben und publiziert.

Definitionen

Erwerbslose gemäss ILO (ILO = International Labour Organization)

Als Erwerbslose gemäss ILO gelten Personen im Alter von 15-74 Jahren, die

- in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren und
- die in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben und
- die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

Diese Definition entspricht den Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamtes und der OECD sowie den Definitionen von EUROSTAT.

Sekundarstufe II

Die Sekundarstufe II setzt die Ausbildung nach der obligatorischen Basisausbildung fort. Sie beginnt gemäss HarmoS-Konkordat 11 Jahren nach Beginn der Primarschule (etwa 16. Lebensjahr) und umfasst berufsorientierte und allgemeinbildende Ausbildungsgänge. Die Ausbildungen dauern in der Regel 2-4 Jahre und schliessen mit einer Maturität, einem Fachmittelschulabschluss, einem eidgenössischen Fähigkeitsausweis (EKZ) oder einem eidgenössischen Berufsattest (EBA) ab. Abschlüsse der Sekundarstufe II ermöglichen den Zugang zur Tertiärstufe.

Teilnahme an Weiterbildung

Auszug aus dem Legislaturziel 26: Das Weiterbildungsgesetz soll das lebenslange Lernen im Bildungsraum Schweiz stärken. Bund und Kantone sollen in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative ein weiterbildungsfreundliches Umfeld schaffen. [...] Die Weiterbildungspolitik von Bund und Kantonen soll besser koordiniert und die Chancengleichheit verbessert werden.

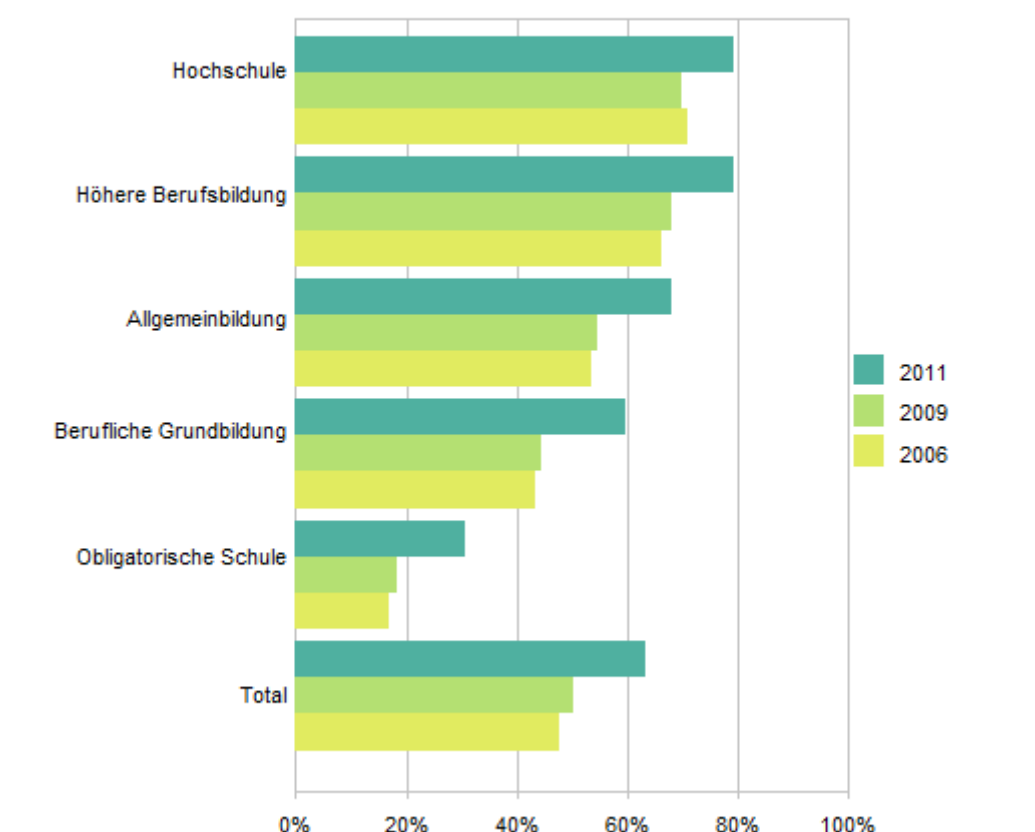
Bedeutung des Indikators: In einer Welt, die sich in stetem Wandel befindet, ist eine gute Grundausbildung längst nicht mehr ausreichend, da Wissen und Kenntnisse rasch an Wert verlieren. Entsprechend hat die Weiterbildung für die individuelle und gesellschaftliche Wohlfahrt an Bedeutung gewonnen. Weiterbildung hilft, den Wandel in der Gesellschaft zu verstehen und den Umgang mit Veränderungen zu erleichtern.

Der Indikator zeigt die Bevölkerungsanteile der 25- bis 64-Jährigen, welche sich im Rahmen von Weiterbildungsveranstaltungen (nichtformale Bildung) weiterbilden. Der Indikator gibt einen Hinweis darauf, welche Investitionen die Bevölkerung für den Erhalt und die Erneuerung von Wissen und Fertigkeiten tätigen.

Quantifizierbares Ziel: Die Beteiligung von Personen ohne nachobligatorische Bildung an nicht-formaler Bildung nimmt zu.

Teilnahme an Weiterbildung

Anteil der 25- bis 64-Jährigen, die an Weiterbildungsveranstaltungen (nichtformale Bildung) teilnehmen, nach Bildungsstand, in %



2011: Änderung in der Erhebung

Quelle: Bundesamt für Statistik

© BFS

Kommentar

Der Anteil der Personen, die an Weiterbildung (nichtformale Bildung) teilnehmen, variiert je nach Bildungsstand. Unter Personen, welche als höchsten Bildungsabschluss die obligatorische Schule ange-

ben, nehmen 2011 30,7% an Weiterbildung teil. Personen, die über eine abgeschlossene Ausbildung auf Hochschulstufe verfügen, nehmen im gleichen Jahr zu 79,4% an Weiterbildung teil. Die gesamte Teilnahme an Weiterbildung über alle Bildungsstufen hinweg liegt 2011 insgesamt bei 63,1%. Da 2011 die Erhebungsmethode geändert wurde, sind die Daten nur bedingt mit den Daten von 2006 und 2009 vergleichbar.

Weiterbildung ist insbesondere für Personen ohne postobligatorische Ausbildung von Bedeutung, da sie eine Möglichkeit darstellt, die Risiken auf dem Arbeitsmarkt zu verringern. Die Erwerbslosenquote der Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren ohne postobligatorische Ausbildung liegt 2013 mit 8,2 % über dem nationalen Durchschnitt von 3,9%.

Bei den Personen ohne postobligatorische Ausbildung ist 2011 der Anteil derjenigen, die sich trotz Bildungswunsch nicht aus- oder weiterbilden konnten, mit 24% deutlich höher als bei den Personen mit einem höheren Bildungsstand (zwischen 6% und 13%). Ebenfalls sehr hoch ist bei den Personen ohne postobligatorische Ausbildung allerdings auch der Anteil derjenigen, die keinen Bildungswunsch hatten und deshalb keine Aus- oder Weiterbildung besucht haben (44%).

Im internationalen Vergleich ist 2011 die Teilnahmequote an Weiterbildung der Personen ohne postobligatorische Ausbildung in der Schweiz mit gut 30% eher hoch. In Europa weisen einzig Luxemburg mit 55% und Schweden mit 38% einen höheren Wert aus. Der Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten liegt bei geschätzten 20%.

Methodologie

Folgende Bildungsformen werden unterschieden:

- Bei der formalen Bildung geht es um die Ausbildungen im nationalen Bildungssystem im Rahmen des Schulsystems, des Berufsbildungssystems und der tertiären Bildung. Die formale Bildung besteht weitgehend aus dem Besuch von Unterricht und der Bestätigung durch ein anerkanntes Diplom. Sie ist nicht in die Weiterbildungsstatistik einbezogen worden.
- Die nichtformale Bildung umfasst die Lernaktivitäten im Rahmen einer Schüler-Lehrer-Beziehung ausserhalb des formalen Bildungssystems. Dazu gehören beispielsweise Kurse, Seminare, Vorträge, Konferenzen, Kongresse, Workshops oder Privatunterricht. Der Mikrozensus Aus- und Weiterbildung (MZB) 2011 berücksichtigt nebst diesen Formen zusätzlich die Ausbildungen am Arbeitsplatz.
- Das informelle Lernen umfasst Aktivitäten, die explizit einem Lernziel dienen, aber ausserhalb einer Lernbeziehung stattfinden. Dabei handelt es sich beispielsweise um das Lesen von Fachliteratur, computergestütztes Lernen (CD-Rom, Internet) oder das Lernen von anderen Personen am Arbeitsplatz.

Der Indikator zeigt die Bevölkerungsanteile der 25- bis 64-Jährigen nach Bildungsniveau, welche sich im Rahmen von Weiterbildungsveranstaltungen (nichtformale Bildung) weiterbilden. Die Daten stammen aus der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) (2006-2009) und aus dem Mikrozensus Aus- und Weiterbildung (2011) des Bundesamtes für Statistik. Der Übergang zum Mikrozensus Aus- und Weiterbildung (MZB) 2011 führt zu einem Bruch in der Zeitreihe.

Definitionen

Bildungsstand der Bevölkerung

Der Bildungsstand der Bevölkerung gibt an, welcher Prozentanteil der Bevölkerung die Ausbildung auf der jeweiligen Bildungsstufe abgeschlossen hat. Wenn nicht anders vermerkt, werden nur die 25- bis 64jährigen Personen berücksichtigt. Diese Bevölkerungsgruppe hat in der Regel ihre erste Ausbildung abgeschlossen und steht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Leitlinie 7: Gleichstellung

Die Schweiz sorgt für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit sowie beim Rentenalter

Lohnunterschied nach Geschlecht

Auszug aus dem Legislaturziel 27: *Die Chancengleichheit wird verbessert.*

Bedeutung des Indikators: Der Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau verlangt, dass beide Geschlechter Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit haben. Die Lohnunterschiede nach Geschlecht lassen sich teilweise durch objektive Faktoren wie Ausbildung, Funktion, Position, Erfahrung, Dienstalter usw. erklären. Die Differenz ist auch darauf zurückzuführen, dass Frauen in Berufen mit tiefen Lohnniveaus überproportional vertreten sind oder dass sie ihre berufliche Laufbahn zugunsten familiärer Verpflichtungen unterbrechen.

Der Indikator zeigt den Lohnunterschied nach Geschlecht (erklärter und unerklärter Anteil) im Verhältnis zum monatlichen Bruttolohn der Männer im privaten Sektor.

Quantifizierbares Ziel: *Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.*

Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen

Lohnunterschied* zwischen Männern und Frauen im Verhältnis zum monatlichen Bruttolohn der Männer, privater Sektor



Kommentar

Der Lohnunterschied nach Geschlecht im privaten Sektor hat sich zwischen 1998 und 2004 verringert und ist seit 2006 bei rund 19% relativ stabil geblieben. 2012 betrug der standardisierte monatliche Bruttomedianlohn der Frauen im privaten Sektor 5'317 Franken, jener der Männer 6'553 Franken. Dies entspricht einer Lohndifferenz von 18,9%.

Im privaten Sektor waren 2012 gemäss einer Studie, basierend auf dem arithmetischen Mittelwert (siehe Methodologie), 40,9% (d.h. 678 Franken pro Monat) des Lohnunterschieds nicht erklärbar. Die Lohnunterschiede im öffentlichen Sektor sind geringer als jene im privaten Sektor. 2012 betrug der standardisierte monatliche Bruttomedianlohn der Frauen im gesamten öffentlichen Sektor 7'244 Franken, derjenige der Männer 8'384 Franken. Dies entspricht einer Differenz von 13,6%. Im gesamten öffentlichen Sektor (Bund, Kantone und Gemeinden) war der unerklärte Anteil der Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern kleiner als im privaten Sektor (38,8%).

Bei gleicher Bildung und gleicher beruflicher Stellung liegt der standardisierte monatliche Bruttomedianlohn im privaten Sektor bei den Frauen tiefer als bei den Männern. Frauen verdienten im Jahr 2012 je nach Bildungsniveau zwischen 14% (Lehrerpatent) und 25% (universitäre Hochschule) weniger als die Männer. Zudem ist der Lohn von Frauen je nach beruflicher Stellung zwischen 13% (unterstes Kader) und 27% (oberstes, oberes und mittleres Kader) tiefer als jener der Männer. In der Gesamtwirtschaft nimmt der Lohnunterschied überdies mit dem Alter zu: Die unter 30-jährigen Frauen verdienen im Durchschnitt 6,4% weniger, die 30- bis 49-jährigen Frauen 18,4% weniger und die über 50-jährigen Frauen 23,6% weniger als die Männer der gleichen Altersklasse.

2012 bestand die Gruppe der Arbeitnehmenden mit tiefen Löhnen (< 4'000 Franken) im privaten Sektor überwiegend aus Frauen (63,4%). Bei den Personen mit hohen Löhnen (> 8'000 Franken) waren Männer mit einem Anteil von 73,5% stärker vertreten als Frauen.

Methodologie

Dieser Indikator zeigt den Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen im Verhältnis zum Lohn der Männer. Berechnet wird er auf Basis des standardisierten monatlichen Bruttolohns (Median) im privaten Sektor. Datengrundlage ist die schweizerische Lohnstrukturerhebung (LSE), die alle zwei Jahre durchgeführt wird.

Die Daten zum erklärten/unerklärten Anteil des Lohnunterschieds basieren auf einer Studie, welche vom Büro BASS (2012) im Auftrag des Bundesamtes für Statistik (BFS) durchgeführt wurde. Frühere Studien wurden vom Büro BASS und der Universität Bern (1998-2006) sowie von der Universität Freiburg (2008, 2010) im Auftrag des BFS und des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) durchgeführt. Die Berechnung beruht auf dem Oaxaca-Modell, bei dem es sich um eine Zerlegung der Lohndifferenz im arithmetischen Mittel handelt. Für die Jahre 1998-2006 wurden die Löhne auf Basis der NOGA 2002 und ab 2008 auf Basis der NOGA 2008 analysiert (NOGA = Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige).

Definitionen

Lohn

Mit dem Lohn wird Arbeit (in Form von Geld oder Naturalleistungen) bezahlt, die eine Person gemäss einem schriftlichen oder mündlichen Vertrag für eine andere Person geleistet hat. Nicht als Lohn gilt somit das Einkommen aus selbständiger, auf eigene Rechnung ausgeübter Tätigkeit. Üblicherweise wird zwischen dem Bruttolohn (vor Abzug der Arbeitnehmerbeiträge an die Sozialversicherungen) und dem Nettolohn (nach Abzug dieser Beiträge) unterschieden.

Monatlicher standardisierter Bruttolohn

Teilzeitstellen werden auf ein Vollzeitäquivalent von 4 1/3 Wochen zu 40 Arbeitsstunden umgerechnet.

Median

Der Median oder Zentralwert teilt die nach Grösse geordneten Beobachtungswerte in zwei gleich grosse Hälften. Die eine Hälfte der Werte liegt über, die andere unter dem Median. Für die Hälfte der Arbeitnehmenden liegt der standardisierte Lohn über, für die andere Hälfte dagegen unter dem ausgewiesenen Median.

Anteil Frauen in MINT-Fächern

Auszug aus dem Legislaturziel 2: Die Chancengleichheit wird verbessert.

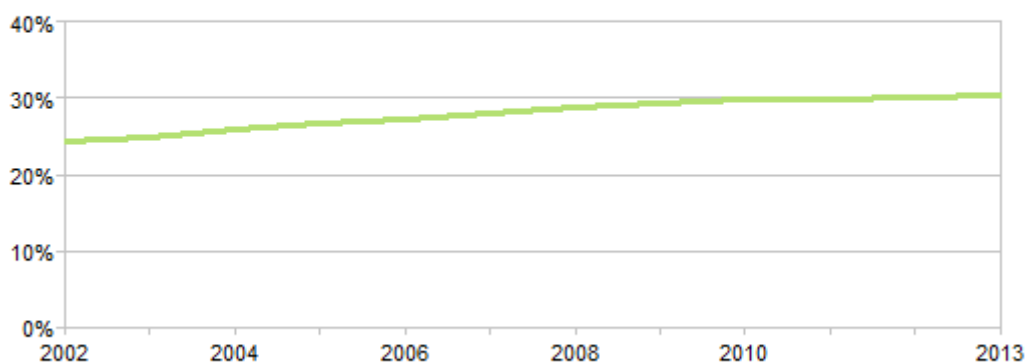
Bedeutung des Indikators: Die Nachfrage nach Fachkräften in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) hat sich seit 1950 wegen eines tiefgreifenden Strukturwandels der Volkswirtschaft hin zu einer Wissensgesellschaft mit starkem Technikbezug vervielfacht. Der Anteil der Frauen in MINT-Studiengängen und -Berufen ist tief. Frauen sind besonders in den Bereichen Informatik, Technik und teilweise auch Bauwesen stark untervertreten. Im Sinne der tatsächlichen Gleichstellung sollten sich Frauen in Fachbereichen aktiv einbringen in denen Absolvierende eine tiefere Erwerbslosenquote aufweisen, eine raschere Arbeitsmarkintegration erlangen und häufiger eine Führungsposition innehaben können. Zudem könnte eine Erhöhung des Anteils der Frauen in MINT-Fächern eine Möglichkeit bieten, dem Fachkräftemangel in diesen Berufen entgegen zu wirken.

Der Indikator zeigt den Anteil der Frauen in den MINT-Fächern an den universitären Hochschulen und den Fachhochschulen. Die MINT-Fächer sind nur ein Beispiel für die bestehenden Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei der Studienwahl. In den Bereichen Gesundheit, soziale Arbeit oder bei Berufen im Bildungswesen ist das Gegenteil der Fall, dort sind Frauen stark übervertreten.

Quantifizierbares Ziel: *Obwohl die rechtliche Gleichstellung im Bereich Bildung heute vollständig erreicht ist, bestehen in den Studiengängen weiterhin erhebliche Ungleichheiten aufgrund des Geschlechts, insbesondere im Bereich der MINT-Fächer. Diese Ungleichheiten müssen sich tendenziell verringern.*

Anteil Frauen in MINT-Fächern

Anteil an den Studierenden der universitären Hochschulen und der Fachhochschulen in MINT-Fächern*



* auf den Stufen Bachelor, Master, Lizentiat/Diplom und Doktorat

Quelle: BFS - SHIS

© BFS, Neuchâtel 2014

Kommentar

Der Anteil der Frauen unter den Studierenden in MINT-Fächern ist zwischen 2002 und 2010 gestiegen und stagniert seit 2010. Im Jahr 2014 beträgt er 30,4%. Seit 2002 hat die Anzahl der weiblichen Studierenden doppelt so schnell zugenommen wie diejenige der männlichen Studierenden. 2014 entfallen von den insgesamt 219'467 Studierenden (ohne Weiterbildung) 64'222 Studierende auf den MINT-Bereich. Die Anzahl der männlichen Studierenden in den MINT-Fächern liegt bei 44'673, diejenige der Frauen bei 19'549.

Wissenschaftliche Studien sehen die Gründe für diese Unterschiede unter anderem in geschlechtsspezifischen Stereotypen (Ansicht, dass Jungen besser über Technik Bescheid wissen als Mädchen), in fehlenden weiblichen MINT-Vorbildern, in einer bei Mädchen tieferen Einschätzung der eigenen Leistungsfähigkeit in MINT-Fächern oder in der bereits im frühen Alter vorhandenen Vorstellung einer

schlechteren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den MINT-Berufsfeldern.

73% der MINT-Studierenden sind Schweizer und Bildungsinländer, d.h. Personen ausländischer Staatsangehörigkeit, die zum Zeitpunkt des Erwerbs des Hochschulzulassungsausweises ihren Wohnsitz in der Schweiz hatten. Bei den restlichen 27% handelt es sich um Bildungsausländer, Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die beim Erwerb ihres Hochschulzulassungsausweises im Ausland wohnhaft waren.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil der Frauen unter den Studierenden in den MINT-Fächern. Es werden die Studierenden der universitären Hochschulen (UH) und der Fachhochschulen (FH) in MINT-Fächern auf den Stufen Bachelor, Master, Lizenziat/Diplom und Doktorat berücksichtigt. Die Studierenden in Weiterbildungen in MINT-Bereichen an diesen Hochschulen werden nicht ausgewiesen. Zu den MINT-Fächern zählen Informatik, Technik (z.B. Elektro- und Maschineningenieurwesen, Mikrotechnik), Bauwesen (z.B. Bauingenieurwesen, Architektur), Chemie und Life Sciences (z.B. Chemie, Biologie, Pharmazie) und Andere (z.B. Erdwissenschaften, Geografie, Mathematik, Physik).

Die Daten zu den Studierenden in MINT-Fächern werden jährlich im Rahmen des Schweizerischen Hochschulinformationssystems (SHIS) durch das Bundesamt für Statistik erhoben.

Definitionen

Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS)

Das Schweizerische Hochschulinformationssystem SHIS ist eine Institution, in der Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen, der Hochschulkantone und des Bundes zusammenarbeiten, um gesamtschweizerische Hochschulstatistiken zu erstellen. Ausführende Stelle ist die Abteilung Bevölkerung und Bildung des Bundesamtes für Statistik (BFS).

AHV-Durchschnittsrente nach Geschlecht

Auszug aus dem Legislaturziel 27: Die Chancengleichheit wird verbessert.

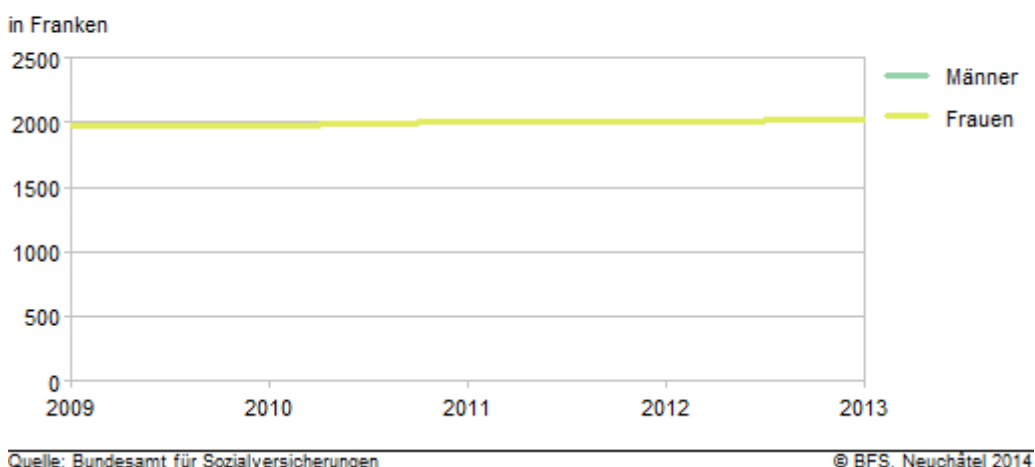
Bedeutung des Indikators: Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) zahlt allen Personen, die das AHV-Rentenalter erreicht haben, respektive den Hinterlassenen einer versicherten Person, eine Rente aus. Da die Berufskarriere bei Frauen oft unregelmässig verläuft, ist das massgebende Einkommen der Frauen zur Rentenberechnung in der Regel tiefer als dasjenige der Männer. Die AHV bringt daher bei der Berechnung der individuellen Leistungen einige Korrekturen an. So werden beispielsweise gewisse nicht entlohnte Arbeiten mit Erziehungs- und Betreuungsgutschriften angerechnet. Zudem wendet die AHV mit dem ganzheitlichen Splitting die genau hälftige Aufteilung der während der Ehejahre erzielten Einkommen an. Um die Gleichstellung zu garantieren, sollten Männer und Frauen monatlich im Durchschnitt gleich hohe AHV-Renten erhalten.

Der Indikator zeigt die durchschnittliche AHV-Rente, welche Frauen und Männer pro Monat erhalten. Bei der Berechnung werden ledige, verwitwete, geschiedene und getrennt lebende Frauen und Männer berücksichtigt, sowie Verheiratete, bei denen der Ehepartner oder die Ehepartnerin (noch) keine Rente erhält.

Quantifizierbares Ziel: Mann und Frau sind im Bereich der Renten gleichberechtigt.

Durchschnittliche AHV Renten nach Geschlecht

In der Schweiz wohnhafte Männer und Frauen ohne rentenbeziehende Ehepartnerin oder Ehepartner



Kommentar

Die monatlichen AHV-Renten von in der Schweiz wohnhaften Männern und Frauen ohne rentenbeziehende Ehepartnerin oder rentenbeziehenden Ehepartner sind im Durchschnitt fast identisch. Sie betrugen im Jahr 2014 für Frauen 2024 Franken, für Männer 2023 Franken. Insgesamt ist die durchschnittliche AHV-Rente für Männer und Frauen seit 2009 leicht gestiegen.

Bei den verheirateten Personen unterscheiden sich die Durchschnittsrenten der Männer und Frauen deutlich, wenn ein Ehepartner (noch) keine Rente bezieht. Die Durchschnittsrente der verheirateten Frauen ohne rentenberechtigten Partner lag 2014 mit 1491 Franken deutlich tiefer als diejenige der verheirateten Männer ohne rentenberechtigten Partnerin mit 2031 Franken. Das liegt in der Tatsache begründet, dass das Splitting der Einkommen erst vorgenommen wird, wenn beide Ehepartner rentenberechtigt sind. Daher sind, bevor beide Ehepartner rentenberechtigt sind, nur die Einkommen, für welche die Frau allein Beiträge bezahlt hat, für die Höhe ihrer Rente bestimmend. Berücksichtigt man zudem, dass die Berufskarriere bei Frauen oft unregelmässig verläuft (Familienaufgaben), so wird verständlich, warum ihr massgebendes Einkommen zur Rentenberechnung trotz der individuellen Anrechnung der Erziehungsgutschriften in der Regel tiefer ist als dasjenige der Männer.

Die Unterschiede zwischen Frauen und Männern in Bezug auf Berufskarriere und Lohn haben ebenfalls einen Einfluss auf Altersguthaben und -renten der beruflichen Vorsorge (2. Säule): 2013 betrug der Unterschied bei den Altersguthaben zwischen Männern und Frauen im Verhältnis zum durchschnittlichen Altersguthaben der Männer rund 40%. Der Unterschied bei den Altersrenten belief sich auf knapp 50%. Es muss jedoch präzisiert werden, dass hier nur der obligatorische Teil der Altersguthaben berücksichtigt wurde. Dieser Teil wird auf etwa 40% des Totals geschätzt und unterscheidet sich zwischen den Geschlechtern. Ausserdem wurde der Einfluss einer vorzeitigen Auszahlung auf das Rentenniveau nicht berücksichtigt.

Methodologie

Für die Berechnung der durchschnittlichen AHV-Renten werden ledige, verwitwete, geschiedene und getrennt lebende Frauen und Männer berücksichtigt, sowie Verheiratete, bei denen der Ehepartner oder die Ehepartnerin (noch) keine Rente erhält. Der Indikator zeigt die durchschnittliche monatliche Rente. Die durchschnittlichen AHV-Renten nach Geschlecht werden in der AHV-Statistik des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) publiziert. Der Indikator wird jährlich erhoben.

Definitionen

Alters- und Hinterlassenenversicherung, obligatorische (AHV)

Die AHV wurde 1948 als obligatorische Versicherung zur Altersvorsorge eingeführt und ist seither mehrmals ausgebaut worden. Neben den Altersrenten werden auch Leistungen für Witwen und Witwer sowie Waisen gewährt. Zweck der AHV ist die Sicherung des Grundbedarfs im Alter und bei Tod des Versorgers. Zudem werden auch Hilflosenentschädigungen ausgerichtet. Die ordentliche AHV-Rente berechnet sich nach dem für die Beiträge massgebenden Einkommen und der Anzahl Beitragsjahre. Seit der 10. AHV-Revision werden die Renten der Ehepartner nach dem Splitting-Verfahren getrennt berechnet. Die Beitragssätze betragen seit Juli 1975 8,4% des Bruttolohnes (Selbständige: seit 1979 7,8% des Bruttoeinkommens). Die öffentliche Hand finanziert 20% der Ausgaben. Die Schwankungen der Rechnungsbilanz werden durch den Ausgleichsfonds ausgeglichen. Schweizer Bürger mit Wohnsitz im Ausland können sich freiwillig in der AHV versichern.

Dreisäulenprinzip

Im Dreisäulenprinzip der Altersvorsorge bilden AHV und IV zusammen die erste bzw. die staatliche Säule. Die Rentenleistungen dieser beiden Versicherungen sollen den Existenzbedarf sichern. Die erste Säule wird durch die Pensionskasse, die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG), ergänzt, welche die Fortsetzung der gewohnten Lebensführung ermöglichen soll. Die dritte Säule – die Selbstvorsorge zur Deckung weiterer Bedürfnisse – ist freiwillig, aber im Unterschied zum gewöhnlichen Sparen teilweise steuerlich begünstigt.

Häusliche Gewalt

Auszug aus dem Legislaturziel 27: *Die Chancengleichheit wird verbessert.*

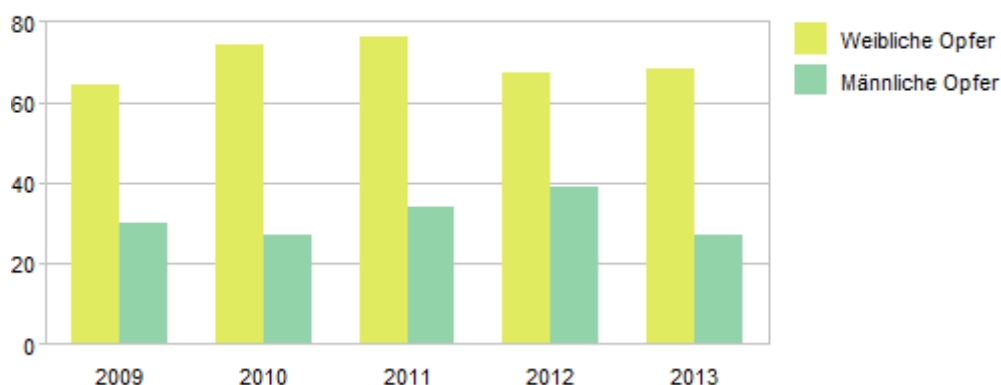
Bedeutung des Indikators: Die tatsächliche Gleichstellung kann nur in Beziehungen erreicht werden, die frei von Gewalt sind. Für Frauen besteht ein erhöhtes Risiko, Opfer von häuslicher Gewalt zu werden, während Männer eher Opfer von körperlicher Gewalt in der Öffentlichkeit werden. Unter häuslicher Gewalt werden diejenigen Straftaten erfasst, die sich innerhalb der Familie oder in einer aktuellen oder ehemaligen Partnerschaft ereignen.

Der Indikator zeigt die polizeilich registrierten Opfer schwerster physischer Gewalt (vollendete und versuchte Tötungsdelikte, schwere Körperverletzung) im häuslichen Bereich. In den Fällen schwerster physischer Gewalt spielt das Anzeigeverhalten eine geringere Rolle, da durch den Tod oder die notwendige stationäre Behandlung die Wahrscheinlichkeit sehr hoch ist, dass die Polizei von der Straftat erfährt. Es handelt sich jedoch um kleine Fallzahlen, die für Schwankungen anfällig sind. Das Anzeigeverhalten spielt hingegen eine grössere Rolle bei Formen minderschwerer physischer Gewalt sowie bei psychischer Gewalt (wie Drohungen, Erpressungen).

Quantifizierbares Ziel: *Die häusliche Gewalt nimmt ab.*

Häusliche Gewalt

Anzahl polizeilich registrierte Opfer schwerster physischer Gewalt im häuslichen Bereich



Quelle: BFS - PKS

© BFS, Neuchâtel 2014

Kommentar

Die Anzahl polizeilich registrierter Opfer von schwerster häuslicher Gewalt schwankt seit 2009. 2014 wurden 61 weibliche und 38 männliche Opfer von schwerster häuslicher Gewalt registriert, 2013 waren es 68 Frauen und 27 Männer. Während bei den männlichen Opfern im Jahr 2014 eine Zunahme zu verzeichnen ist, hat die Anzahl der weiblichen Opfer abgenommen.

Im Jahr 2014 ereigneten sich 39,1% aller polizeilich registrierten Gewaltstraftaten im häuslichen Bereich, das heisst zwischen Familienmitgliedern oder in einer aktuellen oder ehemaligen Partnerschaft. Insgesamt gab es fast 9000 polizeilich registrierte Geschädigte von häuslicher Gewalt, davon waren 75% Frauen. Ein grosser Teil von häuslicher Gewalt betrifft minderschwere Gewaltstraftaten (Tätlichkeiten, Drohungen, einfache Körperverletzungen). Das Anzeigeverhalten bei solchen Straftaten ist sehr unterschiedlich, die Dunkelziffer ist hoch.

Die Betrachtung der polizeilich registrierten Opfer häuslicher Gewalt für das Jahr 2014 zeigt, dass bei den Frauen grössere altersspezifische Unterschiede bestehen als bei den Männern. Häuslicher Gewalt am stärksten ausgesetzt waren Frauen im Alter von 25-39 Jahren. Die Beschuldigten waren in diesen Fällen mehrheitlich ihre Partner/innen. Frauen wurden im Jahr 2014 gesamthaft gesehen 3,7-mal häufiger Opfer von häuslicher Gewalt in einer bestehenden Partnerschaft als Männer.

Personen, die von ihren Eltern geschädigt wurden, waren mehrheitlich minderjährig und weiblich. Im Jahr 2014 waren die Mädchen im Alter von 15-17 Jahren am stärksten von häuslicher Gewalt betroffen, bei den Jungen war die Belastung in der Altersgruppe 10-14 Jahre am höchsten. Männer werden öfter bei der Polizei als Beschuldigte häuslicher Gewalt registriert als Frauen. Am häufigsten wurden 2014 Männer der Altersklasse 30-34 angezeigt.

Methodologie

Für die Berechnung des Indikators wurden polizeilich registrierte Opfer von vollendeten Tötungsdelikten, versuchten Tötungsdelikten und schwerer Körperverletzung mit schweren Folgen (d.h. diejenigen, die eine stationäre Behandlung nötig machen) berücksichtigt. Jede geschädigte Person erhält eine eindeutige Identifikationsnummer, die es erlaubt, Geschädigte mehrerer Straftaten als ein und dieselbe Person zu identifizieren. So kann nach sogenannter Echtzählung ausgewertet werden, d.h. jede Person wird pro Jahr nur einmal gezählt.

Die Daten werden jährlich im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erhoben und vom Bundesamt für Statistik zusammen mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren publiziert.

Belastung durch Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit

Auszug aus dem Legislaturziel 27: Die Chancengleichheit wird verbessert.

Bedeutung des Indikators: Die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen am Berufs- und am Familienleben gehört zu den zentralen Anliegen in der Diskussion um die Gleichstellung der Geschlechter. Um diese Gleichstellung verwirklichen zu können, müssen Männer und Frauen die gleichen Chancen haben, Berufs- und Privatleben zu vereinbaren. Dies kann durch familienfreundliche Bedingungen begünstigt werden, wie familienergänzende Kinderbetreuung oder die Möglichkeit für beide Geschlechter, einer wirtschaftlich tragfähigen und steuerlich attraktiven Teilzeitbeschäftigung nachzugehen. Die Unterschiede bei der Aufteilung zwischen bezahlter Arbeit und Hausarbeit gehen jedoch auch auf persönliche Entscheide zurück.

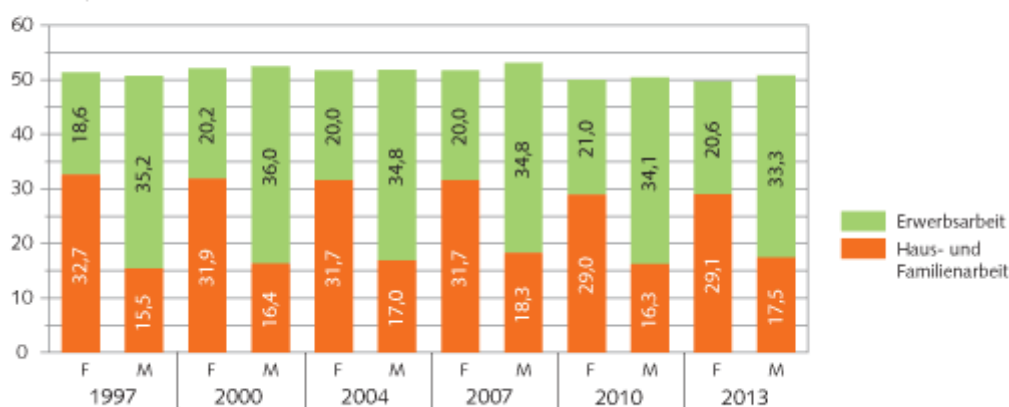
Dieser Indikator zeigt den Aufwand für Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit nach Geschlecht. Die Belastung wird in Stunden pro Woche angegeben.

Quantifizierbares Ziel: Die Belastung durch Erwerbsarbeit und Familienarbeit ist ausgeglichener auf die Geschlechter verteilt.

Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit

Personen im erwerbsfähigen Alter (Frauen zwischen 15 und 63 Jahren, Männer zwischen 15 und 64 Jahren)

Stunden pro Woche



2010: Revision der SAKE

Quelle: BFS - SAKE: Modul Unbezahlte Arbeit

© BFS, Neuchâtel 2014

Kommentar

Männer und Frauen arbeiten unter dem Strich etwa gleich viel (rund 50 Stunden pro Woche). Im Jahr 2013 investierten die 15- bis 63-jährigen Frauen mehr Zeit in Haus- und Familienarbeit (29,1 Stunden pro Woche) als die Männer im Alter von 15 bis 64 Jahren (17,5 Stunden pro Woche). Bei der bezahlten Arbeit ist die Situation genau umgekehrt (2013: 20,6 Stunden bei den Frauen und 33,3 Stunden bei den Männern).

Seit 1997 hat sich die Verteilung der Arbeitsbelastung nach Geschlecht nicht wesentlich verändert. Entwicklungen über die ganze Zeitspanne sind aufgrund einer Revision der SAKE im Jahr 2010 mit Vorsicht zu interpretieren.

Methodologie

Dieser Indikator zeigt den durchschnittlichen Aufwand pro Woche für Haus- und Familienarbeit (ohne Freiwilligenarbeit) und Erwerbsarbeit von Männern und Frauen im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 64 Jahren bei den Männern und zwischen 15 und 63 Jahren bei den Frauen). Die Daten werden alle drei bis vier Jahre im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE), Modul «Unbezahlte Arbeit», erhoben und veröffentlicht.

Anteil Frauen in den Kaderklassen

Auszug aus dem Legislaturziel 28: Die Gleichstellung von Frau und Mann in der Bundesverwaltung und in den bundesnahen Betrieben wird durchgesetzt und die Chancengleichheit der sprachlichen Minderheiten ist gewährleistet.

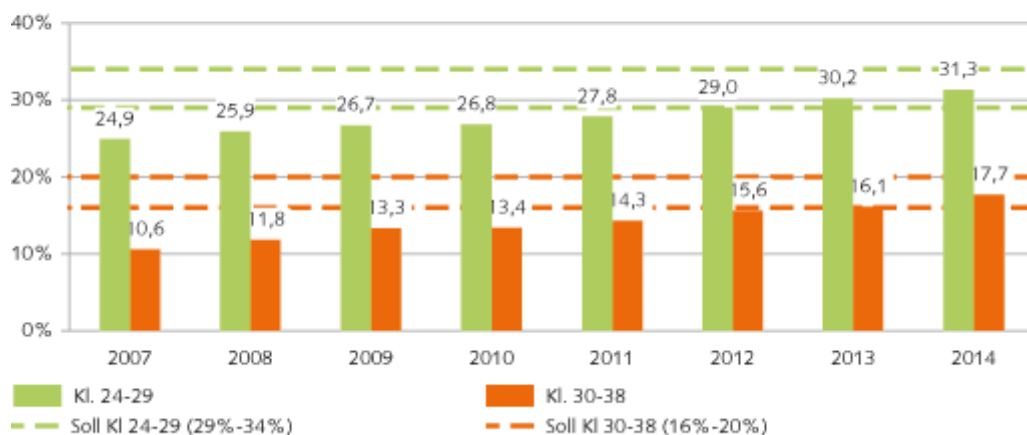
Bedeutung des Indikators: Das Bundespersonalgesetz (BPG, Art. 4, Abs. 2) verpflichtet die Bundesverwaltung, in der Personalpolitik geeignete Massnahmen zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frau und Mann und deren Gleichstellung zu treffen. Die Departemente sollen im Rahmen der bundesrätlichen Vorgaben Massnahmen umsetzen, um die Chancengleichheit und die Gleichstellung faktisch zu verwirklichen (Förderungsprogramme, Zielquoten, Durchsetzung des Diskriminierungsverbots, Vorbeugung von sexueller Belästigung etc.).

Die Bundesverwaltung kann eine Vorbildfunktion für alle öffentlichen und privaten Arbeitgeber spielen, zum Beispiel was die Chancengleichheit bei der Vertretung von Frauen in Kaderpositionen betrifft. Die Departemente sind aufgefordert, Massnahmen zu treffen, um die Vertretung von Frauen in Kaderpositionen zu erhöhen. Der Indikator zeigt die Anteile der Frauen in den oberen Kaderklassen der Bundesverwaltung (Lohnklassen 24-29 und 30-38) und die anzustrebenden Zielwerte.

Quantifizierbares Ziel: Die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann in der Bundesverwaltung und in den bundesnahen Betrieben wird durchgesetzt. Für die Frauen in der Bundesverwaltung ist bis 2015 in den Lohnklassen 24-29 ein Zielband von 29% bis 34% und für die Frauen in den Lohnklassen 30-38 ein Zielband von 16% bis 20% zu erreichen.

Frauenanteile in den Kaderklassen

Nur Bundesverwaltung, ohne Parlamentsdienste und eidgenössische Gerichte



Quelle: BR - Reportings Personalmanagement

© BFS, Neuchâtel 2015

Kommentar

Die Anteile der Frauen in den oberen Kaderklassen der Bundesverwaltung haben seit 2007 zugenommen und erreichten 2014 31,3% für die Lohnklassen 24-29 (Sollwert bis 2015: 29-34%) und 17,7% für die Lohnklassen 30-38 (Sollwert bis 2015: 16-20%).

In den Parlamentsdiensten wurde 2014 der für die Bundesverwaltung gültige Sollwert für Frauen in den Lohnklassen 24-29 übertroffen (36,9%), gleiches gilt für die Lohnklassen 30-38 (22,2%). In den eidgenössischen Gerichten und der Bundesanwaltschaft liegen die Anteile in beiden Kategorien über den Sollwerten der Bundesverwaltung (Lohnklassen 24-29: 54,2%; 30-38: 28%).

Methodologie

Der Indikator zeigt die Anteile der Frauen in den Lohnklassen 24-29 und 30-38 der Bundesverwaltung (ohne Parlamentsdienste und eidgenössische Gerichte). Die Sollwerte sind als Zielbänder ausgestaltet. Ihre unterschiedlich grossen Bandbreiten lassen ein Mindestmass an Schwankungen zu, da solche zeitweise, namentlich wegen Entwicklungen im Umfeld (Konjunktur), nicht vermieden werden können. Die Zielbänder gelten ab 2012 und sollen bis 2015 erreicht werden.

Da die Bundesverfassung die Wehrpflicht für Männer vorschreibt und die Landesverteidigung beim Bund zentralisiert ist, werden der Bereich Verteidigung des VBS, in dem vorwiegend Männer arbeiten, und das uniformierte, bewaffnete Personal der ebenfalls beim Bund zentralisierten Grenzwache separat gerechnet. Diese Berechnung erfolgt nach spezifischen Sollwerten, die jedoch nicht nach Lohnklassen gegliedert sind.

Der Indikator wird jährlich im Rahmen des Reportings Personalmanagement des Bundesrates erhoben und publiziert.

Anteile der Sprachen in der Bundesverwaltung

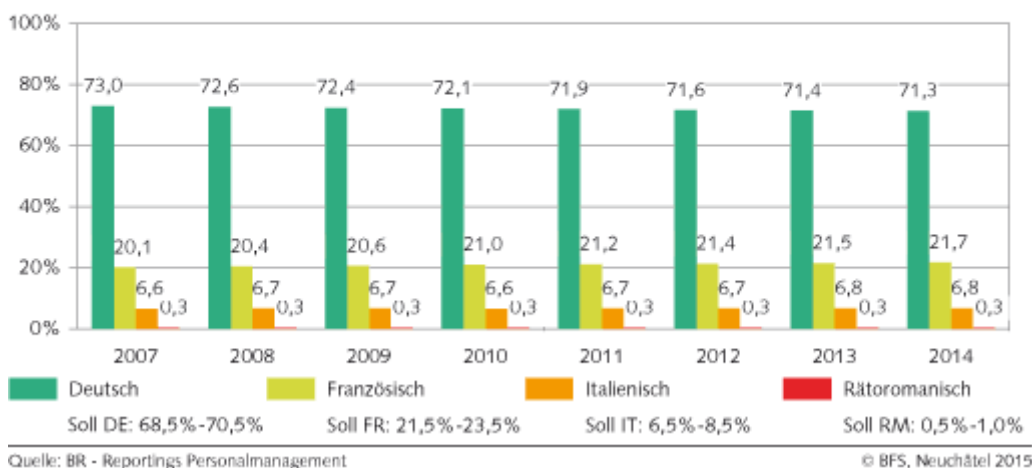
Auszug aus dem Legislaturziel 28: Die Gleichstellung von Frau und Mann in der Bundesverwaltung und in den bundesnahen Betrieben wird durchgesetzt und die Chancengleichheit der sprachlichen Minderheiten ist gewährleistet.

Bedeutung des Indikators: Das Sprachengesetz (SpG, Art. 20, Ab. 2) legt fest, dass der Bund für eine angemessene Vertretung der Gemeinschaften aller vier Landessprachen in der Bundesverwaltung sorgen muss, um die Chancengleichheit zu gewährleisten. Gemäss Bundespersonalgesetz (BPG, Art. 4) und Bundespersonalverordnung (BPV, Art. 7) haben die Arbeitgeber den Auftrag, Massnahmen zur Förderung der Mehrsprachigkeit sowie zur angemessenen Vertretung der Sprachgemeinschaften und zu deren Verständigung untereinander zu fördern. Der Indikator zeigt die Anteile der vier Sprachgemeinschaften Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch beim Personal der Bundesverwaltung (Departemente und Bundeskanzlei). Die vom Bundesrat für die Bundesverwaltung festgelegten Sollwerte berücksichtigen alle Nationalitäten, deren Angehörige einer der vier schweizerischen Sprachgemeinschaften zuzurechnen sind.

Quantifizierbares Ziel: Die Chancengleichheit der sprachlichen Minderheiten ist gewährleistet. Die Vertretungen der Sprachgemeinschaften in den Verwaltungseinheiten der Bundesverwaltung, namentlich auch in den Kaderfunktionen, erreichen folgende Sollwerte, die als Zielbänder definiert sind: Deutsch: 68,5%–70,5%, Französisch: 21,5%–23,5%, Italienisch: 6,5%–8,5%, Rätoromanisch: 0,5%–1,0%.*

* Angepasstes Ziel aufgrund der Revision der Sprachenverordnung, die am 1.10.2014 in Kraft getreten ist.

Anteile der Sprachen in den Departementen und in der Bundeskanzlei Nur Bundesverwaltung, ohne Parlamentsdienste und eidgenössische Gerichte



Kommentar

Die Anteile der Sprachgemeinschaften in der Bundesverwaltung sind seit 2007 relativ stabil. Während der Anteil der deutschen Sprachgemeinschaft (71,3%) 2014 etwas über dem Zielband von 68,5%–70,5% liegt, ist der Anteil der rätoromanischen Sprachgemeinschaft (0,3%) leicht unter dem Zielband von 0,5%–1,0%. Für die italienische (6,8%) und die französische (21,7%) Sprachgemeinschaft wurden 2014 die unteren Grenzen der jeweiligen Sollwerte erreicht. Auf der Ebene der einzelnen Departemente und Ämter sowie auf der Stufe Kader gibt es betreffend der Vertretung der Sprachgemeinschaften grössere Unterschiede.

In den Parlamentsdiensten werden 2014 die für die Bundesverwaltung gültigen Sollwerte für die fran-

zösische Sprachgemeinschaft übertroffen, der Anteil der rätoromanischen Sprachgemeinschaft entspricht dem Sollwert, während die Anteile für die deutsche und italienische Sprachgemeinschaft darunter liegen.

In den eidgenössischen Gerichten und der Bundesanwaltschaft liegen 2014 die deutsche und die rätoromanische Sprachgemeinschaften unter, die französische und die italienische Sprachgemeinschaften über den vom Bundesrat für die Bundesverwaltung festgelegten Sollwerten.

In der SBB AG, eine verselbständigte Einheit, bei welcher der Bund der einzige Aktionär ist, zeigt sich 2014 eine vergleichbare Verteilung der Sprachen: Deutsch 73,8%, Französisch 18,6% und Italienisch 7,6%. Dazu ist zu bemerken, dass die SBB in den rätoromanischen und italienischen Teilen Graubündens nicht tätig ist und die Verteilung der Sprachen über die Korrespondenz- statt die Muttersprache erhoben wird.

Methodologie

Der Indikator zeigt die Vertretung der vier Sprachgemeinschaften in der Bundesverwaltung (ohne Parlamentsdienste und eidgenössische Gerichte) in Bezug auf die Sollwerte auf.

Für die Berechnung der festgelegten Sollwerte sind alle Nationalitäten zu berücksichtigen, deren Angehörige einer der vier schweizerischen Sprachgemeinschaften zuzurechnen sind. Die Summe der Angehörigen aller vier Sprachgruppen entspricht 100%.

Der Bundesrat hat die Sollwerte auf den 1. März 2013 als Bestandteile der Personalstrategie Bundesverwaltung neu festgelegt (Bundesratsbeschluss BRB vom 13. Februar 2013).

Der Indikator wird jährlich im Rahmen des Reportings Personalmanagement des Bundesrates erhoben und publiziert.

.....

Auskunft:

E-Mail: legislaturindikatoren@bfs.admin.ch

Dokument-ID: do-d-00.17_Legislaturindikatoren_2011-2015